

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: Prämienanwärter: Vierteljahr 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Wochenspiegel 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Streifen für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Inserions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 6. September 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Nach der Kopenhagener Tagung.

Kopenhagen, 4. September.

Das internationale Kopenhagener Arbeiterparlament hat seine Pforten geschlossen. Unter den mächtigen Klängen der Internationale haben die Delegierten des Proletariats aller Länder den mit roten Bannern und Flaggen geschmückten Festsaal verlassen, um ihre alte Tätigkeit wieder aufzunehmen. Die Tagungswoche, die gar manchem eine Ueberlast an Arbeit gebracht hat, ist beendet. Da ergibt sich die Frage: Hat der Kopenhagener Kongress die trohen Hoffnungen erfüllt, mit denen ihm das Proletariat der Welt entgegen sah? Hat die Tagung gehalten, was sie in ihrem Beginn versprochen?

In unserem Begrüßungsartikel zum Kopenhagener Arbeiter-Weltkongress haben wir an dieser Stelle hervorgehoben, daß in der Bekundung internationaler Solidarität, in dem demonstrativen Nachweis, daß trotz aller Rassen-, Sprachen- und Nationalunterschiede das Band gleichen Denkens und Strebens das internationale sozialistische Proletariat umschlingt, die wichtigste Aufgabe des Kopenhagener Arbeiterparlamentes liegt. An diesem Maß gemessen, hat die Kopenhagener Tagung ihre Aufgabe glänzend erfüllt. Noch mehr als die Stuttgarter Anti-Kriegsresolution befandet die Kopenhagener, daß die Arbeiterchaft aller Länder, in die der sozialistische Gedanke seinen Einzug gehalten hat, von den chauvinistischen Kriegstreibern, der imperialistischen Eroberungs- und Expansionspolitik der kapitalistischen Bevölkerungsschichten nichts wissen will.

Wenn die kapitalistische Entwicklung einerseits zur Weltwirtschaft, zu immer engerer Verknüpfung der Wirtschaftgebiete, zur Entstehung eines internationalen Völkerrechts, eines schnell wachsenden Systems internationaler Verträge und Verkehrsnormen führt, so verschärft sie andererseits in immer stärkerem Maße den Kampf um neue Absatzmärkte und neue Anlagensphären für das profitable Wertverwertung suchende Finanzkapital. Das Ergebnis ist in allen kapitalistischen Staaten der Drang nach weiterer Vergrößerung der Kolonialbesitzungen, nach Ausdehnung des politischen und finanziell beherrschten Gebietes, und als Mittel zur Durchführung dieser Bestrebungen die stetige Vergrößerung der Flotten- und Militärmacht. Die in Kopenhagen mit stürmischem Beifall angenommene Resolution legt gegen dieses zu einer immer drückenderen Last werdende Wettrennen und die Ausnutzung der Staatsgewalt im Dienst der kapitalistischen Konkurrenzkämpfe energischen Protest ein. Sie stellt fest, daß die Arbeiterklasse nicht nur die Hauptlast der wahnsinnigen Rüstungen und der Kriege trägt, sondern auch von deren Folgen am schwersten betroffen wird und demnach das größte Interesse an der Beseitigung der Kriege hat.

Aber der Kopenhagener internationale sozialistische Kongress hat sich nicht mit einer bloßen Verwahrung gegen die kapitalistischen Kriegstreibern begnügt. Die Resolution fordert zugleich die Vertreter des sozialistischen Proletariats in den verschiedenen Parlamenten auf, die Kriegsrüstungen energisch zu bekämpfen und alle dafür nötigen Geldmittel zu verweigern, die Forderung der Einführung internationaler Schiedsgerichte zu stellen und immer wieder erneuerte Abrüstungsanträge einzubringen. Droht aber der Ausbruch eines Krieges, dann soll das Internationale sozialistische Bureau in Brüssel sofort die nötigen Mittel ergreifen, um zwischen den Arbeiterparteien der bedrohten Länder ein Einvernehmen über ein einheitliches Vorgehen zur Verhütung des Krieges herbeizuführen.

Demselben Geiste der internationalen Solidarität, der durch die großen gewerkschaftlichen Kämpfe der letzten Jahre gefördert worden, ist es gelungen, daß die Arbeiterchaft eines Staates von den Unternehmern gleicher Nationalität weit größere soziale Gegensätze trennen, als von den um gleiche Lebensziele kämpfenden Arbeitsgenossen jenseits der Grenzen, entspringt der die gegenseitige Unterstützungspflicht ausdrückende Beschluß bezüglich der internationalen Solidarität. Der Kapitalismus zwingt die Arbeiterklasse zu immer gewaltigeren Massenkämpfen. Die Macht des Kapitals konzentriert sich in steigendem Maße in großen Trusts und Kartellen; selbst über die Landesgrenzen hinweg schließen sich die Unternehmerverbände zu großen Interessentkoalitionen zusammen, während andererseits die Arbeiter sich in großen gewerkschaftlichen Landeszentralverbänden organisieren. Die Zeit der kleinen, isolierten Einzelkämpfe in der einzelnen Werkstatt oder Drtschaft ist vorüber. An ihre Stelle treten gewerkschaftliche Massengesetze, meist durch Niesenausperrungen koalierter mächtiger Unternehmerverbände hervorgerufen, wie z. B. 1899 in Dänemark, 1909 in Schweden und erst in diesem Jahre wieder in Deutschland. Der schwedische Niesenstreik hat aber zugleich bewiesen, wie traurig es noch in manchen Ländern um die

Anerkennung der Verpflichtung internationaler Solidarität bestellt ist. Obgleich die Arbeiterchaft Deutschlands zur Zeit des schwedischen Massenstreiks unter den Folgen einer schweren Wirtschaftskrise litt und einzelne größere Gewerkschaften 10 und 12 Proz. Arbeitslose zu unterstützen hatten, haben sie ihre schwedischen Arbeitsbrüder nach Kräften unterstützt. Und auch die Arbeiter der nordischen Länder, die Dänen, Norweger, Finnländer, haben ihr Solidaritätsgefühl durch ansehnliche Unterstützungen bekundet. Aber diese Beispiele fanden nicht überall Nachahmung; die romanischen Länder, besonders aber die reichen englischen Trades Unions haben versagt. Deshalb muß notwendig die allgemeine Unterstützungspflicht festgesetzt und ihre Regelung versucht werden. Der Kopenhagener Kongress empfiehlt darum in seiner Resolution der gewerkschaftlichen Internationale, zu untersuchen, wie sich solche Unterstützungen am zweckmäßigsten regeln lassen und weist ferner die sozialistische Presse an, in solchen Niesenkämpfen, entschieden für die Streikenden oder Ausgesperrten einzutreten und in ihrem Verbreitungsgebiet die Sympathie der Arbeiterchaft wachzurufen.

Zugleich sprach der Kongress den in verschiedenen wirtschaftlich rückständigen Ländern schwer gegen ein übermächtiges, reaktionäres Regiment kämpfenden Sozialisten, vornehmlich den Genossen in Finnland, Spanien, der Türkei, Persien, Japan und Argentinien seine Sympathie aus und erhob gegen die niederträchtigen Verfolgungen der dortigen proletarischen Bestrebungen einstimmigen Protest. Eine Demonstration des internationalen Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühls, deren Wirkung vielfach unterschätzt wird. Ist auch nicht anzunehmen, daß derartige blutige Gewalttätigkeiten, wie die russische Zarregierung, das Regiment der freilichen Latifundien-Oligarchie in Argentinien oder die russisch-persische konterrevolutionäre Clique in Teheran, sich durch die Proteste der internationalen Arbeiterchaft in ihrem blutigen Wüten stören lassen, so stellen doch diese Kundgebungen die betreffenden Regierungen öffentlich an den Pranger, geben den kämpfenden neuen Mut, in ihrem Kampfe auszuhalten, und bieten ferner den im Vordertreffen stehenden Führern der Bewegung die Gewähr, daß sie nötigenfalls, wenn sie vom heimischen Boden vertrieben werden sollten, auf die Hilfe der Internationale rechnen können.

Neben diesen Problemen der Organisation und der Regelung des gegenseitigen Eintretens des sozialistischen Proletariats der verschiedenen Länder für einander in seinem gemeinsamen Befreiungskampfe, beschäftigte sich das Kopenhagener Arbeiterparlament mit der Frage der Ausgestaltung der Arbeitergesetzgebung und des Verhältnisses der Genossenschaften zu den sozialistischen Parteien: Fragen, die bisher von den Arbeiterparteien in den einzelnen Ländern oft in recht verschiedenem Sinne beantwortet worden sind und deshalb eine einheitliche Regelung erforderten. Der Kopenhagener Kongress hat deshalb in Anlehnung an die Beschlüsse des Pariser Kongresses von 1889 eine Reihe Mindestforderungen aufgestellt, deren Durchführung zunächst in allen Ländern zu erstreben ist, und damit der Agitation für die weitere Ausgestaltung der Arbeiterschutzgesetzgebung eine Richtschnur geschaffen.

Ferner hat er die Mittel einer Prüfung unterzogen, die schon in der jetzigen kapitalistischen Wirtschaftsdara anwendbar sind, um die sich regelmäßig im Gefolge der periodischen Wirtschaftskrisen einstellende Arbeitslosigkeit wenigstens etwas zu lindern; denn aufheben läßt sich unter dem heutigen kapitalistischen Produktionssystem die Arbeitslosigkeit nicht. Ihre Aufhebung kann erst erfolgen, wenn die Produktionsmittel in Gemeinbesitz übergehen und damit zugleich das heutige Lohnarbeitssystem verschwindet.

Auch der Streit, wie das Verhältnis der Genossenschaften zu den sozialistischen Parteien auszufassen sei; ob die Genossenschaften sich den politischen Parteien anzugliedern hätten, ob sie ihre politische Neutralität wahren müßten und ob die sozialistischen Arbeiter verpflichtet wären, den Genossenschaften als Mitglieder beizutreten, bildete ein Gegenstand langandauernder Kommissionsberatungen in Kopenhagen. Bekanntlich entsprang der Streit aus der Verschiedenartigkeit der Entwicklung des Genossenschaftswesens in den einzelnen Ländern. In England ist die Genossenschaftsbewegung viel älter als die Arbeiterpartei und nur ein ganz loses Band verknüpft beide. In Belgien ist das Genossenschaftswesen eng mit der politischen Partei verbunden, man kann in gewisser Beziehung sogar sagen, daß es deren Rückgrat bildet und den wesentlichsten Teil der Mittel für die sozialistische Agitation und den Pressefonds liefert. In Deutschland wieder sind die Leiter der Genossenschaftsbewegung meist Befürworter einer strengen politischen Neutralität der Genossenschaften. Gerade diese verschiedenen in der Besonderheit der historischen Entwicklung begründeten Verhältnisse verhindern aber eine gleichmäßige schablonenhafte Behandlung des Ge-

nossenschaftswesens in den einzelnen Ländern. Der Kongress hat sich denn auch geteilt, die Angliederung der Genossenschaften an die Partei nach belgischem Muster auszusprechen. Die angenommene Resolution erkennt an, daß, wenn auch die Genossenschaftsbewegung niemals die Emanzipation der Arbeiterklasse herbeiführen kann, sie doch eine wirksame Waffe im Klassenkampf zu sein vermag und empfiehlt deshalb allen Genossen — ein Beitrittsschwang soll, wie erklärt wurde, völlig ausgeschlossen sein — tätige Mitglieder der Konsumvereine zu werden. Ob und inwieweit die Genossenschaften die politische und gewerkschaftliche Bewegung direkt aus ihren Mitteln unterstützen wollen, bleibt dabei völlig der Entscheidung der Genossenschaften jedes Landes überlassen.

Nimmt man hinzu, daß auf Anrufung der österreichischen Genossen das Kopenhagener Arbeiterparlament sich überdies mit den bereits mehrfach im „Vorwärts“ erörterten separatistischen Bestrebungen der tschechischen Sozialdemokratie zu beschäftigen hatte und diese Streitfrage in dem Sinne entschied, daß es sich für die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation in jedem Staate aussprach, dann wird allseitig anerkannt werden müssen, daß in Kopenhagen ein sehr beträchtliches Arbeitspensum bewältigt ist, um so mehr als in manchen Fragen die Ansichten scharf aufeinanderprallten. Wie aus den früheren Tagungen der roten Internationale fehlte es auch in Kopenhagen keineswegs an Meinungsverschiedenheiten; aber allen Teilnehmern des Kongresses blieb der große Zweck, zu dem sie sich zusammengefunden hatten, gewärtig und hob sie über den Augenblick hinaus. Ueber den Streit der Meinungen siegte immer wieder der Gedanke der Einheit, des Verbundenseins im gleichen Streben.

So reiht sich der Kopenhagener Kongress würdig seinen Vorgängern an. Immer mehr vereinhilft sich die internationale Arbeiterbewegung, immer mehr fühlen sich die Arbeiter aller Nationen als Glieder einer und derselben, dem gleichen Ziele entgegenmarschierenden, großen revolutionären Armee.

## Flugmaschine und Lenkballon.

Man schreibt uns: Als Zeppelin seine ersten großen Erfolge errang, waren die Deutschen nach der Meinung unserer Hurraschreier wieder einmal das Salz der Erde, die allein die Lüfte beherrschten. Besonders vergnügt sahen die unentwegten Patrioten auf die Franzosen herab, die nichts Rechtes fertigbrachten, jetzt aber liegen die Dinge so, daß die Franzosen den Deutschen in der Konstruktion von Flugmaschinen überlegen sind.

Selbstverständlich waren die deutschen Chauvinisten feinerzeit nicht deswegen so ercreut, weil just das Deutsche Reich die ersten großen Fernflüge eines Lenkballons zu verzeichnen hatte, vielmehr erfüllte sie die Hoffnung, daß man eines Tages Paris von oben herab ungeniert werde bombardieren können, mit Freude.

Aber es zeigt sich immer mehr, daß die Flugmaschine gerade in militärischer Beziehung den Lenkballon vorausschicklich weit übertrifft wird. Die lenkbaren Luftschiffe sind, sofern sie etwas mehr Widerstandskraft gegen den Wind besitzen, so große Ungetüme, daß sie der feindlichen Artillerie selbst auf weite Entfernungen eine große Trefffläche bieten. Ist einmal die Entfernung des Ballons festgelegt — und heutzutage gibt es Entfernungsmesser — so ist es kein Kunststück, ein solches Luftschiff auf mehrere tausend Meter zu treffen. Die Firma Krupp hat jetzt schon neue Geschütze konstruiert, die für das Herunterholen von Lenkballons bestimmt sind und sehr gut funktionieren sollen.

Ferner kommt im Kriegsfalle auch die umständliche Wartung in Betracht, die beim Landen eines Lenkballons unvermeidlich ist. Da muß Militär bereitgestellt werden, große Verankerungsmaschinen sind nötig und womöglich muß noch Gas bereitgestellt werden. Derartige Feindsicherheiten kann man aber vom Feinde nicht verlangen. Und fällt ein gutes lenkbares Luftschiff in die Hände des Gegners, so bedeutet es für ihn einen erheblichen Gewinn.

Die Flugmaschinen bieten hingegen auf große Entfernungen ein zu kleines Ziel, als daß sie leicht getroffen werden könnten. Und wenn ein solcher Apparat landen will, braucht er nicht eine Kompanie Soldaten, die ihn halten.

Dazu wird die Flugmaschine der gefährlichste Feind des lenkbaren Luftschiffes werden, sobald sie auch nur eine relativ kleine Waffe, die Sprenggeschosse verschicken kann, zu tragen imstande sein wird. Dann wird sie den Lenkballons viel gefährlicher werden als die Torpedoboote den Panzerschiffen. Man muß dabei auch bedenken, daß die Flugapparate verhältnismäßig sehr billig sind. Für eine einzige Million erhält man etwa 50. Sie werden also sozusagen einen kriegerischen Massenartifel vorstellen. Es kann dann sein, daß ein einziges lenkbares Luftschiff zugleich von 50 und mehr Flugapparaten angefallen wird. Ob hier noch eine Rettung möglich ist, erscheint sehr fraglich.

Daß dem lenkbaren Luftschiff in der Flugmaschine ein gefährlicher Feind erstanden, ist geradezu ein Segen für die Menschheit, denn wenn die lenkbaren Luftschiffe allein die Beherrscher der Lüfte geblieben wären, dann würden die Kriege der Zukunft Schrecken zeitigen, die man gar nicht ausdenken kann. Das lenkbare Luftschiff kann verhältnismäßig große Lasten tragen, also auch Bomben von furchtbarer Zerstörungskraft mitführen. Allerdings bietet das Herabwerfen von Bomben jetzt noch Schwierigkeiten. Die Ballons schnellen nämlich dabei infolge des plötzlichen

Gewichtsverlust in die Höhe und dadurch leiden die Motoren. Aber die Technik hat schon größere Hindernisse überwunden als diese. Und daher kann man als gewiß annehmen, daß die leibbaren Luftschiffe in einigen Jahren derart „verbessert“ sein werden, daß sie Bomben herabwerfen können. Man male sich in der Phantasie ein Bild davon aus, wie es im Kriege würde, wenn solche Luftschiffe, nur durch ihresgleichen bedroht, herumfliegen könnten. Wäre man auch imstande, sie bei Tage durch Geschütze unschädlich zu machen, so würden sie dennoch bei guter Witterung in der Nacht eine schreckliche Geißel vorstellen. Jede in der Nacht marschierende Truppe, jede im Kampf während der Dunkelheit ruhende Abteilung hätte ständig das lähmende Bewußtsein, daß sie trotz sorgfältig ausgestellter Vorposten plötzlich heftig bombardiert werden kann. Ein größeres Schicksal hätten die besetzten Städte, die man nach Kriegszug ohne weiteres bombardieren darf. Sind aber die Flugmaschinen so weit entwickelt, daß sie Waffen zum Herunterwerfen des Lenkbalkons tragen können, so werden die leibbaren Luftschiffe sich in ihrer „Kampfarbeit“ empfindlich gestört sehen, denn während der Dunkelheit ist die Flugmaschine gegen den Lenkbalkon kolossal im Vorteil, weil sie ein kleines, er aber ein sehr großes Ziel bietet. Der Lenkbalkon wird dann, von Geschossen aus einer Flugmaschine oder mehreren getroffen, herabfallen, noch ehe seine Insassen ihre Feinde gesehen haben. Dabei weist die Flugmaschine den vom menschlichen Standpunkt aus großen Vorzug auf, daß sie für das Bombardement kaum ernstlich in Betracht kommen wird. Auch sie eine Schusswaffe nebst Munition, dazu mindestens 2 Mann (einen zur Bedienung der Waffe, einen zur Steuerung) tragen, so wird sie nicht auch noch einige Dutzend große Burgeschosse mitführen können. Die Aufgabe des Flugapparates wird in der Hauptsache wohl auf die Erkennung und das Herabholen von Lenkbalkons beschränkt bleiben. Und das ist eine verhältnismäßig erträgliche Rolle.

Wir fürchten auch, daß der Lenkbalkon die Kriegsführung noch viel barbarischer machen würde, als sie es schon ist, wenn ihm die Flugmaschine nicht das Handwerk erschweren könnte. Man nehme einmal eine siegreich ins gegnerische Land vormalstehende Armee an, die fortwährend durch Bomben aus Lenkbalkons geschädigt wird. Durch Schlächten und Gefechte gewinnt sie ständig Terrain, aber wenn die abgerackerten Truppen ausruhen und schlafen wollen, werden sie von oben mit Bomben regaliert. Derartige würde eine furchtbare Erbitterung und Repressalien erzeugen.

## Eine private Kundgebung.

Bei der Grundsteinlegung einer Kirche hielt Prinz Ludwig, der bayerische Thronfolger, eine Rede, über die das „Klerikale Neue Münchener Tageblatt“ folgenden Bericht veröffentlicht:

„Ich danke dem lieben Gott, daß ich von katholischen Eltern abstamme und in der katholischen Religion erzogen worden bin. Ich bin stets für unsere katholische Religion eingetreten, weil ich überzeugt bin, daß sie die einzig wahre und echte Religion ist. Diese meine innerste Überzeugung habe ich jederzeit kundgetan, nicht um äußere Ehren und Anerkennung zu finden, sondern weil es meine tiefste religiöse Überzeugung ist. Die katholische Religion gestattet jedem Katholiken, Toleranz gegen Andersgläubige zu üben. Es ist falsch, anzunehmen, daß die Überzeugung Andersgläubiger von und Katholiken nicht hochgehalten werden dürfe. Deswegen verlangen auch wir, daß gegen unsere Überzeugung Toleranz geübt werde. Wir wissen wohl, daß nicht die Mutter Gottes, sondern Gott im Himmel allein unsere Bitten erfüllt oder abschlägt, weil er am besten weiß, ob die Erfüllung unserer Wünsche zum Vorteil ist oder nicht. Trotzdem eilen wir zur seligen Jungfrau Maria hin und wenden uns an sie im Vertrauen auf ihre Macht bei Gott. Auch ich habe Sorgen und Kummer und habe sie niedergelegt am Altar der heiligen Kapelle. Wir alle sind ja Zeugen, was im Laufe der Jahrhunderte durch die Arbeit der allerhöchsten Jungfrau erreicht worden ist.“

Die Rede ist bei einem kirchlichen Anlaß gehalten und behauptet, wenn sie, woran zu zweifeln kein Anlaß ist, aufrichtig gemeint ist, daß der bayerische Thronfolger ein frommer Katholik ist. Daß die katholische Religion von ihm für die einzig wahre gehalten wird, ist dabei nicht auffallend. Denn jeder Anhänger einer Religion ist überzeugt, daß die seine die wahre ist, sonst würde er eben nicht gläubig sein. Die Ausstellungen der liberalen Presse, die gegen dieses Bekenntnis zu Felde zieht, scheinen uns nicht stichhaltig. Etwas anderes wäre es, wenn der Thronfolger besondere politische Konsequenzen unmittelbar aus seiner religiösen Überzeugung zöge und sie Andersdenkenden ausdränge, also etwa sich einbilden würde, er stehe in einem besonderen Verhältnis zu Gott und seine Meinungen müßten auch gegen die verfassungsmäßigen Meinungen eines Parlaments durchgesetzt werden. Das fällt aber dem bayerischen Prinzen nicht ein. Er tritt vielmehr gleichzeitig für „Toleranz“ ein, was vielleicht vom rein religiösen Standpunkt nicht ganz konsequent, vom staatsbürgerlichen aber durchaus fortrefflich ist.

Deshalb braucht den Politiker diese Rede nicht zu kümmern und am wenigsten Sozialdemokraten, denen Religion Privatangelegenheit ist.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. September 1910.

### Orden für die Gelben der Wahlrechtschlachten!

Wiesbaden, 5. September. Die Blätter melden: Bei einem Appell der hiesigen Schutzmannschaft verteilte heute vormittag der Polizeipräsident Schenk an eine Anzahl Beamte Ordensauszeichnungen für ihr vorzügliches und musterhaftes Verhalten während der Ausfahrten bei diesjährigen Wahlrechtsdemonstrationen und sprach gleichzeitig der Schutzmannschaft für ihr ruhiges Vorgehen ganz besondere Anerkennung aus.

Halle a. S., 5. September. Sieben Beamten der hiesigen Polizei sind durch den Regierungspräsidenten v. Gersdorff in Verleihung Ordensauszeichnungen überreicht worden. Der Regierungspräsident teilte dabei mit, der Minister des Innern habe ihn zu der ausdrücklichen Erklärung ermächtigt, daß er mit dem Verhalten der Halle'schen Polizeiregierung außerordentlich zufrieden sei.

Dem sein Recht fordernden Volke Sabelhiebe, den dreihundert Polizeibeamten Oden — das ist preussisches System!

Die Polizei von Halle a. S. hatte beiläufig bei der ersten Demonstration des diesjährigen Wahlrechtsfeldzugs unter den Wahlrechtsdemonstranten ein förmliches Blutbad angerichtet!

### Der Staatsanwalt im Kampf gegen die politische Satire.

Stuttgart, 5. September. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Soeben sind hier in der Verlagsanstalt von Paul Singer die Nummern 624 und 628 des „Wahren Jakob“ von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden. Gegen den Redakteur Genossen Heymann ist eine Untersuchung wegen Vergehens gegen die §§ 166 und 184 des Strafgesetzbuches (Gotteslästerung, bezw. Beschimpfung einer christlichen Kirche, sowie Verbreitung unzüchtiger

Schriften) eingeleitet worden. Von der Nummer 624 wurden noch 100 Exemplare vorgefunden, von der Nummer 628 nichts, da sie längst ausverkauft ist.

Die Nr. 628 war „den Schwarzen gewidmet“ und in die Form einer ironischen Begrüßung des Katholikentages gekleidet. In Wort und Schrift führte sie in launiger Weise den hochmütigen Anspruch der Frommen, mit ihrer religiösen Bestimmung zugleich den alleinigen Boden der Moral gepachtet zu haben, durch eine Revue der vielen Skandalaffären ab, die in neuerer Zeit durch katholische Geistliche und andere Frommen verursacht wurden. Das hat den Zentrumsleuten wohl nicht gefallen und auf ihr Vortreiben ist denn etwas sehr nachträglich die Staatsanwaltschaft in Bewegung geraten — und hat offenbar erst dringlicher Belehrung bedurft, bis ihr das angeblich Strafbare des Inhalts offenbar geworden ist. In Wirklichkeit ist natürlich weder von einer Beschimpfung der katholischen Kirche, noch davon die Rede, daß die betreffende Nummer des „Wahren Jakob“ eine unzüchtige Schrift darstellte. Selbstverständlich sind die Dinge beim rechten Namen genannt und mit Rosenwasser läßt sich der Schmutz nicht darstellen, der in so manchen Wahren Jakobern gieblich.

Die Nr. 64, die schon im Juni erschien (?), enthält eine Bilderfolge, die die Verbindung von Christentum und Militarismus verspottet, überschrieben „Der Christus von Kallehne“, da sie an die Tatsache anknüpft, daß in Kallehne in der Altmark aus Anlaß des Festes der Kirchendivision unter den Augen der Geistlichkeit ein Kriegsspiel stattfand, an dem sich außer dem Kriegerverein vier Schulen beteiligten. Es ist recht bezeichnend für den falschen Gesichtswinkel, unter dem die Frommen und die Staatsanwaltschaft das sozialdemokratische Witzblatt betrachten, wenn sie aus dieser berben Verhöhnung einer Verherrlichung des Christentums in sein Gegenteil eine Beschimpfung einer christlichen Kirche oder gar eine Gotteslästerung machen wollen.

Vor Gericht wird Genosse Heymann mit diesen falschen Deduktionen kräftig aufräumen können.

### Gegen Absolutismus und Fleischwucher.

Zwei Massenversammlungen fanden am Sonnabend in Köln statt. Die von sozialdemokratischer Seite einberufene war derart stark besucht, daß der Saal des Volkshauses polizeilich abgesperrt wurde. Genosse Meerfeld brandmarkte die agrarische Lebensmittelpolitik und die dafür verantwortlichen Parteien an der Hand eines erdrückenden Beweismaterials. Besonders kennzeichnete er die infame Politik des Zentrums, das sich den Wählern gegenüber als volksfreundlich aufspiele, in Wirklichkeit aber die reaktionäre Zollwucher- und Steuerpolitik der Konservativen unterstütze. Er forderte sofortige Dämpfung der Grenzen und Errichtung kommunaler Schlachthäuser. Gegenüber der Proklamierung der absoluten Militärmonarchie durch die Königsberger Kaiserrede forderte er unter dem brausenden Beifall der Versammelten, daß der Reichstag die maßgebende Instanz im Reiche und der Wille des Volkes oberstes Gesetz werde. Die vorgeschlagenen Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

Die zur selben Stunde in den Kolonialsaal abgehaltene, von der demokratischen Vereinigung einberufene Volksversammlung war ebenfalls überfüllt. Nach Reden der Herren Dr. Restriepke und Dr. Vohlschroder wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der als Mindestforderung des Volkes ein Verantwortlichkeitsgesetz für den Reichstanzler verlangt wird, damit das Parlament den Kanzler im gegebenen Falle zur Verantwortung ziehen kann. Die Resolution protestiert entschieden gegen die in den ostelbischen Reden zum Ausdruck kommenden absolutistischen Gedanken.

In einer von Hagen von der Sozialdemokratischen Partei einberufenen gutbesuchten öffentlichen Volksversammlung wurden nach einem Referat des Parteisekretärs Genossen Ludwig zwei Resolutionen gegen das persönliche Regiment und den Fleischwucher einstimmig angenommen.

In Hannover tagten am Sonntag sieben sozialdemokratische Protestversammlungen mit der Tagesordnung: „Persönliches Regiment, Junkerherrschaft und Fleischnot.“ Nach Schluß der Versammlungen zogen die Massen über die Hauptstraße und demonstrierten vor der Wohnung des Regierungspräsidenten.

In einer von mehr als 3000 Personen besuchten, vom Sozialdemokratischen Verein einberufenen Volksversammlung zu Kassel referierte Abg. Scheidemann unter stürmischer Zustimmung. Einstimmig wurde von der Versammlung, in der auch das Bürgertum stark vertreten war, eine scharfe Protestresolution gegen Absolutismus und Fleischwucher angenommen. Die Kundgebung fand im Stadipark, dem größten Saale, statt. Einflußreiche Personen, wahrscheinlich aus dem Verein der Reichshändler, hatten alles aufgeboten, die Versammlung im Lokale des Bürgertums unmöglich zu machen. Auf den Wächter wurde mit Androhung des Boykotts durch die „Patrioten“ eingewirkt. Die den Behörden nahestehenden Zeitungen, die sonst das Geld der Sozialdemokraten gern nehmen, lehnten diesmal auffallenderweise die Aufnahme der Versammlungsanzeigen rundweg ab. Trotz alledem der starke Besuch und für die Sozialdemokratie ein scharfer Erfolg: 150 neue Parteimitglieder und hundert Abonnenten auf das „Volkblatt“.

Eine Protestversammlung in Würzburg, in der der Genosse Landtagsabgeordneter Schmitt-München referierte, nahm eine Resolution an, in der das Selbstbestimmungsrecht des Volkes und die völlige Aufhebung des Majestätsbeleidigungsparagraphen gefordert wird.

In Königsberg fand am Sonntag eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Genosse Dr. Gottschalk das Thema: „Kaiservorteile und Volksrechte“ behandelte, während Genosse Redakteur Marchionini über: „Lebensmittelpolitik“ sprach. Die Versammlung, die unter freiem Himmel stattfand, litt unter mehreren Regengüssen. Trotzdem füllten mehrere tausend Personen den Garten des Parteietabliaments. Zwei Protestresolutionen fanden einstimmige Annahme.

Eine von der Fortschrittlichen Volkspartei einberufene, von rund 3000 Personen besuchte Versammlung in Stuttgart nahm nach einem Referat des Abgeordneten Raumann eine Resolution an, in der es heißt:

„Da Kaiser Wilhelm II. in Königsberg erklärt hat, daß er ohne Rücksicht auf Tagesansichten und Tagesmeinungen seinen Weg gehe, so bleibt auch dem deutschen Volke nichts anderes übrig, als ohne Rücksicht auf kaiserliche Ausprüche seinen Weg zu gehen und die Durchführung des parlamentarischen Regiments und der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung mit allen gesetzlichen Mitteln zu betreiben.“

Die Kreisleiter Fleischwucher beschloß in ihrer letzten Hauptversammlung, an den Oberbürgermeister das Ersuchen zu richten um eine Eingabe an die zuständige Staatsbehörde, die zur Einschränkung der bestehenden Vieh- und Fleischsteuerung erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, namentlich die Dämpfung der Grenzen für Schlachtvieh, be-

sonders nach Holland hin, unter Wahrung der notwendigen sanitären Maßnahmen veranlassen zu wollen, ferner billigere Frachttarife für Vieh beim Eisenbahntransport und Zoll-erleichterungen anzuordnen.

### Eine Demonstration gegen Chauvinismus und persönliches Regiment.

Kaiserslautern, 4. September. (Fig. Ber.)

Die hiesige sozialdemokratische Stadtfraktion hatte auf eine Eingabe der Kriegervereine die Mittel für eine Sedanfeier verweigert. Darauf ging eine große Delegation gegen die Partei los, so daß sich diese zu einer Protestversammlung versammelte. Zu derselben Zeit, als die Kriegervereine und Militärvereine ihren Festzug durch die Stadt machten, lagte eine großartig besetzte Versammlung in Kaiserslauterns größtem Saale. Genosse Hoffmann sprach über das Thema „Sedan und Sozialdemokratie“. Zum Schluß legte er den inneren Zusammenhang zwischen der Sedanfeier und der Königsberger Kaiserrede dar. Die Versammlung war eine großartige Demonstration des arbeitenden Volkes gegen den Chauvinismus der bürgerlichen Parteien und für den Frieden, gegen das persönliche Regiment und für die Volksrechte.

### Innere Seuchengefahr.

Im „Regensburger Anzeiger“ polemisiert ein praktischer Landwirt gegen den Zentrumsabgeordneten Dr. Peim, der vor kurzem im „Bayerischen Kurier“ sich gegen die Dämpfung der Grenzen ausgesprochen hatte. Der Landwirt führt den Mangel an Schlachtvieh einfach darauf zurück:

„daß der Bauer auf dem Lande die unsinnige Theorie der Stallfütterung zur Ausführung bringt, das verderbliche Beispiel der großen Güter nachahmend, die seit einem halben Jahrhundert Kuh, Kalb und Jungrind an der Seite zu halten und aufzuziehen liebt. Die Tuberkulose greift immer mehr um sich unter den Viehbeständen, schwächliches, krankes, unzüchtiges Vieh füllt die Ställe. Ganze Dörfer haben keine oder wenige Kühe. Anfruchtbarkeit der Kühe ist die Ursache. Kein Kalb, keine Milch, kein Fleisch ist die Folge. Es ist unbedenkbar, bis wieder ein gesunder Viehbestand unsere Ställe füllen wird.“

Um diesem Fleischmangel abzuhelfen, empfiehlt auch er die Dämpfung der Grenzen zum Zwecke der Einfuhr von Zuchtvieh.

### Ein neuer polizeilicher Vorstoß gegen das Reichsvereinsgesetz.

Die Versuche der Polizei, die wenigen und geringfügigen Erleichterungen, welche das Reichsvereinsgesetz für politische Vereine gebracht hat, auf dem Verwaltungswege wieder aus der Welt zu schaffen, werden zäh und unermüdlich fortgesetzt. Schon in Wieslau und Magdeburg ist der Versuch unternommen worden, die Mitgliederversammlungen der sozialdemokratischen Vereine polizeilich zu überwachen, obwohl das Reichsvereinsgesetz in seinen §§ 13 und 14 ausdrücklich das Gegenteil bestimmt. Die hierzu beliebte Bemerkung der polizeilichen Befehlshaber ist bekannt. Man behauptet, ein sozialdemokratischer Verein sei seiner Mitgliederzahl und seiner Konstitution wegen kein Verein im Sinne höchstgerichtlicher Entscheidungen und deshalb könne er keine Mitgliederversammlungen veranstalten, sondern nur öffentliche. Mit dieser Argumentation sind nun allerdings die genannten Polizeiverwaltungen gründlich abgefallen, so daß man meinen sollte, daß man sich an diesen Niederlagen der polizeilichen Bevormundungsroute genügen lasse.

Dem ist indessen nicht so. Der sozialdemokratische Verein für Halle und den Saalkreis hielt am Sonntag seine ordentliche Jahresversammlung ab, zu der lediglich Mitglieder Zutritt hatten. Um die Anwesenheit von Nichtmitgliedern zu verhindern, wurde an den Saaleingängen genaue Kontrolle ausgeübt. Trotzdem stellten sich bei Versammlungsbeginn zwei Polizeibeamte — ein Kommissar und ein Schutzmann — ein, um die Versammlung zu überwachen. Auf die Aufforderung, den Saal zu verlassen, erwiderten sie, von höherer Stelle zur Überwachung beauftragt worden zu sein. Nun wurde die Versammlung vertagt und der Versuch gemacht, auf telephonischem Wege Jurisdiktion der ungesetzlichen Anordnung zu erzielen. Der Polizeichef, Oberinspektor Wendemann, war jedoch nicht zu erreichen, da er die sogenannte Sedanfeier mit seiner Gegenwart besetzte. Der Oberbürgermeister Dr. Rabe erklärte dem Vorsitzenden, Reichstagsabg. Albrecht, Bescheidener nur auf schriftlichem Wege entgegenzukommen zu wollen. Somit blieb es bei der ungesetzlichen Maßregel. Unsere Genossen greifen nun zu einem anderen Anstaltsmittel, sie schließen die Generalversammlung mit den Bemerkten, daß in einer halben Stunde eine Mitgliederversammlung mit der gleichen Tagesordnung einberufen werde. Für diesen unvorhergesehenen Fall waren die Polizeibeamten wohl nicht mit Instruktionen versehen und sie entschnerten sich ängstlich. Die zweite Versammlung konnte dann ungehindert vor sich gehen.

Die Ungesetzlichkeit des Verhaltens der Polizei von Halle zu der Generalversammlung braucht nicht erst nachgewiesen zu werden. Wenn diese Behörde trotz geschehener Reklamation anderer Polizeiverwaltungen gesetzwidrige Schritte zur Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes unternimmt, so handelt sie natürlich nach vorgefasstem Plan. Welchen, das dürfte eine Parallele mit der polizeilichen Verhinderung des gesetzlich erlaubten Streikpostenstehens klarmachen. Jahrelang hat das höchste preussische Gericht den Versuchen der Polizei, die Ausübung des Koalitionsrechtes zu beschränken, widerstanden. Aber die Polizei ist dabei doch Siegerin geblieben! Heute darf sie, ohne Zurückweisung befürchten zu müssen, Streikposten festsetzen, soviel sie will. Kechnlich denken sich die Polizeioberen Preußens wohl auch die Sache beim Vereinsrecht. Durch immer erneute Versuche hoffen sie, die letzte Instanz ihren Wünschen gefügig zu machen. Da Preußen Polizeistaat in des Wortes wahrensten Bedeutung ist, bedeutet diese Hoffnung der Behörde für öffentliche Ordnung und Sicherheit durchaus keinen leeren Wahn. Und damit wäre dann die einzige „liberale Tat“ der glorreichen Modara ihrem wahren volksfeindlichen Charakter nach der Öffentlichkeit entfalt.

### Kriegervereine gegen die Konsumvereine.

Nicht nur, daß Partei und Gewerkschaften von den Kriegervereinen beschimpft werden, sollen von jetzt ab auch die von Arbeitern geleiteten Konsumvereine in die zu bekämpfenden Organisationen einbezogen werden. Auf dem Kreis-Kriegerverbandsstage in Neumarkt Schl. wurde auf die Anfrage, wie sich die Kriegervereine denjenigen Mitgliedern, die in einem von Arbeitern geleiteten „gewerkschaftlichen“ Konsumverein organisiert sind, gegenüber zu verhalten haben, folgender Beschluß gefaßt:

„Die gleichzeitige Mitgliedschaft eines unter sozialdemokratischer gewerkschaftlicher Leitung stehenden Konsumvereins und eines Kriegervereins vertragen sich absolut nicht. Den einzelnen Vereinen des Kreisverbandes wird empfohlen, den in Frage kommenden Mitgliedern diese Entscheidung mitzuteilen und ihnen eine angemessene Frist zu gewähren, sich zu erklären, ob sie sich derselben fügen wollen oder nicht.“

Das heißt auf Kriegervereinsdeutsch: Wer nicht in der gestellten Frist aus einem von Arbeitern geleiteten Konsumverein austritt, wird aus dem Kriegerverein ausgeschlossen. Und kann diese Stellungnahme nur recht sein, zeigt sie doch, daß die Kriegervereine ihre Mitglieder nicht nur in politischen und gewerkschaftlichen, sondern auch in wirtschaftlichen Dingen bevormunden wollen. Und dabei haben diese Vereine noch nie einen Finger krumm gemacht für die wirtschaftliche Hebung ihrer Mitglieder.

### Freisinn und Kaiserrede.

Der Vorstand des Wahlvereins der Fortschrittlichen Volkspartei für Teltow-Deeslow hat in seiner letzten Sitzung zur Königsberger Kaiserrede Stellung genommen und folgende Resolution beschlossen:

Der Vorstand stellt fest, daß die Königsberger Rede in Widerspruch zu den Empfindungen und Anschauungen der fortschrittlichen Wählerschaft steht.

Glücklicherweise hat es der Vorstand des Wahlkreises nicht bei dieser etwas kuriosen Feststellung bewenden lassen, sondern zugleich beschlossen, demnächst eine große Protestversammlung abzuhalten. Offenbar wird diese Versammlung dann ihrerseits eine Resolution fassen, die nicht nur die Selbstverständlichkeit verkündet, daß Wilhelm II. kein Freisinniger ist, sondern auch mit dem gefährlichen Nachdruck Protest gegen die Befundung des kaiserlichen Absolutismus einlegt!

### Der Herr Ritter vom Eisernen Kreuz.

Am 1. September brachten die „Münchener Neuesten Nachrichten“ einen grundgelehrten Artikel über die Schlacht von Sedan, und zwar „von einem Veteranen“. Am 2. September schrieb das „Bayerische Vaterland“, das die „Münchener Neuesten Nachrichten“ nebenbei bemerkt nur die Ruhhaut nennt, darüber:

„Eine löbliche Leistung der Ruhhaut ist der in Nr. 407 enthaltene Artikel „Schlacht bei Sedan“ von einem alten Veteranen. Dieser Veteran ist nämlich kein anderer als — Meyers Konversationslexikon, aus dem sowohl der Artikel selbst, fast wortwörtlich als auch die Kartenzüge — lebhaft nachempfunden sind.“

Darüber quittierte das angegriffene Blatt mit folgender Notiz: „Die Schlacht bei Sedan. Unter dieser Ueberschrift brachten wir in Nr. 407 einen Aufsatz eines alten Veteranen. Aus unserem Leserkreise (S. 4.) werden wir jetzt darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Artikel dem Meyerschen Konversationslexikon zum Teil wörtlich entnommen ist. Dies veranlaßt uns, festzustellen, daß der Aufsatz von einem alten Offizier außer Dienst in Regensburg als eigene Arbeit eingeleitet worden ist. Die Redaktion konnte um so weniger ahnen, daß der Einsender ein Blagiat begangen hat, als er Ritter des Eisernen Kreuzes ist.“

Man weiß nicht, was amüsanter ist: der Offizier mit dem Eisernen Kreuz, der einen Artikel eines Lexikons abschreibt und ihn als eigene Leistung an eine Zeitung schickt oder die Münchener „Neuesten Nachrichten“ selbst, die so tun, als ob sie von der Glosse im „Bayerischen Vaterland“, das in München sehr viel gelesen wird, nichts wüßten.

### Terrorismusfreiheit

verlangt die bayerische Zentrums- und Eisenbahner, während die freigeorganierten Bahnangestellten fortgesetzt wegen angeblicher terroristischer Akte denunziert werden. Das Signal zu diesem Vorgehen haben die bekannten scharfmaatschrischen Reden des Abg. Dr. Böhler in bayerischen Landtage gegeben, der die Regierung geradezu aufforderte, die freigeorganierten Eisenbahner auf das Pfahle zu werfen. Die Christlichen fühlten sich als die Herren und Meister der staatlichen Verkehrsbedriebe. Vor kurzem wurde ein freigeorganisierter Eisenbahner, der schon über ein Jahrzehnt in der Hauptwerkstätte München beschäftigt ist, von dem christlichen Obmann, der sich von jenem „terrorisiert“ fühlte, ohne weiteres entlassen. Bei der Untersuchung des Falles kamen aber auch über den Denunzianten allerlei Dinge ans Licht, die die Eisenbahnverwaltung zwangen, eine Untersuchung einzuleiten und mit Strafeinschreitung vorzugehen. Zimmermann wurde jedoch gnädiger behandelt und lediglich nach Ingolstadt strafversetzt, was allerdings einen bedeutenden Einnahmefall für ihn zur Folge hat. Darüber ist man nun im Zentrumslager furchtbar aufgebracht; man nennt die Maßregel eine Verbeugung des „roten Heinrich“ (des Verkehrsministers) vor den roten und spricht allerlei Drohungen gegen ihn aus; die christlichen Eisenbahner protestieren und berufen sich auf ihre „staatsrechtlichen Grundfälle“; sie meinen, durch solche Behandlung müsse der noch „staatlich und königstreue gemühte“ Geist des Staatsdienerspersonalis an seiner Bestimmung irre werden. Es zeugt von der grenzenlosen Ueberhebung und Unmähigung der Zentrumschichten, daß sie so unerschrocken zweierlei Maß beanspruchen.

### Opfer des Militarismus.

Das Brigademanöver in Ost- und Westpreußen hat eine Reihe Opfer gefordert. Während Menschenleben sind vernichtet worden. So erlag in Rossitten (Pr. Eylau) ein Reservist einem Hirschschlag. Der Mann hinterläßt eine Witwe und zwei Kinder. Aus Marienburg werden schwere Manöverunfälle gemeldet. Die Truppen halten an einem Tage 54 Kilometer zurückzulegen; dazu kamen noch kleine Gefechtsübungen. Eine Anzahl Jäger wurde schlapp; zwei Reservisten des 6. Grenadierregiments stürzten hin und verstarben. Ein Soldat mußte ins Lazarett geschafft werden; er hatte eine schwere Augenverletzung von einer Patronen davongetragen. In einer anderen Stelle hatten die Truppen einen äußerst anstrengenden Marsch. Alle Augenblicke stürzten Leute, besonders aus Reservistenkreisen, erschöpft nieder und mußten in Wagen weiterbefördert werden. Ein Soldat mußte ins Sibirer Krankenhaus gebracht werden, wo die Ärzte Ueberanstrengung feststellten. Zwei weitere Soldaten mußten ins Krankenhaus geschafft werden, weil sie sich Lungenentzündung zugezogen hatten. Dieses schreckliche Resultat ist in wenigen Tagen erzielt worden. Was werden nun erst die Kaisermanöver bringen, die jetzt beginnen sollen?

### Ein „übereifriger“ Vorgesetzter.

Wegen vorchristlicher Behandlung und Mißhandlung Untergeordneter in 16 Fällen stand der Unteroffizier Bauer vom 19. Infanterieregiment vor dem Dresdener Kriegsgericht. Dem Angeklagten war im Herbst vorigen Jahres kaum die Meistruentenporosität übertragen worden, als auch schon die Schindereien begannen. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit schlug er auf die Soldaten ein. Mehrfach wurden die Untergeordneten gestochen, abgeschüttelt, beschimpft usw. Seine Lieblingsbeschäftigung war, daß er mit Häuten und Handtäscheln die Soldaten unter das Kinn, gegen die Nase und ins Gesicht schlug. Die Mißhandlungen waren mehrfach so schwerhaft, daß den Soldaten das Wasser aus den Augen lief. In der Regel bluteten aber die mißhandelten Soldaten und trugen geschwollene Nasen und Lippen davon. Ein Soldat, den der Angeklagte nicht leiden konnte, wurde sehr oft geschlagen. Ein anderer Soldat erhielt einen derartigen Schlag in den Rücken, daß er vornüber stürzte und mit dem Kopf gegen die Wand flog. So ging es ein halbes Jahr lang! Eines Tages erhielt ein Soldat abermals einen kräftigen Schlag gegen das Kinn, so daß er sich in die Zunge biß. Er brachte die Sache zur Meldung und damit den Stein ins Rollen. Die Mißhandlungen sind sehr oft vorgekommen, aber die Einzelfälle konnten nicht alle festgestellt werden. Vor Gericht erklärte der Angeklagte, er habe die Soldaten nur „aufgemuntert“ und „korrigiert“. Bauer wird als ein — übereifriger Vorgesetzter geschildert. Das Gericht erkannte auf die unglaublich gelinde Strafe von — 6 Wochen mittleren Arrest! Zugunsten des Angeklagten wurde die Beurteilung und der Umstand berücksichtigt, daß D. die Leute nicht systematisch geschunden habe!;

### Frankreich.

#### Der Luftmilitarismus.

Paris, 5. September. Wie die Blätter melden, hat der Kriegsminister 30 Aeroplane bestellt, darunter 10 Ein- und 20 Zweidecker, die vor Ablauf des Jahres zu liefern sind. Die Flugmaschinen müssen ein Mindestgewicht von 300 Kilogramm haben, eine Minimalgeschwindigkeit von 60 Kilometer in der Stunde

besitzen und in einem Fluge mindestens 200 Kilometer zurücklegen. Für solche Aeroplane, deren Geschwindigkeit 60 Kilometer übersteigt, werden die Erbauer eine besondere, mit der Kilometerzahl wachsende Prämie erhalten. Sieben von den Zweideckern sollen so gebaut werden, daß sie außer dem Lenker noch zwei Passagiere aufnehmen können. Bis zum Ende des Jahres wird die französische Armee 60 Aeroplane besitzen.

Paris, 4. September. In Südalgerien soll eine Aeroplanstation geschaffen werden. Sechs bis acht Flugzeuge sollen dort hin gebracht werden und in Wäldern der verschiedenen Gebiete Südalgeriens überfliegen. Die Station soll im Januar nächsten Jahres errichtet werden. Das würde der erste Schritt zu einem trans-jaharischen Verkehr zur Verbindung der französischen Besitzungen sein.

### Türkei.

#### Neue Vandalennutzen.

Frankfurt a. M., 5. September. Wie die „Frankfurter Hg.“ aus Saloniki meldet, begaben sich siebzig Bulgaren aus Robiditscha (Bezirk Kotschana) in ein nahe Dorf, drangen in ein türkisches Haus ein und machten zwei Türkinnen und zwei Kinder nieder, worauf sie das Haus anzündeten und sich entfernten. Es sind Truppen an den Ort der Tat gesandt worden.

### Persien.

#### Neue Wirren.

Teheran, 5. September. Der Führer des Stammes der Kaskainen im Süden Persiens, Saulet ud Douleh droht der Regierung, er werde gegen Teheran marschieren, Serdar Assad stürzen und eine selbstherrliche Monarchie gründen. Der Gouverneur von Ispahan ist geneigt, sich ihm anzuschließen, da er mit Serdar Assad gleichfalls unzufrieden ist. Serdar Assad dringt auf die Absetzung Saulets. Die Regierung zögert jedoch, da sie einen offenen Bruch fürchtet.

### Aus der Partei.

#### Zur Budgetfrage und Hofgängererei.

Eine Parteiversammlung für den Wahlkreis Metz, die zunächst den Bericht über die Landeskonferenz vom 16. und 17. Juli in Colmar entgegennahm, befaßte sich dann mit der Budgetbewilligung in Baden. Nach lebhafter Debatte wurde, wie das Straßburger Parteiblatt berichtet, eine Resolution angenommen, die zunächst die Hofgängererei der Badenser „unter allen Umständen verurteilt, da sie den demokratischen Anschauungen zuwiderläufe“, die dann aber „die Haltung zum Budget als eine Frage der Taktik den einzelnen Landtagsfraktionen und Organisationen überläßt, mit der Einschränkung, daß der Parteivorstand von dem jeweiligen Entschluß zu verstanden sei“. Die Resolution Frohme sei „das geeignetste Mittel, solche Zwischenfälle wie den badischen zu vermeiden“. Die Beurteilung der Hofgängererei wurde einstimmig beschlossen, die Entschließung zugunsten der Resolution Frohme wurde mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Zum Delegierten für Magdeburg wurde der Reichstagskandidat Genosse Dr. Georges Weill gewählt.

### Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei Sachsens.

Leipzig, 4. August.

Im festlich geschmückten Volkshaus traten heute die Vertreter des Klassenbewußten Proletariats Sachsens zur jährlichen Versammlung zusammen. Genosse Lipinski begrüßte die Delegierten im Namen der Leipziger Parteigenossenschaft und wies dabei auf die günstige politische Situation hin, in der sich die Partei zurzeit befindet.

Zu Vorstehenden wurden die Genossen Lipinski und Müller-Ehemann gewählt.

Genosse Siederemann als Vorsitzender des Zentralkomitees gab hierauf den Geschäftsbericht. Danach hat sich die Zahl der politischen Organisationen in Sachsen seit 1900 vervierfacht, sie beträgt 100 000, die Einnahmen haben sich verdreifacht, die Gesamteinnahme betrug im Geschäftsjahr 650 000 M. Die Organisationsentwicklungen, besonders das Bildungswesen, sind aufgedaunt worden. Die Parteigenossenschaft Sachsens, die früher bei allen größeren Aktionen: Landtags- und Reichstagswahlen, die Hauptrolle in Berlin in Anspruch nehmen mußte, kann jetzt die Kosten nicht nur selbst decken, sondern auch noch erhebliche Summen an den Parteivorstand senden. Ganz hat die alte sächsische Kadeltschickel der Behörden nicht aufgehört. Der Redner führte einige besonders drastische Fälle aus dem 20. Reichstagswahlkreis an, die die Fraktion dem Ministerium im Lande vorhalten werde. Die Genossen müßten daraufhin wirken, daß die Beteiligung an Sportvereinen, Gesangsvereinen, Turn-, Radfahr-, Schreibervereinen usw. nicht zum Schanden der Partei ausfalle. In erster Linie komme die Partei, müßten deren Arbeiten erledigt werden. Die Landtagswahlen im verfloffenen Späthjahr, wie die Reichstagsnachwahlen im 19. und 20. Kreise hätten den Kund nach links gezeigt. Der Redner zeigte auch, in welcher insamer Weise die Gegner, besonders im 20. Kreise, gegen uns gekämpft haben. Nicht nur haben sie die Partei in der ungläublichsten Weise verunglimpft, sondern auch den Kandidaten, Genossen Göhre, persönlich. Der Wahlausfall sei des Volkes deutliche Antwort. In 21 von den 23 sächsischen Reichstagswahlkreisen seien die Kandidaten aufgestellt, nur im 7. und 12. noch nicht.

Der vom Kassierer des Zentralkomitees, Genossen Braune, gegebene Klassenbericht wurde nach kurzer Diskussion gutgeheißen. Die drei Kreise, die im letzten Jahre einen Mitgliederverlust zu beklagen haben, ließen durch ihre Delegierten die Ursachen angeben. Auch wurde von den Diskussionsrednern darauf hingewiesen, daß vom 1. Juli 1911 an der Zehnjährigenwochenbeitrag durchgeführt sein werde. Ein von der Gethainer Ortsgruppe eingereichter Antrag: Die sozialdemokratische Presse sollte die Abonnementversicherung einführen, wurde abgelehnt, nachdem der Genosse Siederemann dagegen gesprochen hatte. Einstimmig abgelehnt wurde der Antrag des Genossen Vogel aus Ehemann, von Zeit zu Zeit Flugblätter herauszugeben, in denen die Annurfe gegen unsere Partei zurückgewiesen werden sollen, da dies ja schon geschieht. Angenommen wurde dagegen ein Antrag des Komitees, wonach es der nächstjährigen Landeskonferenz eine Vorlage unterbreiten solle, die die Bestimmungen des Landesorganisationsstatutes mit denen des Statuts der Gesamtpartei in Einklang bringt. Dies geschieht besonders wegen Ueberwiegen der parlamentarischen Vertreter auf dem Landesparteitag. Vom Genossen Schöpflin wurde besonders darauf hingewiesen, daß der Gewinnung von Versammlungsorten die größte Aufmerksamkeit zu schenken sei, schon mit Rücksicht auf die Reichstagswahl im kommenden Jahre.

Anwesend auf der Konferenz sind am ersten Tage 58 Delegierte, drei Reichstagsabgeordnete, 12 Landtagsabgeordnete und 16 Agitationskomiteemitglieder, die zusammen 92 Mandate vertreten. Zur Montagfassung werden außer dem Parteivorstandsvertreter, Genossen Molkenbühr, noch eine Anzahl anderer Abgeordneter erwartet.

Leipzig, 5. September.

In der heutigen Vormittagsitzung wurden einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt. Als Sitz des Zentralkomitees wurde wiederum Dresden bestimmt; die nächste Landeskonferenz wird in Reichen abgehalten werden. Nach dem Berichte des Mandatsprüfungsausschusses sind 59 Delegierte, 17 Landtagsabgeordnete und 5 Reichstagsabgeordnete sowie 16 Agitationskomiteemitglieder anwesend.

Genosse Landtagsabgeordneter E. Rißche (Dresden) berichtete hierauf über die Tätigkeit der sächsischen Land-

tagsfraktion in der verfloffenen Session. Zu dem gedruckt vorliegenden Bericht führte er aus, daß man mit der Tätigkeit der Fraktion im allgemeinen einverstanden sei, es sei nur in einigen unwesentlichen Punkten Kritik geübt worden. Die 25 Mann starke Fraktion habe vor neuen, völlig veränderten Situationen und Aufgaben gestanden im Vergleich zu der früheren 1901 aus dem Landtag verdrängten Fraktion. Entgegen den damaligen Gepflogenheiten der reaktionären Kammermehrheit seien die sozialdemokratischen Vertreter in alle Deputationen gewählt worden. Nur bei der Präsidentenwahl sei gefordert worden, daß der zu wählende sozialdemokratische Vizepräsident höfliche Verpflichtungen übernehme, was die Fraktion abgelehnt habe. Die Fraktion habe dann auch den Schriftführerposten zu befehen abgelehnt, weil man dem zu wählenden sozialdemokratischen Vizepräsidenten andere als in der Verfassung vorgesehene Verpflichtungen habe auferlegen wollen.

Die sozialdemokratische Fraktion habe vielfach bei den Entscheidungen den Ausschlag gegeben. Sie habe die Situation für die Arbeiterklasse durch Stellung von sozialpolitischen Anträgen tüchtig ausgenutzt gesucht. Leider seien die Anträge von der bürgerlichen Mehrheit, besonders von den Nationalliberalen und Konservativen, niedergestimmt. Der Redner bespricht nun die Anträge und Interpellationen in einzelnen und deren Erfolg. Daß der Wahlrechtsantrag nicht zur Verhandlung gekommen sei, rühre daher, daß ihn das Präsidium so weit wie möglich hinausgeschoben habe, gegen Schluß der Session sei dann keine Zeit mehr zur Verhandlung gewesen. In der Hauptsache habe sich die Tätigkeit auf die Kritik beschränken müssen, so bei der Maßregelung der Eisenbahner, bei der Arbeitslosenfürsorge usw.

Nun entwickelte der Redner seine persönliche Ansicht zur Vizepräsidentenfrage und der Frage der Reform der Ersten Kammer. Der Alles-oder-Nichts-Standpunkt müsse aufgegeben werden, die höfischen Verpflichtungen müsse der Vizepräsident erfüllen. An Stelle der Beseitigung der Ersten Kammer müsse die Reform angestrebt werden. Für die erste Auffassung berief sich der Redner auf die Resolution des Dresdener Parteitages (?), für die zweite Sache gar auf die sozialdemokratischen Grundsätze. Er schloß aber seinen Bericht dann mit den Worten: Große Hoffnungen auf positive Erfolge, große Fortschritte seien nicht zu erwarten.

Die Debatte über den Bericht war sehr umfangreich, aber obwohl sie auch Befürworter der Rißscheschen reviditionistischen Anschauungen auf den Plan rief, kam die ablehnende Stimmung der Konferenz immer mehr zum Ausdruck.

Genosse Seger weist darauf hin, daß die Gegner sogar die große Tätigkeit unserer Fraktion öffentlich anerkennen müßten. Die Nationalliberalen und Freisinnigen hätten Gelegenheit gehabt, ihre fortwährendes Geschrei von der positiven Arbeit in die Praxis umzusetzen, denn mit der sozialdemokratischen Fraktion hätten sie die Mehrheit und konnten etwas leisten. Sie haben aber die sozialdemokratischen Anträge niedergestimmt. Der Redner weist nun darauf hin, daß es bedauerlich sei, daß die Fraktion nicht dafür gefordert habe, daß der Wahlrechtsantrag verhandelt worden sei. Ueberhaupt habe man den Eindruck, als ob das Hauptgewicht auf Stellung und Verhandlung sozialpolitischer Anträge gelegt worden sei. Die erste Aufgabe müsse aber die Behandlung der großen politischen Fragen, Wahlrechtsfrage usw. sein. Die Rißscheschen Anschauungen in der Vizepräsidentenfrage seien zurückzuweisen, der Beschluß der Fraktion gutzuheißen, auch die Programmforderung: Beseitigung der Ersten Kammer, müsse eingehalten werden. Unter ebenfalls lebhafter Zustimmung der Konferenz wendet sich Genosse Geher gegen die Auffassung Rißsches von der Vizepräsidentenfrage, Reform der Ersten Kammer usw. Genosse Riem tritt die Auffassung der Hofgängerer, Reform statt Abschaffung der Ersten Kammer; die Sozialpolitik müsse im Vordergrund aller Tätigkeit stehen usw.

Genosse Reimling weist darauf hin, daß für den freisinnigen Antrag auf Reform der Ersten Kammer in der Fraktion eine ziemlich starke Minderheit vorhanden gewesen sei. Wenn man hier so tue, als ob dies nicht wahr sei, so sei dies aus den Umständen erklärlich.

Genosse Lipinski wendet sich dann gegen die Rißschesche Darstellung, diese als unsozialdemokratisch zurückweisend. Genosse Rißsche verteidigt seine Auffassung aufs neue. Mit einer „berühmtesten bürgerlichen Mehrheit“ glaubt er die Reform der Ersten Kammer durchzuführen zu können. Er erwidert damit indes nur Heiterkeit. Genosse Siederemann führt aus, daß die Fraktion in der Vizepräsidentenfrage ihre Stellung nicht ändern werde, ebensowenig wie die zur Ersten Kammer. Ferner wendet er sich gegen die Ausführungen von Riem, der die Liberalen zu Unrecht als bildungsfeindlich bezeichnet habe. Nachdem Genosse Reimling noch seine Meinung, die mit der der Genossen Riem und Rißsche harmoniert, vorgetragen, wurde die Vormittagsitzung geschlossen.

Leipzig, 5. September.

(Telegraphischer Bericht.)

In der Nachmittagsitzung wurde die Debatte über den Tätigkeitsbericht oder vielmehr über die reviditionistischen Anschauungen weiter und zu Ende geführt. Lipinski weist darauf hin, daß die Freisinnigen bei der letzten Landtagswahl mit der Forderung auf Beseitigung der Ersten Kammer haften gegangen seien, dann aber im Landtage den Antrag eingebracht hätten, die Erste Kammer zu reformieren. Und für diesen Antrag sollten wir entgegen unserem Programm stimmen. Genosse Müller-Zwida weist die reviditionistischen Anschauungen ebenfalls scharf zurück. In außerordentlich lebhafter Weise tritt dann der Genosse Koste-Gheminn für die Beseitigung des Vizepräsidenten bei der Landtagsöffnung ein, die höfischen Verpflichtungen seien zu übernehmen. Ebenso tritt er dafür ein, daß die Erste Kammer reformiert werden solle, wenn auch nur mit dem Erfolge, daß an Stelle von Agrarier Großindustrielle hincinkämen. Denn diese müßten eine fortschrittlichere Politik machen. Er warnt ferner, die Resolution anzunehmen, denn was heute beschlossen würde, würde man vielleicht in zehn Jahren verlernen. Genosse Riem-Dresden wendet sich scharf gegen Siederemann, der ihn zu Unrecht beschuldigt habe, daß er die Nationalliberalen gelobt habe. Nunmehr spricht Genosse Geher in scharf pointierter Weise und unter fortwährender Zustimmung der Konferenz gegen die Ausführungen Rißsches, die nichts weiter seien, als die ganz hilflose Argumentation des Revisionismus. Nicht einmal die Gegner hätten unsere Partei wegen der Leistung des Verfassungsgesetzes so belächelt und lächerlich zu machen versucht, wie es der Genosse Koste getan habe. Koste's ganzer Vorstoß gelte nur dem Zweck, die Bahn für den Revisionismus auch in Sachsen freizumachen. Als sich der Genosse Koste nun verteidigte, rief er durch seine Bemerkungen über die „geistig schwerfälligen Kadikalen“ den Unwillen der Versammlung hervor. Er bezeichnete die Revisionisten als die entwidlungslüchtigen Elemente, während die Kadikalen die verteinerten seien und mit der Zeit nicht vorwärts könnten. Wenn das Programm auch des Einmammersystems fordert, so könne und dies nicht an der Mitarbeit für die Reform der Ersten Kammer hindern. Nachdem auch Genosse Rißche noch gegen den Genossen Geher polemisiert und ausgeführt hatte, daß man die Budgetbewilligungsfrage nicht in die Debatte ziehen dürfe, da sie in Sachsen erledigt sei, wurde folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen:

Die Landesversammlung spricht der sozialdemokratischen Fraktion des Landtages für ihre Tätigkeit im Landtage ungeteilte Anerkennung aus und erwartet, daß die Fraktion bei der Präsidentenwahl für den Landtag ihre bisherige Stellung beibehält, ferner, daß sie auf die Beseitigung der Ersten Kammer hinwirkt.

Ein Antrag des 15. Reichstagswahlkreises, daß die Fraktion Mittel erziehen solle, damit den Reichsangehörigen die Staatsbürgerrechtserwerb erleichtert werde, wurde der Fraktion als Material überwiesen.

— Morgen wird die Schulreformfrage beraten.

# Gewerkschaftliches.

## Die Hirsch-Dunckerschen durch Schiedspruch als Streikbrecher anerkannt.

Recht, böses Recht haben die Hirsche. Seit Wochen gehen sie damit freiben, daß der Holzarbeiterverband in Hamburg bei der Firma Steinway u. Söhne Vertragsbruch begangen habe, und nur sie — die „ollen ehrlichen Hirsche“ — vertrags-treu sind und für Freiheit und Menschenrechte kämpfen. Dabei wurde vom Holzarbeiterverband sofort nach erfolgter Aus-sperrung der Verbandsmitglieder bei genannter Firma fest-gestellt, daß die dort weiter arbeitenden „Hirsche“ ganz gewöhnliche Arbeitswilligen verrichten. Der Holz-arbeiterverband hatte selbstverständlich das größte Interesse daran, dieses auch von einer unparteiischen Stelle festgestellt zu sehen, er verlangte darum, daß die Schlichtungs-kommission für das Hamburger Holz-gewerbe, der auch der Betrieb der Firma Steinway untersteht, ihre Entscheidung fällen sollte. Gleichzeitig wurde verlangt, falls die Schlichtungskommission, die aus sechs Arbeitgebern und sechs Arbeitern besteht, zu einer Entscheidung nicht kommen würde, ein Unparteiischer zugezogen werden sollte. Von der Schlichtungskommission wurde für diesen Fall Herr Amtsgerichtsrat Dr. Boyfen in Aussicht ge-nommen, der sich auch zur Übernahme des Schiedsrichter-postens bereit erklärte.

Nun erläßt in der Sonnabendnummer des „Hamburger Echo“ die Verwaltung des Holzarbeiterverbandes in Hamburg eine Bekanntmachung, aus der hervorgeht, daß die Firma mittelste, sie würde vor dem Schiedsgericht nicht erscheinen, und sich auch weder dem Spruch der Schlichtungskommission noch dem eines Unparteiischen fügen. Ferner heißt es in der Publikation:

„Die Schlichtungskommission entschied darauf bei Anwesenheit von sechs Arbeitgebern und fünf Arbeitern einstimmig: Die Firma Steinway u. Söhne hat sich durch ihr Nichterscheinen ins Unrecht gesetzt und sich dadurch außerhalb des Vertrages gestellt. Sie hat alle Folgen, die sich hieraus ergeben, selbst zu tragen.“

Ebenso einstimmig wurde von allen Anwesenden konstatiert, daß die Firma die seinerzeit mit dem Holzarbeiterverband getroffenen Vereinbarungen nicht gehalten hat. Nach denselben verpflichtete sich die Firma, den alten Zustand in ihrem Betriebe wiederherzustellen, und als die Arbeiter dieses verlangten, wurden rund 300 derselben entlassen. — Auf Grund der Entscheidung der Schlichtungs-kommission sind alle gegenwärtig im Betriebe beschäftigten Holz-arbeiter als Arbeitswillige zu betrachten.

Die Firma hat sich also gefürchtet, vor der Schlichtungs-kommission zu erscheinen, weil sie ihrer Verurteilung sicher war.

Das Nichterscheinen der Firma hat noch einen delikaten Beigeichmad. Sie ersuchte nämlich ihren Rechtsbeistand, „bei Herrn Dr. Boyfen zu sondieren, ob dessen Schiedspruch zu ihren Gunsten ausfallen würde“. Der Herr Rechtsanwält teilte der Firma dann mit, „daß mit Herrn Dr. Boyfen nichts zu machen“ sei. Wollte man Herrn Dr. Boyfen etwa beeinflussen? Das „nichts zu machen“ läßt ja fast darauf schließen. — Nach der Mitteilung des Rechtsanwalts an die Firma scheint Herr Dr. Boyfen den Herren aus ihr unfairen Verhalten die richtige Antwort gegeben zu haben. Da nun keine Aussicht bestand, den Holzarbeiterverband ins Unrecht zu setzen, wählte sie den besseren Teil der Tapferkeit und „huiff“. — Die einstimmige Verurteilung durch die Schlichtungs-kommission wirkt aber eben so wuchtig, weil die Firma durch die eigenen Klaffengenossen, durch die Unternehmer, einstimmig verurteilt wurde, und ihr ausdrücklich alle Folgen ihres Ver-haltens aufgebürdet wurden.

Viel schlimmer werden aber die Hirsche an den Folgen ihres Betrugs zu tragen haben. Immer und überall behaupten sie, „der Holzarbeiterverband hat durch die Arbeitseinstellung bei der Firma Steinway Vertragsbruch begangen“. Jetzt entscheiden die Arbeitgeber gegen die Firma. Daraus folgt, daß die Hirsche als Arbeitswillige angesehen werden müssen.

Mit diesem Brandmal werden die Hyänen des Salsach-feldes, die Hirsche, für alle Zukunft behaftet bleiben. Arme Hirsche!

Zuzug von Pianofortarbeitern, Tischlern, Polierern und Maschinenarbeitern ist nach der Firma Steinway u. Söhne in Ham-burg auch ferner mit allen Mitteln fernzuhalten.

### Berlin und Umgegend.

Die Klempner versammelten sich am Sonntagmorgen in Freyherd-Gesäßeln, Kopenstraße, um weitere Beratung darüber zu pflegen, ob eine allgemeine Lohnbewegung zur gegenwärtigen Zeit ein-geleitet werden könnte. Daß das Verlangen danach sehr stark ist, zeigte schon die Versammlung vom letzten Donnerstag. Die Agitationskommission hatte, dem Beschluß dieser Versammlung gemäß, bei der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-verbandes auf die Zustimmung zu der verlangten Lohnbewegung an-getragen. Die Verwaltung hat die Zustimmung versagt. Die Gründe, die die Verwaltung bei dieser Entscheidung leiteten, legte Otto Handke den Versammelten vor. Er wies dabei besonders auf den großen Werstarbeiterstreik hin und erklärte, daß man den Unternehmern nicht einen billigen Vorwand liefern dürfte, den Kampf auf den Werften auszudehnen und weitreichende Aus-sperrungen vorzunehmen. Der Redner ersuchte die Versammelten, ihre berechtigten Forderungen zurückzustellen im Interesse einer größeren Bewegung, die gegenwärtig die schärfste Aufmerksamkeit erheischt und eventuell alle Kräfte in Anspruch nimmt.

In der Diskussion plähten die Meinungen heftig auseinander. Von vielen Seiten wurde behauptet, daß die Klempner nicht warten könnten, wenn sie ihre Arbeitsbedingungen überhaupt noch ver-bessern wollen; eine schnelle Aktion sei notwendig. Mit der Ent-scheidung der Verwaltung war man allgemein unzufrieden; die Begründung erkannte man nicht als ausreichend an. Man geseht zu, daß der Werstarbeiterstreik die vollste Verlässlichkeit verdient; aber man bezweifelte, daß er so weite Wellen schlagen könnte wie die Verwaltung befürchtet. Ein Antrag aus der Mitte der Ver-sammlung, am Mittwoch in einen Streik zu treten, wurde mit lautem Beifall begrüßt. Der Antrag gelangte aber nicht zur Abstimmung, sondern es wurde auf eine Empfehlung der Kom-mission und der anwesenden Mitglieder der Verwaltung, die mittlerweile zu einer Beratung zusammengetreten waren, be-schlossen, daß zum nächsten Mittwoch noch eine weitere Versamm-lung zur Erledigung dieser Angelegenheit einberufen werden soll.

Die streikenden Arbeiter für gelochte Bleche kamen am Montag-mittag zu einer Besprechung im „Englischen Garten“ zusammen. Die Situation wurde als günstig bezeichnet. Von den Streikenden ist keiner abtrünnig geworden. Es gelang den Unternehmern nur in einzelnen Fällen Streikbrecher zu gewinnen, deren Unfähigkeit, die alten Arbeiter zu ersetzen, aber bald erkannt wurde. Ver-schiedene Unternehmer bemühen sich gar nicht erst um Streik-brecher; bei der Lohnzahlung am Sonnabend erhielten die Arbeiter nur in einem Falle die Papiere ausgehändigt; man erwartet offen-bar, daß bald wieder die alten Verhältnisse hergestellt werden. Ge-streikt wird bei den folgenden Firmen: Carl Otto Nachfolger;

Schmidt u. Herzentrath; Hausen; Rohmer u. Herz-licher; Zeiger.

## Wie man Mißständen „abhilft“.

Vor nicht allzulanger Zeit muhten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Auergeellschaft in einer Betriebsversammlung mit allgemeinen Mißständen beschäftigen. Die Mehrzahl der Beschäftigten glaubte, daß danach eine Besserung eintreten würde. Aber weit gefehlt. Besondere Klagen bestanden in der Abteilung Gipserei. Die Leitung dieser Abteilung liegt in den Händen des Betriebs-leiters Erb. Kommissionen, die von den Beschäftigten der Abtei-lung gewählt sind, Beschwerden und Wünsche vorzubringen, werden nicht anerkannt, der Herr bringt es sogar fertig, den Arbeiterinnen das Koalitionsrecht und den Besuch der Betriebsversammlung zu verbieten. Als eine vom Deutschen Metallarbeiterverband einberu-fene Versammlung stattfinden sollte, schickte er die Arbeiterinnen um 4 und 5 Uhr nachmittags nach Hause. Sonst wird bis um 6 Uhr gearbeitet. Außerdem glaubte er die Beschäftigten durch folgenden Anschlag von der Versammlung fernhalten zu können:

„Achtung! Um den in Gipserei beschäftigten Personen Ge-legenheit zu geben, berechnete Wünsche vorzubringen, sind ab heute die Vorarbeiterinnen angewiesen, die Wünsche zwecks weitere Bekanntgabe entgegen zu nehmen. Es sind also ab heute die Vorarbeiterinnen die legitimierten Personen, bei welchen etwaige Wünsche zuerst anzugeben sind. Wer ent-gegen dieser im Interesse des Personals getroffenen Anordnung außerhalb des Hauses in Versammlungen, welche nur zu ge-wissen Agitationszwecken dienen, Einrichtungen öffentlich be-kannt gibt, verstoßt gegen die geltenden Vorschriften und hat die Folgen selbst zu tragen. Im übrigen verweise ich auf die be-kannte Warnung der Direktion an unsere Arbeiterschaft vom 5. Juli 1909.“

In der Versammlung sind gerade Beschwerden über Vorarbei-terinnen vorgebracht, die in keiner Weise das Vertrauen der Ar-beiterinnen genießen. Den Arbeiterinnen der Auergeellschaft werden aber durch solche Maßnahmen die Augen geöffnet, so daß sie sich desto inniger der Organisation anschließen, da nur durch diese derartige Mißstände beseitigt werden können.

## Ein Tarifabschluss in der Berliner Holzindustrie.

Die Kisten- und Koffermacher versammelten sich am letzten Sonntag wieder in den Andreasfestsälen, um zu dem Ergebnis der am Mittwoch und Freitag voriger Woche gepflogenen Verhand-lungen ihrer Vertreter mit denen der Arbeitgeber Stellung zu nehmen.

Die Grabsch berichtete, haben die Arbeitgeber eine Ver-fürzung der Arbeitszeit auf 50 1/2 Stunden zugesagt. Bisher war die 51stündige Arbeitszeit üblich; einige Betriebe liegen auch 52 Stunden und noch länger arbeiten. Die Akkordlöhne der Hand-arbeiter sollen durchschnittlich um 5 Proz. erhöht werden. Die Erhöhung der Akkordpositionen für die Arbeiter in maschinellen Betrieben beträgt sogar etwas mehr. Die Zeillöhne bei vorzun-mender Lohnarbeit sind dementsprechend gleichfalls erhöht worden. In der Arbeitsnachfragefrage ist es zunächst beim alten geblieben; die Arbeitgeber werden wie bisher hauptsächlich den Arbeitsnach-weis des Holzarbeiterverbandes in Anspruch nehmen. Später soll jedoch einer paritätischen Regelung der Arbeitsvermittlung näher-getreten werden.

Die Verhandlungskommission hielt die gemachten Zugeständ-nisse der Arbeitgeber für akzeptabel und trat warm für Annahme derselben ein. In der Diskussion sprachen sich jedoch mehrere Redner in sehr heftiger Weise gegen die Annahme aus. Sie hielten die gemachten Zugeständnisse für zu gering und empfahlen, in den Streik einzutreten. Schließlich wurden aber doch die gemachten Zugeständnisse angenommen. Von den etwa 70 Unternehmern mit rund 300 Arbeitern gehört der weitaus größte Teil der Arbeitgeber-organisation an, die inzwischen ebenfalls dem Ergebnis der Kom-missionsverhandlungen zugestimmt hat. Somit ist das Vertrags-verhältnis zwischen den beiden Organisationen perfekt geworden. Den Unternehmern, die der Vereinigung nicht angehören, soll der vereinbarte Vertrag nun ebenfalls zur Annahme vorgelegt werden.

## Unzufriedenheit bei Garbath.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der bekannten Zigarettenfabrik Garbath beschäftigten sich hintereinander in drei Fabrikbesprechun-gen mit den bei dieser Fabrik herrschenden Zuständen. Am heftigsten wurde darüber Klage geführt, daß man den Arbeitern, die flache Zigaretten mit Goldmündchen machen, für das Tausend gelieferter Maschinenhüllen 70 Pfennige abzieht. Dieser Betrag ist beinahe so hoch, daß der Arbeiter außer den Herstellungskosten noch das Material mitbezahlen muß. Andere Fabrikanten ziehen im Höchstfalle 45 Pf. für dieselben Hüllen ab. Schon dieser Satz von 45 Pf. bedeutet für den Durchschnittsarbeiter einen Weniger-verdienst von 3,50 Mk. pro Woche, wird aber in Kauf genommen, wenn man bedenkt, daß der Zigarettenarbeiter, um leben zu können, sonst gezwungen war, seine Hüllen selbst zuzubauen zu lassen. Bei Garbath erhöht sich dieser Lohnausfall auf 5,50 Mk. pro Woche. Als die Arbeiter deshalb seinerzeit bei der Fabrikleitung von Garbath vorstellig wurden, bedeutete man ihnen, daß man ja niemand zwingen würde, Maschinenhüllen zu nehmen. In vielen Fällen sind aber Arbeiter nachher trotzdem gezwungen worden, Maschinenhüllen zu verarbeiten. Abgesehen davon kommt es zum Beispiel häufig vor, daß sich bei den mit der Hand geliebten Hüllen nach deren Bearbeitung an der Goldnaht Grünspan an-setzt, oder das Gold oxydiert durch die Einwirkung des Bleisters und wird an der Naht schwarz. In diesen Fällen werden die sonst tadellos hergestellten Zigaretten dem Arbeiter, der an diesem chemischen Prozeß gewiß unschuldig ist, ganz einfach als Ausschuß angerechnet und nicht bezahlt. So sind Arbeiter für solche Ziga-retten Beträge bis zu 20 Mk. und darüber in einer Woche ein-behalten worden. Derart mühe gemachte Arbeiter greifen sicher in den meisten Fällen zu den teuren Maschinenhüllen. — Weiter wurde über die harte Strafe von zwei Tage Aussehen für gering-fügige Vergehen gellagt. So wurde beispielsweise ein Arbeiter, der lediglich über einen harmlosen Vorgang, an dem er gar nicht beteiligt war, lachte, ebenfalls von dieser Strafe betroffen. Auch über das Denunziantenwesen bei Garbath wurde heftig gellagt. Wenn jemand, der etwas hinterbringt, geglaubt wird, und wenn man obendrein noch auf dem Standpunkt steht, daß man solche Leute haben müsse und ohne diese nicht auskommen könne, so wird natürlich das Denunziantenwesen noch mehr ermutigt. Ein Arbeiter, der in der ersten Fabrikbesprechung den Mund aufzu-machen wagte, wurde, als er wegen Krankheit fehlte, kurzerhand entlassen. Nur sein Platz wurde besetzt, obwohl an dem fraglichen Tage vielleicht 30 Arbeiter, wovon einer schon den dritten Tag, in diesem Saale fehlten. Als zwei Vertreter des Deutschen Tabak-arbeiterverbandes bei dem Geschäftsführer von Garbath vorstellig wurden, gab der Herr eine ausweichende Erklärung betreffs der Wiedereinstellung ab, wobei er den Fall in einem ganz anderen Lichte darzustellen versuchte. Weitere Verhandlungen mit den Ver-bandsvertretern in Gemeinschaft mit der mittlerweile neu gewählten Fabrikkommission lehnte der Geschäftsführer, ein Herr Junge, ab. Er erklärte, mit der Kommission allein verhandeln zu wollen. Als diese sich ihm daraufhin vorstellte, domerte er die Kommissions-mitglieder an und erklärte ihnen, daß er sie nicht als Kommission anerkenne. Vielleicht wollte er nur sehen, wer der Kommission angehört. Gut möglich; denn der Kollege, der dem Gemahrgelsten prophezeigte, daß er innerhalb 14 Tagen herausfliege, hatte auch recht.

### Deutsches Reich.

#### Der Krieg auf den Seeschiffswerften.

Die bürgerliche Presse brachte dieser Tage eine jedenfalls von den Werksbestyrern inspirierte Mitteilung, daß die Arbeiterorgani-sationen eingeleitete Verhandlungen abgebrochen hätten. Diese

Mitteilung ist unrichtig, wie durch Einsichtnahme in den Schrift-wechsel, der zwischen Unternehmerverband und den Arbeiter-organisationen gepflogen wurde, offenkundig wird.

Richtig ist, daß von dritter, unparteiischer Seite bei den Arbeitern wegen Verhandlungen sondiert und mitgeteilt wurde, daß die Werksbestyrer zu Verhandlungen bereit seien. Die Arbeiter möchten ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen den Werksbestyrern auch zu erkennen geben. Das geschah denn auch von den be-teiligten Organisationen schriftlich, worauf die Werksbestyrer ant-worteten:

„Die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften ist bereit, auf den Vorschlag einzugehen, mit Vertretern der genannten acht Ar-beiterorganisationen zusammenzukommen unter Hinzuziehung von je einem Vertreter der Hirsch-Dunckerschen, der christlich-sozialen Gewerkschaften und drei Vertretern der nationalen Arbeitervereine der Werften.“

Am Mittwoch, den 7. September, morgens 10 Uhr, sind wir für eine Zusammenkunft im Lokale des Arbeitgeberverbandes, Hamburg-Altona, bereit.“

Die beteiligten Arbeiterorganisationen antworteten darauf: „Die an der Einreichung der Vorschläge vom 11. Juli 1910 beteiligten acht gewerkschaftlichen Zentralverbände halten nach wie vor daran fest, daß eine Aussprache über die genannten Vorschläge im gegebenen Moment nur zwischen den direkt be-teiligten selbst, also der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften als der Empfängerin und den Vertretern der acht gewerkschaft-lichen Zentralverbände als den Veranlassern der genannten Vorschläge stattfinden können.“

Mit dem von der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften für eine Zusammenkunft in Aussicht genommenen Zeitpunkt sind die in Betracht kommenden Gewerkschaften einverstanden.“

Dabei sei ausdrücklich bemerkt, daß die Verbände der Arbeiter gar nichts dagegen einzuwenden haben, wenn an den einzelnen Orten, wo andere Organisationen mit einer nennenswerten Mit-gliederzahl in Frage kommen, die sich der Bewegung angeschlossen haben, diese an den Verhandlungen teilnehmen. Was aber die Arbeits-willigenvereine, die Selben, mit der Beratung der Vorlage, die von den Zentralverbänden eingereicht wurde, zu tun haben sollen, ist für jeden vernünftigen Menschen unerschindlich.

Die Werften haben auch bis heute auf den Brief der Ver-bände nicht geantwortet. Ob ihnen durch den Brief das Konzept verdorben ist?

### Stettin, 5. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Die Arbeitsniederlegung der bis jetzt noch im Stettiner Vulkan beschäftigt gewesenen Werftarbeiter ist als vollständig zu betrachten. Es sind im Betriebe im wesentlichen noch solche Leute tätig, die im Beamtenverhältnis stehen, ferner Lehrlinge, Hilfsarbeiter usw., die auf die Fortführung der Produktion keinen nennenswerten Einfluß ausüben. Eine zahlenmäßige Feststellung ist jetzt noch nicht möglich, weil heute vormittag erst das Werkzeug abgegeben werden mußte und die Kontrolle erst nachmittags beginnen kann. Die Nachricht der Stettiner „Ostsee-Zeitung“, daß die Direktion des Vulkan den Betrieb selbst schließen wollte, soll auf Irrtum be-ruhen. Runmehr bleibt wohl weiter nichts übrig, weil die vor-handenen Kräfte eben nicht zur Fortsetzung der Produktion aus-reichen.

### Landarbeiterstreik.

In Bietentweiler bei Ravensburg haben die Bauernknechte zwecks Erreichung besserer Löhne die Arbeit niedergelegt.

### Ausland.

#### Generalfreik in Barcelona.

Während nach den Meldungen bürgerlicher Depeschbüreaus die Bewegung in Bilbao und Saragossa abflaut, ist es in Barcelona zum Generalfreik gekommen. Eine Anzahl von Zeitungen können nicht erscheinen. Es handelt sich nur um einen Sympathiestreik von kurzer Dauer.

## Letzte Nachrichten.

### Vom eigenen Mann erwürgt.

Reß, 5. September. (W. S.) In Fildringen bei Nieden-hofen fand man in der vergangenen Nacht die 25-jährige Frau des Gerbereibesizers Rippel tot auf der Straße. In der Hand hatte die Frau ein Messchen zugehalten, so daß anscheinend Selbstmord vorlag. Nach der heute morgen erfolgten Leichen-schau wurde jedoch der Ehemann der Verstorbenen verhaftet. Rippel hat auch bereits eingestanden, seine Frau nach einem ehe-lichen Streite erwürgt zu haben.

### Eine schwere Bluttat.

Rom, 5. September. Die „Tribuna“ aus Reggio in Calabrien meldet, ist in der vergangenen Nacht in dem Dorf Pella-ro eine Familie Robolino, welche aus Mann, Frau und sechs Kindern bestand, durch Verhiebe in ihrer Hütte ermordet worden. Robolino war Feldhüter. Man ver-mutet einen Racheakt der New-Yorker Schwarzen Hand.

### Die Cholera.

Wien, 5. September. Die „Neue Fr. Pr.“ meldet aus Dem-berg: Im Kamionka Strumilowa sind gestern Nacht eine Kaufmannsrau und eine Tagelöhnerin unter Choleraverdächtigen Erscheinungen gestorben. Der Kaufmann sowie der Mann der Tagelöhnerin sind gleichfalls erkrankt und befinden sich in hoff-nungslosem Zustand.

### Fleischboikott in Budapest.

Budapest, 5. September. (Rech-Teil.) Die Schlächter haben die Fleischpreise abermals um 10 bis 15 Heller pro Kilo erhöht. Infolgedessen haben zahlreiche Kreise, vor allem aber die Arbeiter-bevölkerung Budapests den Boykott gegen die Schlächter und Fleisch-händler erklärt. In den letzten zwei Tagen ist der Fleischkonsum bereits beträchtlich zurückgegangen. Vielfach versucht man die hohen Preise dadurch zu umgehen, daß man die Fleischwaren von a u s-w ä r t s bezieht.

### Ein neues Grenzgefecht.

Saloniki, 5. September. (W. S. W.) Von Zerisowich ist eine weitere Schnellfeuerbatterie an die griechische Grenze abge-gangen. Bei Raria erfolgte ein Zusammenstoß mit bewaffneten Grie-chen, von denen drei erschossen wurden, während die übrigen flüchteten. Auf türkischer Seite wurde ein Soldat getötet und zwei verwundet.

### Die Befestigung des Panamakanals.

New York, 5. September. Die „New York Herald“ aus Washington meldet, hat das Kriegsdepartement Pläne zur Be-festigung des Panamakanals ausgearbeitet, die über 14 Millionen Dollars beanspruchen wird und eine möglichst baldige Inangriff-nahme der Befestigungen anregt.

8. Internationaler Sozialistischer Kongreß. Sitzung der deutschen Delegation.)

Kopenhagen, 2. September.

Die deutsche Delegation trat heute morgen zusammen und nahm die Berichte ihrer Kommissionsmitglieder entgegen. Ueber die Beschlüsse der Kommission für Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung berichtet Stadthagen. In der Resolution sind nur die elementarsten Forderungen des Arbeiterschutzes festgelegt, wie sie bereits auf den Kongressen in Amsterdam und Paris aufgestellt wurden. Die einzelnen gehenden spezielleren Forderungen hat die Kommission nicht empfohlen. — Eine hätte es für notwendig gehalten, daß in der Resolution auf das Verhältnis zwischen Arbeitsvertrag und Wohnungsvertrag hingewiesen worden wäre. Im Westen Deutschlands befinden sich schon heute in dieser Hinsicht Verhältnisse, die zu Befürchtungen Anlaß geben. — Stadthagen erklärt, daß im Referat darauf Bezug genommen werden solle. — Weitere Einwände werden nicht erhoben, die Resolution wird gebilligt.

von Elm berichtet über die Beschlüsse der Genossenschaftskommission. Die Resolution ist unter heftigen Auseinandersetzungen zustande gekommen. Die deutsche Delegation hat sich auf den Boden der französischen Delegation gestellt, welche die volle Autonomie der Genossenschaften fordert. Nachdem die Kommission vier Tage gebraucht hat, um zu einem Resultat zu gelangen, möge man hier an der Resolution nichts ändern, auch wenn in einigen Nebenpunkten nicht volle Zufriedenheit vorhanden sein sollte.

Bertens-Düsseldorf weist darauf hin, daß in Deutschland wahrscheinlich die christlichen Konsumvereine sich von der übrigen Bewegung trennen würden, eine Tatsache, die man nicht zu bedauern braucht.

von Elm erklärt, daß die deutsche Delegation ursprünglich beantragt hatte, daß jeder Zersplitterung aus religiösen oder sonstigen Gründen entgegengehandelt werden solle. Das hat aber Bedenken der Belgier erregt. Auf jeden Fall ist in der Resolution die Selbständigkeit der Genossen gewahrt, so daß auch die christlichen keine Ursache haben, sich abzusplitteln. Es werden jedoch trotzdem Versuche gemacht werden, aber solchen Versuchen sollte man entgegenreden.

Simon-Nürnberg: Wir werden selbstverständlich allen Zersplitterungsversuchen entgegenreden. Aber nützen wird es wohl nichts. Die christlichen Arbeiter wollen gar keine Zersplitterung, aber sie werden gezwungen, sie mitzumachen.

Weitere Vorimeldungen liegen nicht vor, Bedenken gegen die Resolution werden nicht vorgebracht.

Richard Fischer berichtet über die Arbeiten der Gewerkschaftskommission.

Ueber die Regelung der internationalen Solidarität berichtet Cohen: Die Beschlüsse sind im allgemeinen so ausgefallen, wie die deutschen Delegierten es gewünscht haben. Insbesondere sind die beiden belgischen Amendements abgelehnt worden, ebenso der belgische Antrag auf Einführung einer internationalen Reiselegitimation. Der schweizerischen Resolution können wir zustimmen. Es ist auch nicht veräußert worden, bei dieser Gelegenheit den Engländern und auch den Franzosen die allseitig gewünschten Vorhaltungen über die mangelhafte Betätigung der internationalen Solidarität zu machen. Von englischer Seite ist daraufhin die Notwendigkeit der angenommenen Resolution anerkannt worden. Von Berger-Amerika wurde ganz plötzlich eine Resolution auf Unterstützung der Seeleute im Falle eines bevorstehenden internationalen Kampfes eingebracht. Diese Resolution hat den zuständigen gewerkschaftlichen Instanzen nicht vorgelegen und mußte deshalb zurückgewiesen werden.

Stengels-Hamburg berichtet noch besonders über das Verfahren gegen die Engländer. Leider waren diejenigen nicht da, denen die Schläge zugebracht waren. Hoffentlich läßt sich das im Plenum nachholen. Der Amerikaner Haywood hat konstatiert, daß die

\*) Die beiden Berichte über die Verhandlungen der deutschen Delegation am Freitag und Sonnabend mußten wir Raum mangels wegen bis heute zurückstellen. Red.

amerikanischen Gewerkschaften sich genau so verhielten wie die Engländer. Auch sonst habe er die bekannten Praktiken der amerikanischen Gewerkschaften lebhaft kritisiert.

Sachs berichtet, daß die amerikanischen Bergarbeiter sich an den Absperremaßnahmen der dortigen Gewerkschaften nicht beteiligen.

Que warnet davor, alles ohne weiteres für bare Münze hinzunehmen, was Haywood gegen die American Federation of Labor vorgebracht habe. Die von Haywood geschilderten Gold- und Silberbergarbeiter in den Roach Mountains, ebenso wie die übrigen Gewerkschaften sind auch nicht der amerikanischen Zentrale angeschlossen.

Cohen glaubt gleichfalls, daß Haywoods Ausführungen wenig am Platze waren. Am besten wäre es, wenn die Sache im Plenum gar nicht mehr zur Sprache käme.

Es folgt die Berichterstattung der Kommission für Schiedsgerichte und Abbrühungen durch Sachs. Die französischen und holländischen Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Auch diesem Beschluß stimmt die Delegation zu. — Ueber die Arbeiten der fünften Kommission berichtet Frau Jhrer. Eine Debatte knüpft sich nicht daran. — Haase-Königsberg berichtet aus der Kommission für Abrüstung. In längerer Debatte treten fast alle Redner dafür ein, es bei der Ablehnung der Resolution Sir Hardie zu belassen. — Schließlich wird über die Ungleichheitsklärung der Mandate von Straffer und Alpari im Internationalen Bureau berichtet. Von mehreren Rednern wird sie bedauert, von anderen verteidigt. Ein Antrag wird nicht gestellt. — Die Delegation verläßt sich dann auf Sonnabend.

Kopenhagen, 3. September.

Den Vorsitz führt, da Ebert und Legien verhindert sind, der Schriftführer Dittmann.

v. Elm macht darauf aufmerksam, daß der Berichterstatter über die Genossenschaftsfrage den Text der deutschen Resolution insofern geändert habe, als er die Worte „Der Kongreß empfiehlt den Parteigenossen deshalb dringend, Mitglieder der Genossenschaften zu werden“ erhebt hat durch die Worte: „Der Kongreß fordert die Parteigenossen auf, Mitglieder der Genossenschaften zu werden.“

Haase-Königsberg: Weiter, als die dritte Fassung besagt, dürfen wir nicht gehen. Die Subkommission hat ursprünglich die Worte gewählt: „Der Kongreß verpflichtet die Genossen“ usw. Auf meinen Antrag wurde diese Fassung geändert. Es ist mir unbegreiflich, weshalb der Referent jetzt die Fassung wieder geändert hat. Aus den Worten „fordert auf“ kann ein Zwang herausgelesen werden. Hiergegen müssen wir uns verwahren.

Hildenbrand-Stuttgart meint, die Forderung sei zweifellos nur deshalb vorgenommen, um den deutschen mit dem französischen und englischen Text in Übereinstimmung zu bringen. Wenn in einer Resolution „aufgefordert“ oder „dringend empfohlen wird“, ist es ziemlich dasselbe. Wir sollten die Sache einfach laufen lassen.

Frau Jettin-Stuttgart: Vielleicht genügt es, wenn der Referent erklärt, daß ein Zwang nicht ausgeübt werden soll. Das Internationale Bureau sollte dafür Sorge tragen, daß alle Resolutionen in dem Wortlaut, in dem sie von der Kommission angenommen werden, auch dem Plenum vorgelegt werden.

v. Elm: Wir werden dem Berichterstatter Karpeles diesen Wunsch der Delegation mitteilen.

Köfel-Verlin: Die Fassung Karpeles ist nicht so scharf, sondern korrekter, denn es ist leider Tatsache, daß die Partei und die Gewerkschaftsführer sich um die Konsumvereine nicht kümmern.

Bauer-Verlin: Ich finde in beiden Ausdrücken überhaupt keine Verschiedenheit. — Damit schließt die Besprechung.

Schreyer-Paris macht Mitteilung, daß auf Anregung des Deutschen Beschlusses in Paris die Vertreter sozialistischer Vereinigungen von den im Ausland lebenden Deutschen hier zusammengetreten sind und auf die Anregung des deutschen Parteivorstandes die Gründung einer Auskunftsstelle beschlossen hätten. An den Deutschen sozialistischen Beschlüssen in Paris ist folgender Brief gerichtet worden:

„Die Vertreter der unterzeichneten organisierten Vereine haben sich heute am 1. September 1910 in einem Lokal des Internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen zu einer Konferenz zusammengefunden und beschlossen, daß der Deutsche sozialistische Beschlüssen in Paris beauftragt wird, eine Auskunftsstelle für alle im Ausland lebenden Deutschen zu schaffen. Es müssen drei Vertrauensmänner von ihnen bestimmt werden, die

Freiheitslieder an, die von der Menge mitgesungen werden. Der dänische Sozialistenmarsch, dessen frische und lede Melodie uns in all den Tagen nicht losläßt und bis in den Traum verfolgt, die keine Ruhe gibt, wenn sie uns entfallen ist, bis wir sie wiederhaben, hält durch die Räume, und wir glauben, daß die vollständige Weise des dänischen Proletariats von dem Rathauskante Kopenhagen aus in Wäldern den Siegeszug in die Arbeiterklasse aller Länder antreten wird. Vielleicht adoptieren auch die Engländer diesen Hymnus und diese Melodie, damit künftig bei Schlussfeiern der Kongresse bei den Uneingeweihten nicht wieder jene Verblüffung entsteht, wie sie diesmal den Kongreß besiel, als aus den kräftigen Reihen der Engländer ein einmal ein gewiß höchst revolutionäres Lied nach der guten, alten, aber nicht gerade aufreizenden Melodie „O Tannebaum, o Tannebaum“ angestimmt wurde. . .

Die gefällige Menge strömt in den Rathhof. Von der Rednertribüne, die dort aufgestellt ist, halten in die brausende Unruhe der frohlichen Menge hinein die Vertreter der Internationale kurze Ansprachen mit einer ganz eigentümlichen Mischung von scherzendem Humor und eindringlichem Ernst, der auch in der Stunde ungebundener Laune niemals vergisst, daß diese Gesellschaft Trägerin der erhabensten Bewegung ist, die die Geschichte gesehen hat. Alle großen Revolutionen lieben den Tanz und das Lachen; denn sie alle wollen Steigerung des Lebens, Schwundung des Lebens und farbige Glück. Ein ungeheurer Jubel bricht los, jaures wird mehr auf die Tribüne getragen, als daß er auf sie geht. Er spricht. Nach wenigen französischen Worten redet er deutsch. Der aus der Tiefe dringende Humor des seltenen Mannes bezaubert förmlich die Menge. Wie die Versammelten, zu denen im weiten Raum das Wort nicht mehr dringt, mit ihren Unterhaltungen die Stimme des gewaltigen Redners zu überhören drohen und der Bürgermeister Jensen vergeblich mit einem wehrenden Glöckchen zur Ruhe mahnt, redet dichterischer Empfindung die Störung: „Das Meer schweigt nie.“ Jaures preist das prächtige Gebäude, das dieses Fest beherbergt. Groß die Künstler, die dieses Werk schufen, größer aber noch die Arbeiter, die dieses Haus eroberten. Tief ergriffen, in quellenden Gesichtern findet Jaures den Geist der neuen Menschheit, die im Schaffen des Mannigfaltigen, im Zusammenwirken von Geist und Arbeit endlich die Einheit finden wird. Er schöpft halt er einen Augenblick inne. Die deutschen Laute wollen nicht mehr von seinen Lippen gleiten. Da breitet er die Arme betauernd: „Es ist nicht das sozialistische Herz, das erschöpft ist, es ist mein deutsches Wörterbuch, das zu Ende geht.“

So groß ist der Jubel, daß die Freunde in jäher Aufwallung den Redner umarmen, als er die Tribüne verläßt.

Die Tribüne wird nicht mehr leer, Ansprache folgt auf Ansprache, und gebuldig wartet Jens Jensen seines Amtes als einer Art Vorsitzender dieser Versammlung.

Aber die Musik wird allmählich zu lodend, man läßt das Reden, die Paare finden sich und tanzen. Die alten Könige, die in den Nebenzimmern aufgehängt sind, haben sich in ihrem Rahmen nicht bewegt, und fast schien es, als ob die alte, müde, in hundert Jahren zerfallene Stadtfahne auf einmal wieder neu ward und jung statierte.

die erforderlichen Arbeiten besorgen und aus denen der amtierende Sekretär gewählt werden soll. Als Mittel sollen dem Beschlüssen durch freiwillige Beiträge mindestens 500 Frank jährlich von den Organisationen deutscher Sozialisten im Ausland zur Verfügung gestellt werden. Die Auskunftsstelle soll in erster Linie jährlich ein Adressenverzeichnis aller in Betracht kommenden Vereine veröffentlichen und mit Rat dem Fragenden an die Hand geben, sowie den deutschen Genossen Auskunft über die Verhältnisse in dem Lande, wohin sie sich begeben wollen, erteilen. Nach einem Jahre sollen an die beteiligten Organisationen Berichte über die Leistungen des Instituts abgegeben werden.

Der Aufruf ist unterzeichnet vom Deutsch-amerikanischen Sozialistenklub in New York, vom Deutschen sozialdemokratischen Leseklub in Paris, vom Arbeiterbildungsverein „Vorwärts“ in Budapest, von der Landesorganisation des Internationalen Arbeitervereins in der Schweiz. Eine große Anzahl anderer Vereine ist bereits beigetreten, so der Arbeiterbildungsverein in London.

Aussch-Verlin: Es handelt sich hier um die Schaffung einer neuen Organisation. So leichter Hand können wir nicht darüber hinweggehen.

Richard Fischer-Verlin: Dem Parteivorstand ist von der Gründung einer Auskunftsstelle Mitteilung gemacht. Er hat seine Zustimmung gegeben. Damit ist für uns die Sache erledigt. Der Parteivorstand hat der deutschen Partei davon Mitteilung gemacht, die deutsche Delegation geht die Sache weiter nichts an.

Legien-Hamburg: Diese Organisation der Deutschen im Ausland ist seit langem vorbereitet. Ich glaube, wir müssen sie aus denselben Gründen ablehnen, aus denen wir die tschechische Sonderbündel abgelehnt haben. Aus unserer Kenntnisnahme ist nicht auf eine Zustimmung zu schließen.

Hof Müller-München: Es handelt sich hier um die Errichtung einer Auskunftsstelle für die deutschen Arbeiter, die auswandern wollen. Das ist in jeder Hinsicht zu begrüßen. Was weiter sich daraus entwickelt, geht uns zunächst nichts an. Bis jetzt sind die auswandernden Arbeiter so gut wie verlassen und gehen der Partei verloren.

Schreyer-Paris: In unserem Programm steht an erster Stelle, die ins Ausland wandernden Deutschen aufzufordern, die Mitgliedschaft für die Organisation des Auslandes zu erwerben.

Frau Alara Jettin-Stuttgart: Ich sehe in der Auskunftsstelle keine Gefahr, sondern ein Mittel, die deutschen Genossen im Ausland in Bewegung zu erhalten.

Leipart-Stuttgart: Es scheint, als ob die Genossen in Paris von dem französischen Geist der Organisationspielerei angesteckt sind. Ich glaube, daß die Auskunftsstelle in Paris gar nichts leisten kann.

Hildenbrand-Stuttgart: Ich bin anderer Meinung. Seitdem Genosse Trapp in Paris tot ist, wird sehr darüber geklagt, daß man keine Auskunft bekommen kann. Ich denke, daß die Auskunftsstelle die Funktion haben wird, den Genossen Trapp zu ersetzen. Damit schließt die Erörterung und die Sitzung.

Internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen.

Kopenhagen, 4. September.

Der Vorsitzende des Internationalen Bureaus der Sozialistischen Jugendorganisationen Dr. Karl Liebknecht eröffnete die Konferenz mit einer Begrüßungsrede. Der Charakter der Konferenz zeige sich bereits in ihrer Tagesordnung. Die internationale Jugendbewegung fühle sich als ein Glied der großen proletarischen Internationale. Sie habe seit der Stuttgarter Konferenz in allen Ländern Fortschritte gemacht; nicht zuletzt hätte die gegnerische Jugendbewegung unsere Genossen zur Arbeit angepornt. Besonders verstanden unsere Gegner in Deutschland die Jugend dem Proletariat zu entfremden. Redner hofft, daß Formen gefunden werden mögen, die der deutschen Jugendbewegung den Anschluß an das Internationale Bureau ermöglichen.

Christensen begrüßt die Delegierten im Namen der dänischen Genossen.

Auf der Konferenz sind die Jugendorganisationen aus Belgien, Oesterreich, Böhmen, Dänemark, Schweden, Norwegen, Rumänien, Schweiz, Finnland, Bulgarien, England, Niederlande und Ungarn ver-

Kleines feuilleton.

Theater.

Freie Volksbühne. (Thalia-Theater.) „Kampf“, Schauspiel in 3 Akten von John Galsworthy, deutsch von Walther Freund. — Zur Zahl der guten oder doch mindestens der besseren Streit-Dramen gehört Galsworthys „Kampf“, durch dessen Aufnahme in ihren Spielplan die Leitung der Freien Volksbühne sich ein neues schönes Verdienst erworben hat.

Die Fabel des Stückes ist nicht neu, und wenn den Mitgliedern der Freien Volksbühne eins oder das andere am Drama eigentümlich erscheinen könnte, so nur, falls sie vergäßen, daß es sich um ein englisches Drama, um englische Verhältnisse, um einen englischen Streit handelt und daß jenseits des Kanals die Dinge in anderer Beziehung (noch oder schon) anders liegen, als bei uns in Deutschland. Die Hauptfabel ist schließlich, daß Galsworthys „Kampf“ ein wirkliches Stück ist, ein Drama, das (nach der Haltung und dem Verlauf der Vorfälle) zu urteilen) das Publikum packt — und welches Auditorium wäre berufener, über Wert oder Unwert eines Streildramas zu entscheiden, als das Publikum der Freien Volksbühne?

Wo im Drama des Engländers Fragezeichen am Platze wären, da half eine teils leidliche, teils vorzügliche Darstellung und Artur Meybads treffliche Regie über Zweifel, Bedenken und Einwände hinweg. Zum mindesten bis zum letzten Niedergehen des Vorhangs! Denn an den Schluß des Dramas — (an die unbeantwortete Frage: wozu ein so sträckerlicher Halbjahrestreit, der schließlich doch mit Annahme der Forderungen endet, die sechs Monate zuvor auf beiden Seiten abgelehnt wurden?) — an diesen Schluß ließe sich manche Betrachtung gegen den Dichter Galsworthy anknüpfen. . .

Den Vorsitzenden des Aufführenden, diesen starkköpfigen Greis, wählte Herr Leblus vom Trianon-Theater einermägen glaubhaft zu machen, und auch die Darstellung der anderen (minder verbohnten) Aufführende lag in guten Händen. Dem Gegenstück zu jenem alten Trosttopf, der Seele des Arbeiter-Ausführenden, dem starr und selbstlos Kampf bis zum Verrecken predigenden David Roberts, wählte Ewald Schindler starke Töne und eine Reihe großer Momente abzugewinnen, von den Kollegen im Arbeiter-Ausführenden leider nicht so gut unterstützt wie der Aufführenden-Vorsitzende John Anthony von den seinen; wo Schindler nicht auf der Höhe war, da trifft die Schuld wohl weniger ihn als den Autor des Dramas.

Uebrigens ist noch zu bedenken, daß es sich hier um die Erstausführung handelte und daß in den folgenden Vorstellungen noch manches glatter, runder und voller werden dürfte. Vielleicht würde es sich empfehlen, die im Stück häufig wiederkehrenden gewissermaßen irreführende Anekdote „Genossen“ durch „Kollegen“ zu ersetzen. Sodann scheint mir, daß die „Massenszene“ im zweiten Akt mit etwa zwanzig Teilnehmern ein wenig lang besetzt ist; einem Regisseur wie Meybad braucht man wohl nicht zu sagen, wie man dergleichen auch bei knappen Mitteln (und das Stück fordert ja ohnedies ein großes Menschenangebot) so inszenieren kann, daß ein Viertelhundert Männer aussehend als wären's hunderte. (Dem Austritt gebührt ja besondere Sorgfalt in der Darstellung nicht nur, weil er den

Das fest im Rathaus.

Kopenhagen, 4. September.

Unmittelbar nach dem feierlich ergreifenden Schluß des Kongresses versammelten sich die Mitglieder in dem farbigen Rathhof des neuen Rathauses. Nirgends in der Welt hat sich eine städtische Verwaltung ein so fröhliches Geheiß geschaffen, wie es dieses Rathaus ist, das in einfachen Formen den schlichten Ziegelstein zu heller Heiterkeit fügt. In den großen und kleinen Sälen des mächtigen Gebäudes hat der Schöpfer einen unerschöpflichen Reichtum künstlerischer Einfälle ausfaltet. Unausdrücklich gefellen sich die verschiedensten Einkömmlinge zu einer sonnigen und leichten Harmonie. In diesen Räumen muß auch die Verwaltung eines großen Gemeinwesens zur fröhlich schaffenden Arbeit werden. Und diese Arbeit leisten Proletariat, ehemalige Arbeiter und Zimmerleute: fast die Hälfte der Gemeindevorsteher sind Sozialdemokraten. Im Wunde mit den Radikalen bilden sie die Mehrheit. Der Vorsteher der Stadtverordneten ist ein Genosse, und unter den vier Bürgermeistern, die gleichgeordnet sind, sind zwei, darunter der einflussreichste, der Finanzbürgermeister, Mitglieder der Sozialdemokratie. Es ist ein höchstes Zusammenreffen, daß derselbe architektonisch-historische Scherz zweimal wiederkehrt, zuerst in dem Zimmer des vom König ernannten Oberpräsidenten, der dem Magistrat angehört, und dann in dem Bureau des sozialdemokratischen Vorstehers: In der Tafelung der Wand findet sich eine geheimnisvolle Feder, die bei leisem Trud eine Tür öffnet und einen Lichtstrahl ausgang in gefährlichen Zeiten erschließt! Es ist keine Aussicht, daß für den Sozialdemokraten jemals dieser Scherz zum Ernst werden könnte. Die Kopenhagener Stadtväter haben Humor, wie denn der durstige Brunnenschöpfer im Garten, der die Strahlen der Wasserfontäne unendlich drölig in seinem weitgeöffneten Mägen auffängt, sofort den Geist einer lachenden Lebensbejahung demonstriert.

Nur nicht die Stadt, sondern das Lokalkomitee des Kongresses hat die Internationale zu Gast geladen. Dennoch ist es die Stadt und ihre Vertretung, die der Wirt ist. Der Bürgermeister Jens Jensen begrüßt die Völkerversammler, und sein Kollege Knudsen beteiligt sich am Empfang. Kopenhagen heißt die Vertreter des internationalen Proletariats willkommen. Fast scheint der Reichtum dänischer Lederhosen, die im Restloze bereit fanden, allzu üppig, und es war eine sinnreiche Einrichtungs, daß zwar überall Tafeln, aber nirgends Stühle standen, sonst wäre die Anstehelung im Schlaraffenland gar zu dauerhaft geworden. Man schmaust eisig die zollreichen Erzeugnisse dänischer Landwirte, auch an Wein und Bier, an Wasser und Schnäpsten, an Zigaretten und Kaffee fehlt es nicht. Das rote Wehrzeiden dieses Abends ist der leuchtende Hummer geworden. Ein unablässiges Summen und Surren fließt durch die Säle, durch die behaglichen Nebenräume, die Gänge, die Galerien und Balkone! Schnell pöht sich der Stil des Lebens dem süßlichen Stil des Gebäudes an. Uebermüdete Gruppen bilden sich, aller Zwang und alle Höflichkeit ist verschwunden, der Witz herrscht und die fidele Satire. Immer wieder stimmt die Kapelle die

treten. Außerdem sind aus Deutschland als Gäste anwesend: die Mitglieder der Zentralstelle für die Arbeiterjugend Deutschlands: Ebert, Korn, Legien, Frau Dief, Frau Jäger, Frau Peters und Maria Noe, und als Vertreter einiger Jugendverbände: Dr. Rosenfeld - Berlin, Adler, Kiel, Hähnisch - Dortmund, Rudolf - Frankfurt a. M.

Im Namen der Zentralstelle ergreift Genosse Ebert das Wort: Die deutsche Jugendbewegung sieht ihre Aufgabe in der Führung der arbeitenden Jugend in die Partei- und Gewerkschaftsbewegung. Die Tätigkeit der Jugendbewegung erfolgt im Rahmen der Partei- und Gewerkschaftsbewegung und ermöglicht selbständige Arbeit der Jugendlichen. Die Beschlüsse der Internationalen Konferenz können für die deutsche Jugendbewegung keine Bindungskraft haben, für sie müssen die Beschlüsse der Partei- und Gewerkschaftsbewegung maßgebend sein. Wir müssen uns deshalb mit der Rolle des Gastes auf dieser Konferenz begnügen. Den Verhandlungen sehen wir mit regem Interesse entgegen. Wir hoffen, durch Austausch unserer Erfahrungen der gesamten Jugendbewegung nähern zu können und wünschen der Konferenz den besten Erfolg. (Bravo!)

Die Beschlüsse erklärt, daß die Konferenz bindende Beschlüsse, die im Gegensatz zu den nationalen Parteikonferenzbeschlüssen stehen, nicht fassen werde.

Im Namen des Internationalen Bureau in Brüssel begrüßt Dr. Hanauer die Konferenz.

Darauf erstattete N. Danneberg als Sekretär den Bericht des Internationalen Bureau. Die offizielle Gründung des Internationalen Sekretariats erfolgte am 1. März 1908 in Wien. Das Sekretariat informiert durch ein monatlich erscheinendes Bulletin die Organisation über den Stand der internationalen Jugendbewegung. In England, Rumänien und Kroaten haben Anregungen des Bureau den Anstoß zu werden Jugendbewegungen gegeben. In Streikländern der Jugendorganisationen einiger Länder hat das Bureau schlichtend eingegriffen, in Frankreich leider ohne positiven Erfolg, in Oesterreich dagegen erfolgreich. Die Spaltung in der holländischen Partei hat sich auch auf die dortige Jugendbewegung übertragen. In Deutschland hat die Bewegung seit der Stuttgarter Konferenz andere Formen angenommen. Die Stellungnahme des Gewerkschaftskongresses in Hamburg zur Jugendfrage veranlaßte das Bureau, eine Erklärung zugunsten der selbständigen Jugendbewegung zu veröffentlichen. Gegenwärtig sind dem Internationalen Sekretariat 22 Jugendorganisationen angeschlossen. Die Einnahmen des Internationalen Bureau betragen in der Berichtszeit 2544,47 Kr., die Ausgaben 2252,09 Kr. Der Klassenbericht betrug 1900 292,88 Kr. Redner klagt über mangelhafte Berichterstattung und nachlässige Vertragszahlung einzelner Jugendorganisationen.

Auf eine Anfrage von Winkler-Holland nennt der internationale Sekretär die Bedingungen, die bei der Aufnahme einer Jugendorganisation in die internationale Verbindung befolgt werden. Ausgenommen wird jede Jugendorganisation, die formell oder inhaltlich mit der dem Internationalen Bureau in Brüssel angegliederten Partei ihres Landes in Verbindung steht. Im übrigen gelten für die Aufnahme und für den Anschluß einer Jugendorganisation die von dem Brüsseler Internationalen Bureau aufgestellten Bedingungen. Nach kurzer Debatte wird dem Internationalen Sekretär einstimmig Decharge erteilt.

Dann wird nach einem kurzen Referat von Jaccou über die Bildungsarbeit der Jugendorganisation einstimmig folgendes beschlossen:

Die Konferenz bestätigt mit Nachdruck die Bereitschaft der Stuttgarter Konferenz angenommenen Thesen der Genossin Roland Volk über die sozialistische Erziehung der Jugend und fordert alle angeschlossenen Organisationen auf, unverzüglich Schritte zu unternehmen, um die dort niedergelegten Gedanken praktisch durchzuführen und über die Durchführung der nächsten Konferenz zu berichten.

Ferner wurde ein Antrag der britischen sozialistischen Sonntagsschulen, der auf die Wichtigkeit der Bildung von Unterarbeitsklassen zur Erziehung der Kinder zum Sozialismus hinweist und die Einrichtung solcher Schulen fordert, den einzelnen Organisationen zur Berücksichtigung überwiesen.

Ueber den Punkt: Verhältnis der Jugendbewegung zu Partei und Gewerkschaften referiert Danneberg: Die Jugendbewegung bedarf, soll sie ihre Aufgabe, die Erziehung zum Sozialismus, erfüllen, der moralischen und materiellen Unterstützung der Partei und der Gewerkschaften. Auch in den wenigen Ländern, wo aus der Initiative der Jugendlichen heraus die Jugendbewegung entstanden ist, hat diese eine Verbindung mit den Arbeiterorganisationen angestrebt. Das Verhältnis der Jugend-

höhepunkt des Stüdes bildet, sondern weil er unmittelbar hinter der erschütternden Szene in der kalten, kalten Kasse um keinen Preis abfallen darf. — Ob der kleine Trompetenbläser (dessen Figur wohl „Kontrastrahlung“ und „Symbol“ vorstellen soll?) nicht besser fortbleibt oder mindestens die herbeide Frau Roberts — und das Publikum — mit seinem Geizte unbeschäftigt läßt; auch das sollte die Zeitung in Erwägung ziehen. Gerade weil ihr, um's noch einmal zu sagen, Dank gebührt dafür, daß sie den Berliner Arbeitern zur Bekanntheit mit diesem anregenden Streikdrama verholfen hat. G. D.

Freie Volkshäuser (im Residenz-Theater): „Die 300 Tage“. Von Paul Cavault und Robert Charbey. Ob Tragödie oder Lustspiel, Komödie oder Säkular, Schauspiel oder Pöffe: — jede dieser einander diametral entgegengesetzten Gattungen läßt sich vor einem Arbeiterpublikum rechtfertigen, sofern gewisse künstlerische Qualitäten aufweisen oder doch wenigstens gesellschaftliche Satire mit weltlicher Romik und natürlichem Humor verbunden sind. Von einem Säkular gering oder nachsichtig denken, nur weil es ein Schauspiel ist, hieße die Tatsache wegzuleugnen, daß es neben viel miserablen auch ein paar durchaus feinerer Stücke dieses Genres gibt, bei denen selbst der verwöhnteste Geschmack auf seine Rechnung kommt. Was aber soll man zu dieser Kompagniearbeit sagen? Die „Idee“, daß ein Testament in einer Waise verstreut liegt, um erst nach drei Jahren zufällig ans Tageslicht gebracht zu werden, ist so mager wie widerwärtig. Sollte das Stubenmädchen dem niemals seines Staub fliegenden Amtes gewaltet haben? Und geht: das Testament wäre gleich im ersten Akt zum Vorschein gekommen — hätte sich dann nicht eine von langweiligen Sandwischen angefüllte, ja freudentweih banale „Handlung“ in drei Akten erdrückt? Ja — aber die „Situationskomik“! Bedeutet sie hier etwas Neues? Nein! Jeder französische Schwan hat sie; denn sie ist das Alpha und Omega der Pariser Fabrikation schlechthin. Oder die stürmische Frau und der Hausfreund? Nein! Das dreieckige Verhältnis ist ein stehender Triad. Nämlich es auf die Bühnentechnik an, dann gäbe es in Frankreich, vor allem aber im Seinedeal keine sittenreine Frau! Wo es ist nur ein Triad, nichts weiter. Und dann, hat dieser Schwanz Unmöglichkeit: den Professor Paraberg und Vesalopier. Dieser Kerl ist komplett widerlich, vom menschlichen und ästhetischen Standpunkt aus genommen. Frauen in gewissen Umständen könnten sich wohl an solchem Krein „versehen“. Ja, aber man laßt doch — wieher! sogar vor Vergnügen! Im — wer laßt? Da wird blühend zu bedenken sein, daß das Publikum, unser Publikum auch zum Lachen erregt werden könnte. Uebrigens ergeben sich zwischen den Schwänken „Der selbige Kompagnie“ und „Die 300 Tage“ mancherlei stoffliche Parallelen. Und schließlich: was hat die Freie Volkshäuser mit der Kultivierung solcher zweifelhaften Zeugnisse zu schaffen? Die Darstellung gipfelte in Hermann Seldene's Leistung als Architekt Crowe. Wie könnte auch ein Ensemble, das seit Wochen auf Pariser Spezialitäten eingesucht ist, schlecht abschneiden! a. k.

Neues Volks-Theater (Neue freie Volkshäuser): „Die Erziehung zur Ehe“. Otto Erich Hartlebens kräftige Satire, ging am Sonntag über die Bretter. Wie die Türen der höchst aufgeschickten Bühne noch ein bißel schwerfällig „klappen“, so klappt im Zusammenspiel noch nicht ganz, aber der Fleiß, mit dem alle im

Bewegung zur Partei ist in fast allen Ländern gut, den Jugendlichen muß natürlich die selbständige Arbeit innerhalb der allgemeinen Arbeiterbewegung gelassen werden. Die Form der Verbindung der Jugendbewegung mit Partei und Gewerkschaften wird in den einzelnen Ländern sehr verschieden sein müssen. Redner verweist auf die Beschlüsse der internationalen Sozialistenkongresse, die zur Unterstützung der internationalen Jugendbewegung durch Partei und Gewerkschaften auffordern.

Diese Beschlüsse wird eine Resolution einstimmig angenommen, die in ihrem wesentlichen Teile lautet:

„Da es die Aufgabe der Jugendbewegung ist, die Arbeiterjugend für den Klassenkampf zu erziehen, so muß sie in jedem Lande in festem Einvernehmen mit der sozialistischen Partei und den Gewerkschaften arbeiten. Sie soll den Rat und die Hilfe der sozialistischen Parteien in Anspruch nehmen und im Einverständnis mit Partei und Gewerkschaft ihren Wirkungsbereich einrichten. Dies soll aber nicht die selbständige Betätigung der Jugendlichen verhindern, die aus erzieherischen Gründen eine notwendige Voraussetzung für die gedeihliche Entwicklung der Jugendbewegung ist.“

## Eine internationale Versammlung der sozialistischen Alkoholgegner.

Kopenhagen, 4. September.

Zu Freitag, 2. September, waren an die Delegierten des Sozialistenkongresses, die sich für die Alkoholfrage interessieren, Einladungen gerichtet worden, denen allerdings wohl nicht in dem erwarteten Maße entsprochen worden ist, da der Hauptkongreß eine Nachsitzung abzuhalten beschloß.

Es waren Delegierte bei der Besprechung anwesend aus Deutschland, Norwegen, Schweden, Dänemark, Belgien; die der Schweiz und von Oesterreich ließen sich entschuldigen — und der von Finnland war in eine andere Abstimmungsverammlung geraten, denn man tagte im Usholdshjem (Enthaltensamkeitsheim) „Flora“, Havelsøstedsvej 8.

Wie es in den deutschsprachigen Ländern sich immer deutlicher gezeigt hat, daß es notwendig ist, die abstinenten Arbeiter in sozialistischen Organisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, zu vereinigen, so haben es auch die nordischen Genossen eingesehen, daß eine reinliche Scheidung im Interesse der zielbewußten abstinenten Proletariat gelegen ist, wenn dieser Schritt auch nicht von heute auf morgen vollzogen werden kann.

Die Anwesenden nahmen dann kurze Berichte aus den vertretenen Ländern über den Stand der Abstinentenbewegung entgegen, und das Ergebnis der Aussprache war, auf Anregung des Genossen Hähnisch - Dortmund, die Begründung eines internationalen sozialistischen Abstinentensekretariats mit dem Sitz in Brüssel, mit Genossen Hanauer als Schriftführer (Buo des 6 jeunes hommes No. 1). Die Aufgabe soll die Vermittlung von Nachrichten über die Bewegung in den einzelnen Ländern bilden, insbesondere der Nachweis von alkoholfreien Aufenthaltsstätten für Auslandsreisende. Von allen Seiten wurde die Notwendigkeit betont, die Jugend mit dem Gefahren des Alkoholismus vertraut zu machen; dem Sekretär wurde anheimgegeben, sich um einen Berichterstatter für jedes Land zu bemühen. Wegen Mitternacht wurde die wenn auch beschleunigte, so doch sehr anregende und hoffentlich recht erfolgreiche Sitzung geschlossen.

Außer den oben genannten Ländern sind bereits auch Frankreich, Italien, Polen und Finnland mit dem Sekretär in Verbindung getreten.

An alle Gesinnungsgenossen der übrigen Länder ergreift die Aufforderung, dem Sekretär eine Adresse mitzuteilen, an die er sich um Auskünfte wenden kann.

## Internationaler Genossenschaftstag in Hamburg.

Hamburg, 5. September.

Am Montag wurde im großen Saale des Zoologischen Gartens in Hamburg der Internationale Genossenschaftskongreß eröffnet, der achte seit Bestehen des 1805 zu London ins Leben gerufenen Internationalen Genossenschaftsbundes. Diesem gehören am 1. April 1910 insgesamt 800 Genossenschaften an, die sich auf 27 Länder und Staaten beider Hemisphären verteilen. Als der Bund gegründet wurde, gingen die Anschauungen über die Art und Methoden der Genossenschaften weit auseinander, zumal sich auch allehand Sozialreformer zusammengefunden hatten, welche die Genossenschaftsbewegung zur Ueberwindung des Klassenkampfes fruktifizieren zu können vermeinten. In der Gewinnbeteiligung,

Stück Beschäftigten arbeiten, scheint die Gewähr dafür zu bieten, daß wir hier bald ein Ensemble haben werden, das sich hören und sehen lassen darf.

An der Aufführung machen sich unliebsam bemerkbar ein paar „redaktionelle Aenderungen“, vor allem aber einige Streichungen, die durchaus unterbleiben sollten, und wenn Otto Erich selber sie empfand hätte. Ich denke da einmal an den Schluß des zweiten Aufzuges, wo dem sauberen Hugo Buschmann auf keinen Fall die Gelegenheit genommen werden darf, auseinanderzusetzen: wie er sich „die Erziehung zur Ehe“ denkt. Uebrigens erwidert ja durch die Entfernung dieses Monodialogs der Choralter des „Bösewichts“ in noch viel schärferem Lichte —: eine Quancierung, die aus mehr als einem Grunde falsch ist. Ferner sollte man die Erklärung der „Entscheidung“ dem Herrn Schürzenjäger nicht streichen, weil sonst die scherzhafte-symbolische Handlung zu einer läppischen Kinderei wird.

Zum Schluß noch eine „Anekdote“: Den Mitgliedern der Neuen freien Volkshäuser wird eine von Dr. Bruno Wille verfaßte Würdigung der Satire Hartlebens in die Hand gegeben. Dr. Wille sollte da ein wenig sorgfältiger arbeiten. Daß er Otto Günther einmal (richtig) als Schwager, dann aber als Bruder der Frau Auguste einführt, das mag noch hingehen. Wenn er jedoch dem Vorstandsvorsitzenden Worte in den Mund legt, die in Wirklichkeit von Harry Lange gesprochen zum Charakter und zur Familiengeschichte jenes Jünglings nicht im mindesten passen, so entfällt natürlich ein Kuddelmuddel, aus dem schließlich schwer herauszufinden ist... G. D.

## Humor und Satire.

### Das Abenteuer im Dresdener Walde.

Realität traf in einem Doldich  
Sachens König, ahnungslos,  
Einen Menschen, der vor nachts,  
Seine Hund und ohne Hosi!

Welches Glück für einen König,  
Wenn man die Erwägung spürt:  
Sich so selten und so wenig  
Sticht er Menschen, wie sie sind!

Variiertes Kaiserwort. „Ezellenz gedenken also stets so zu regieren, wie die Schwarzen und die Blauen es wünschen?“  
Der Reichskanzler: „Stets! Ich betrachte mich als Instrument der Herren!“

Im Douboir der Germania. Bethmann: „Liebste, wie kannst Du mir so viel rot auslegen! Legs doch endlich einmal wieder schwarz oder blau an!“

Wahres Geschichtchen. Der Schulinsektor prüft eine Klasse der Volksschule im Religionsunterricht. Nachdem er Verschiedenes über Christus und dessen Leben erzählt hatte, suchte er zu ergründen, ob seine jugendliche Zuhörerschaft ihm auch mit Aufmerksamkeit zugehört hat. Er fragte daher eines der Mädchen, wann die Leidenszeit unseres Herrn und Heilands begonnen habe, erhielt aber keine Antwort. Ein zweites, drittes und viertes Mädchen werden mit denselben negativen Erfolg befragt.  
„Nun,“ meint der Inspektor, „weiß mir denn wirklich gar Keines zu sagen, wann Jesus begonnen hat zu leiden?“  
Da meldet sich ein Mädchen mit der Antwort: „Bei der Beschneidung.“

die man in das Statut des Bundes hineingeschrieben hätte, glaubte der den Klassenkampf vermeintende englische Genossenschaftler Neale das Mittel zur allmählichen Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft mit sozialistischen Ideen gefunden zu haben. Im Bunde hatten sich aber sehr heterogene Elemente zusammengefunden: Sozialisten, Antisozialisten, Nur-Genossenschaftler, Philanthropen usw. Als die modernen Konsumvereine sich immer mehr dem Bunde anschlossen, machte sich bald der Umschwung in den Anschauungen bemerkbar, der Kleinbürgerliche Strömungspunkt mit der Gewinnbeteiligung trat in den Hintergrund, der Konsumverein als sozialer Faktor führt dann auch in Deutschland (Streuach) die reinliche Scheidung zwischen diesem und den rein bürgerlichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften herbei. Um dem im Bunde eingezogenen neuen Geiste Rechnung zu tragen, wird auf dieser Tagung eine gründliche Revision der Statuten stattfinden. Daß der sonst allezeit vertretungslustige Hamburger Senat die Einladung zum Erscheinen auf dem Kongreß abgelehnt hat, dürfte dessen Bedeutung nicht Abbruch tun. Die Mitgliederzahl der dem Bunde angeschlossenen Genossenschaften beträgt etwa 1/4 Millionen.

Anwesend sind aus 27 Ländern annähernd 600 Delegierte. Von bekannten Genossenschaften sind u. a. erschienen: Anseele - Vooruit-Belgien, Jørgensen - Kopenhagen, Professor Gide - Paris, Buffoli - Mailand, Dr. Rutgers - Niederlande, Dehli - Norwegen, S. Raff - Oesterreich, Constantinescu - Rumänien, Tanner - Finnland, Puhmann - Schweden, A. I. Bissler - Schweiz, Maxwell - England usw. Der Konsumverein „Kobokwai“ in Tokio hat Dr. Nishigaki entsandt. Die englische Delegation zählt 88 Köpfe, die österreichische 67, die deutsche 103.

Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Zentralvorstandes über die Tätigkeit des Internationalen Genossenschaftsbundes seit dem Kongreß in Cremona (September 1907). 2. Revision der Statuten des Internationalen Genossenschaftsbundes. (Diskussion und Beschlußfassung über den vom Zentralvorstand vorgelegten Entwurf.) 3. Die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Gegenwart und Zukunft. a) Das Konsumgenossenschaftswesen. Referent: Dr. Hans Müller, Zürich. b) Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen. Referent: R. A. Anderson, Sekretär der Irish landwirtschaftlichen Gesellschaft, Dublin, und ein dänischer Genossenschaftler an Stelle des Herrn Högsbro, dessen Name später bekanntgegeben wird. c) Das Kredit- und gewerbliche Genossenschaftswesen. Referent: E. Korihau, Direktor des Hauptverbandes deutscher gewerblicher Genossenschaften, Berlin. 4. Was können die Genossenschaften zur Lösung der Wohnungsfrage beitragen? Referent: Professor Dr. J. Albrecht, Berlin, und Geny Sibian, R. P., London.

Die Begrüßungsrede hielt der Präsident des Genossenschaftsbundes, William Maxwell - Glasgow, der in seine Rede den eminenten Friedenscharakter des Genossenschaftswesens einflößt, bemerkend, daß die in den Zielen der Genossenschaften niedergelegte Idee die Völker einander näherbringe und so zur Annäherung und Erhaltung des Friedens beitrage.

Im Namen der deutschen Genossenschaften richtete Lorenz - Hamburg, Vertreter der Großkaufmannschaft deutscher Konsumvereine, herzliche Begrüßungsworte an den Kongreß. Bürgerlich-mitglied Schamburg - Hamburg, verstärkte den Kongreß der Sympathie der Hamburger Arbeiterschaft. Wenn der Senat der Stadirepublik Hamburg hier nicht vertreten sei, so liege das an der Zusammenfügung der mit den weiten Bevölkerungskreisen keine Berührungspunkte unterhaltenden Behörden. Die Arbeiter Hamburgs hätten schon lange den Wert der Genossenschaften als eines Mittels im Emanzipationskampfe erkannt und eine auf moderner Grundlage beruhende Konsumgenossenschaft ins Leben gerufen.

Aus dem ohne Debatte zur Kenntnis genommenen Bericht über die Tätigkeit des Internationalen Genossenschaftsbundes, der den Zeitraum von 1907 bis 1910 umfaßt, ist zu ersehen, daß die Zahl der dem Bunde beigetretenen Genossenschaften um 202 gestiegen ist.

Es folgt die Revision der Statuten. Der Zweck des Bundes ist in diesem Paragraphen niedergelegt:

a) Feststellung und Propaganda der genossenschaftlichen Grundsätze und Methoden; b) Ausbreitung des Genossenschaftswesens in allen Ländern; c) Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Bundesmitgliedern; d) Ausbildung und Vereinhaltung der genossenschaftlichen Statistik; e) Erstellung von Auskünften und Förderung von Studien über alle das Genossenschaftswesen betreffende Fragen; f) Förderung von Handelsbeziehungen zwischen den genossenschaftlichen Organisationen der verschiedenen Länder.

Der Zweck soll erreicht werden: a) Durch Abhaltung periodischer Kongresse; b) durch Herausgabe eines Bundesorgans und sonstige Publikationen; c) durch Sammlung aller auf das Genossenschaftswesen bezüglichen Druckschriften, Dokumente, Zeichnungen, Photographien usw.; d) durch Veranstaltung von Enquêtes und internationalen statistischen Arbeiten; e) durch Erteilung von Auskünften über die wirtschaftlichen Bedürfnisse der verschiedenen Länder zum Zwecke der Bildung einer Organisation für internationalen Güteraustausch; f) durch andere geeignete Mittel.

## Soziales.

### Vom Schlachtfeld des deutschen Bergbaues.

Der soeben erschienene Bericht der Knappschaftsberufsgenossenschaft zeigt das gewohnte Bild: eine abermächtige Steigerung der Unfallziffer! Im ganzen gelangten 109 489 Unfälle zur Anmeldung. Jedoch ging die Zahl der tödlichen Unfälle von 2001 im Jahre 1908 auf 1748 im Berichtsjahre hinab. Jedoch muß hervorgehoben werden, daß im Vorjahre das große Grubenunglück von Raddob mit 849 Toten sich ereignete. Zieht man das in Betracht, dann ist auch im Berichtsjahre eine Steigerung der tödlichen Unfälle zu verzeichnen.

Auf die einzelnen Sektionen verteilen sich die Unfälle wie folgt: Bonn 20 540, Bochum 52 158, Elberfeld a. O. 1005, Halle a. S. 8723, Waldenburg i. Schl. 5037, Zarnowitz (Oberchl.) 14 320, Zwickau (Sachsen) 4793, München 2231; zusammen 109 489 Unfälle.

Der Bericht gibt dankenswerterweise eine Uebersicht der Unfälle seit dem Jahre 1888. In trockenen Jiffen werden uns die Opfer des Bergbaues seit 24 Jahren vor Augen geführt und wir erkennen, daß das Risiko des Bergmannes seit 1888 um das Fünffache gestiegen ist. Es wurden Unfälle angemeldet:

| Im Jahre überhaupt | auf 1000     | Im Jahre überhaupt | auf 1000     |
|--------------------|--------------|--------------------|--------------|
|                    | berf. Vergl. |                    | berf. Vergl. |
| 1888               | 22 497       | 1898               | 48 204       |
| 1889               | 24 630       | 1899               | 52 357       |
| 1890               | 26 530       | 1900               | 58 471       |
| 1891               | 27 038       | 1901               | 68 898       |
| 1892               | 28 879       | 1902               | 67 786       |
| 1893               | 33 523       | 1903               | 74 433       |
| 1894               | 34 463       | 1904               | 80 204       |
| 1895               | 37 837       | 1905               | 81 871       |
| 1896               | 38 241       | 1906               | 87 892       |
| 1897               | 40 616       | 1907               | 92 455       |
| 1898               | 44 105       | 1908               | 108 977      |
| 1899               | 46 034       | 1909               | 109 879      |

In den angeführten 24 Jahren erlitten allein 27 859 Bergleute den Tod auf dem Schlachtfeld des deutschen Bergbaues. 2061 Bergleute waren dauernd völlig erwerbsunfähig, bei 58 982 Bergleuten war dauernde teilweise Erwerbsunfähigkeit und bei 73 165 Bergleuten vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zu verzeichnen. Die Zahl der verletzten Bergleute vermehrte sich in der Berichtszeit von 343 700 auf 818 980.

Im Berichtsjahre 1909 mußte wiederum festgestellt werden, daß die meisten Unfälle sich des Sommer, die wenigsten am Montag ereignen. Früher, als man der Statistik noch keine

Sorgfalt zuwenden, war die übliche Redensart bei den Schafmachern, daß am Montag die meisten Unfälle sich ereigneten infolge der am Sonntag verübten Alkoholexzesse. Dies Märchen ist zerflutet. Aber an den Sonnabenden ist der Bergmann durch die angestrenzte Wochenarbeit vielfach nicht mehr imstande, die drohenden Gefahren gebührend beachten zu können. Er läßt Gefahren außer acht, denen er in körperlich frischem Zustande sicher entgegen würde.

Vermutlich ist aber unter solchen Umständen, dann wird der Fall in die Kategorie der selbstverschuldeten Unfälle verwiesen. In der Tat behauptet der Bericht, daß fast ein Drittel aller Unfälle durch Selbstschuld oder durch die Schuld der Mitarbeiter entstanden seien. 68,60 Proz. der entschuldigungsbedürftigen Unfälle sollen durch die Gefährlichkeit des Betriebes und nur 1,07 Proz. — im Vorjahre 1,33 Proz. — durch bestehende Mängel des Betriebes entstanden sein.

Die Schuld des Unternehmers wird also fast völlig geleugnet; dagegen sind die Arbeiter anscheinend beinahe verlesen darauf, einen Unfall zu erleiden. Ungefähr so hörte man es ja in den Parlamenten ausgesprochen; die Arbeiter wünschten sich einen Knag, hieß es, um zu einer „Schnapsrente“ zu gelangen. Man muß obige Zahlen, aus denen Not und Tod, eine Lufsumme von Elend spricht, durchlesen und dann wird man erkennen, welche Unmenschlichkeit sich hinter solchen Worten verbirgt. Sprechen wir es offen aus, die steigenden Unfallziffern sind im letzten Grunde nichts anderes als ein Gradmesser deutscher Schmach. Die Schuld tragen sämtliche bürgerlichen Parteien, die den Verletzten die freigestellten und vom Staate bezahlten, aus den Reihen der Verletzten gewählten Hilfskontrollen verweigert haben. Statt wirklicher Kontrollen verdrängt man den Verletzten, deren Seelen man fangen wollte, weiße Salbe.

Noch eine überraschende Tatsache konstatiert der Bericht, die auch wir registrieren wollen, daß nämlich gegen 154 Betriebsunternehmer das Zwangsbeitreibungsverfahren eingeleitet und zum Teil durchgeführt werden mußte, um sie zur Leistung der Beiträge zu veranlassen. Außerdem wurde ein Unternehmer mit 100 M. bestraft, weil er tatsächlich unrichtige Angaben in den Lohnnachweisungen gemacht hatte. Ein anderer Unternehmer wurde wegen unvollständiger Führung der Lohnbücher zu der „hohen“ Strafe von 100 M. verurteilt.

### Gerichts-Zeitung.

Die Tat der Syreer-Piraten.

Wie in der Nacht zum 25. Juni ein auf dem Mühlengraben schwimmendes Floß zu einem verwegenen Einbruch benutzt haben, beschä-

ftigte die 3. Ferienstrafkammer des Landgerichts I in einer umfangreichen Sitzung. Wegen schweren Diebstahls waren die Händler Wilhelm Freier, Otto Müller und Fritz Nadel angeklagt. Bei dem Hause An der Schleuse 10 befand sich eine auf dem Mühlengraben schwimmende Waschanlage (Floß). In der Nacht zum 25. Juni hatten unternehmungslustige Geldstrahlknader diese Waschanlage losgelöst und waren damit zum Nebenhaus An der Schleuse 11 gefahren, wo sich das Kontor der Manufakturwarenhandlung Heymann, Welter u. Co. befindet. Die Kellerfenster dieses Hauses liegen nur wenige Zoll über dem Wasserspiegel. Die Diebe durchsägten eine vor dem Kellerfenster befindliche Eisenstange, drückten eine Scheibe mittels Schmirgellein und stiegen durch die Oeffnung in die Lagerräume der Firma Heymann Welter u. Co. ein. Nachdem sie eine Zwischenlücke mit Brettern und Dietrich geöffnet hatten, gelangten die Diebe in die Büroräume der Firma. Den dort stehenden Geldschrank hobten sie an drei Stellen an, es gelang ihnen, die Schlösser bloß zu legen und zu zertrümmern und zu der im Schranke bewahrten Kasse zu gelangen. Der Inhalt derselben im Betrage von 5505 M. fiel ihnen zur Beute. Die Einbrecher müssen wohl durch irgend ein Geräusch gestört worden sein und haben sich eiligst unter Zurücklassung ihres Diebeswerkzeugs auf dem Wasserwege wieder entfernt. — Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich auf drei Männer, die am Donnerstag, den 23. Juni, vormittags in einem mit einem Ruch bespannten grauen Kastenwagen vor dem Hause An der Schleuse 10 vorgefahren waren und vom dortigen Hofe aus Umschau nach dem Nachbarhause gehalten hatten. Der Portier Schönrod, dem sie aufgefallen waren, war auf sie zugegangen und hatte sie nach ihrem Vorgefragt, worauf ihm die Verdächtigen antworteten: „Sie wollten sich bloß das Wasser ansehen.“ Schönrod hatte sie darauf vom Grundstück gewiesen und sie waren in ihrem Kastenwagen davon gefahren. Einige Zeit später erschienen wieder zwei Männer auf dem Grundstück Nr. 10, fragten ein Mädchen nach gleichgültigen Dingen, sahen dabei aufmerksam nach dem Wasser und entfernten sich wieder. Derselbe Vorfall wiederholte sich am nächsten Tage, am 24. Juni, im Hause An der Schleuse 11. Auch dort erschienen zwei Männer, die den Hof besichtigten, aufmerksam nach dem Fahrstuhl blickten und dann wieder weggingen. Mehrere Personen, die diese verdächtigen Personen gesehen hatten, gaben der Polizei eine recht genaue Personalschreibung, und mit Hilfe des Verbrechenalbum gelang es, die drei Angeklagten als die in Frage kommenden Personen festzustellen. Freier ist der Polizei als Geldstrahlknader bekannt. Die Angeklagten wurden als die Täter in Haft genommen; bei einer Hausdurchsuchung wurde bei ihnen Diebeshandwerkzeug und bares Geld vorgefunden. Die Angeklagten leugneten mit großer Entschiedenheit, von dem Einbruch irgend etwas zu wissen. Die Rechtsanwälte Dr. Schwerdt, Matteredorf,

Bahn und Weher führten dem Gericht zahlreiche Zeugen vor, um in unangenehmer Weise das Mißtrauen der Angeklagten nachzuweisen. Die Sache „Kloppe“ auch anscheinend sehr gut, von den Mißtrauen erschienen jedoch einzelne dem Staatsanwalt so wenig klassisch, daß auf seinen Antrag deren Aussagen protokolllarisch festgelegt wurden. Staatsanwalt Dr. Friedberg hielt die Angeklagten der Täterschaft für überführt und beantragte gegen Freier und Müller je drei Jahre Zuchthaus, gegen Nadel ein Jahr Gefängnis, eventuell aber wegen Beihilfe gegen die beiden ersten Angeklagten je ein Jahr Gefängnis, gegen Nadel sechs Monate Gefängnis. Die Verteidiger bekämpften die Ausführungen des Staatsanwalts auf das nachdrücklichste und führten ihrerseits unter Hinweis auf die Unzuverlässigkeit solcher Rekonstruktionen aus, daß die Anklage auf äußerst schwachen Füßen stehe und statt greifbarer Tatsachen nur ansehbare Annahmen gegen die Angeklagten ins Feld führe. — Der Gerichtshof hielt das beigebrachte Beweismaterial nicht für ausreichend, um eine Verurteilung der Angeklagten zu rechtfertigen. Letztere wurden daher sämtlich freigesprochen.

**Wöchentlich Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage:** Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft lebhaft. Preise anziehend. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft reger, Preise befriedigend. Geflügel: Zufuhr nicht genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise befriedigend. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise fest. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr durchschnittlich über Bedarf, Geschäft anfangs still, später lebhafter, Preise wenig verändert.

### Wasserstands-Nachrichten

| Wasserstand       | am 4. 9. |       | am 3. 9. |      | Wasserstand          | am 4. 9. |       | am 3. 9. |     |
|-------------------|----------|-------|----------|------|----------------------|----------|-------|----------|-----|
|                   | 4. 9.    | 3. 9. | am       | am   |                      | 4. 9.    | 3. 9. | am       | am  |
| Remel, Tuff       | 205      | -11   | 206      | 0    | Saale, Großh.        | 78       | -3    | 78       | -3  |
| Bregel, Unterburg | -5       | -3    | -5       | 0    | Caabel, Ebnau        | 74       | -2    | 74       | -2  |
| Beispiel, Ebnau   | 91       | 0     | 91       | 0    | Caabel, Rathenow     | 82       | +2    | 82       | +2  |
| Ober, Ratibor     | 373      | +70   | 373      | +70  | Spree, Spremberg     | 128      | 0     | 128      | 0   |
| • Krosen          | 123      | +12   | 123      | +12  | Seezow               | 178      | 0     | 178      | 0   |
| • Frankfurt       | 144      | +10   | 144      | +10  | Weser, Minden        | -74      | +3    | -74      | +3  |
| Wartbe, Schwimm   | —        | —     | —        | —    | • Minden             | 6        | 0     | 6        | 0   |
| Landberg          | -20      | +2    | -20      | +2   | Rhein, Maximiliansau | 533      | +9    | 533      | +9  |
| Rege, Borsdamm    | -4       | +2    | -4       | +2   | • Borsdamm           | 300      | +16   | 300      | +16 |
| Elbe, Zeitmarkt   | 146      | +20   | 146      | +20  | • Elbe               | 291      | +9    | 291      | +9  |
| • Dresden         | 25       | +168  | 25       | +168 | Reder, Heilbronn     | 168      | -12   | 168      | -12 |
| • Barbo           | 79       | 0     | 79       | 0    | Rain, Berthelm       | 140      | -1    | 140      | -1  |
| • Raggdeburg      | 82       | -3    | 82       | -3   | Weser, Lier          | 79       | 0     | 79       | 0   |

0 + bedeutet Hoch, - Null, 0 Unterwasser.

Nach telegraphischer Mitteilung erreichte die Ober bei Ratibor ihren höchsten Wasserstand am 4. zwischen 3<sup>1/2</sup> und 5<sup>1/2</sup> Uhr nachmittags mit 392 cm und ist bis heute früh auf 368 cm gefallen.

## Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Weikstr. N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wille, Kant III, 4835.

**Achtung!**

50/1\*

Sie empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalinhabern unseren

**kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.**

Geschäftszeit täglich von 10<sup>1/2</sup>—1 Uhr mittags.

Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand. NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 3. Quartal braun u. muß mit dem Verbandssiegel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

# Hosen-Woche

Dauer vom 3. bis 10. September

## 10,000 Hosen

für Groß und Klein

### Spottbillige Preise

- Knaben-Hosen 5-9 Jahre, durchweg 60 Pf.
- Knaben-Hosen 3-9 Jahre, durchweg 1.50
- Knaben-Hosen 10-15 Jahre durchweg 2.-
- Herren-Hosen in vielen modernen Streifen . . . . . 2.80
- Herren-Hosen aus starken Cheviot-Bucksins . . . . . 5.-
- Herren-Hosen Kammgarnart, dunkle Streifen . . . . . 6.-
- Herren-Hosen in neuesten englischen Dessins . . . . . 10.-
- Herren-Hosen eleganten Geschmacks 12.-
- Rester-Hosen aus allerfeinsten Maß-Stoffen besonders billig.

Echt englische Gummi-Mäntel . . . . . 12.50

# BaerSohn

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog No. 39 (Neueste Moden) auf Wunsch kostenlos und portofrei.

**JOSETTI JUNO**  
Cigaretten sind nur dann echt, wenn sie, wie alle unsere Fabrikate, das oben abgebildete geschätzte Wappen sowie den untenstehenden Namenszug tragen. Achten Sie beim Kauf in Ihrem eigenen Interesse darauf, da Sie nur dann die Gewähr haben, nicht etwa andere Fabrikate zu erhalten, die Sie nicht verlangten.

Josefetti  
Josefetti Juno m. u. o. M. 10 St. 20 Pfg.

**Bester Schuh-Putz**  
**SERVOUS**

Ueberall zu haben in Dosen zu 10 u. 20 Pfennig  
Fabrik: Lubszynski & Co. Berlin NO.

# W. WERTHEIM GM BH

Potsdamer Straße 10, 11 und 13

Friedrich-Straße 110/112 Passage-Kaufhaus

Versand-Abteilung in beiden Häusern



Versand-Abteilung in beiden Häusern

In dieser Woche die Küchenausstellung

## „Am eigenen Herd“

# Extrapreise für Wirtschaftsartikel

### Wirtschafts-Artikel

Gaskocher 1 Flamme, 1 Wärmestelle . . . . . 4.50  
 Gaskocher 2 Flammen, 2 Wärmestellen . . . . . 10.50  
 Reibemaschinen fein u. grob mahlend 85 Pf., 1.05, 1.65  
 Tafelwagen geeicht . . . . . 5 kg 8.00, 10 kg 9.25  
 Brotschneidemaschinen . . . . . 6.25, 8.75  
 Messerputzmaschinen Größe I 3.50, Größe II 5.00  
 Fruchtpressen verzinkt, zum Anschrauben 4.85, 6.25  
 Waschständer geschmiedet, viereckig . . 3.85, 4.75  
 Waschtische geschlossen, mit Garnitur 14.50, 16.50

Waschwannen } aus stark. Zink { 6.00, 8.00, 9.00  
 Waschzuber } mit Holzboden { 6.25, 8.25, 10.25  
 Wäschemangeln für den Tisch 16.50, 19.50, 23.00  
 Wäschemangeln mit Gestell . 35.00, 45.00, 50.00  
 Wringmaschinen . . . . . 9.75, 11.00, 12.00  
 Plättbretter bezogen . . . . . 1.85, 2.15, 2.45  
 Ärmelplättbretter . . . . . 35, 65 Pf.  
 2 Gasplätten vernickelt, mit Erhitzer . . . . . 4.50  
 Schirmständer ff. lackiert . . . . . 2.25, 3.00

Einmachegläser Adler mit Glasdeckel und Gummiring  
 Inhalt ca.  $\frac{1}{8}$   $\frac{1}{4}$  1  $1\frac{1}{2}$  2 Liter  
 28 35 38 45 55 Pf.

Einmachegläser Perfekt mit Patent-Verschluss  
 Inhalt ca.  $\frac{1}{8}$   $\frac{1}{4}$   $\frac{3}{4}$  1  $1\frac{1}{2}$  2 Liter  
 45 50 55 60 70 85 Pf.

### Bürstenwaren

Roßhaarbesen . . . . . 85 Pf., 1.15, 1.35, 1.75  
 Roßhaarhandbesen . . . . . 55, 70, 85, 95 Pf.  
 Teppichbesen mit Stiel . . . . . 55, 70, 85 Pf.  
 Teppichhandfeger . . . . . 35, 45, 50 Pf.  
 Schrubber . . . . . 18, 20, 25 Pf.  
 Scheuerbürsten . . . . . 15, 20, 25 Pf.  
 Straußenwedel . . . . . 50, 70, 95 Pf.  
 Bohnerschrubber . . . . . 3.25, 4.00, 4.50  
 Bohnermasse . . 55 Pf., Stahlspäne . . 14 Pf.

Einkoch-Konserven-Krüge aus braunglasierem Steinzeug mit Krummichs Patentverschluss  
 Inhalt ca.  $\frac{1}{8}$   $\frac{1}{4}$  1  $1\frac{1}{2}$  2 Liter  
 45 50 55 63 80 Pf.

**Fleisch-Hackmaschine „Favorit“**  
 mit 3 Scheiben . . . . . 2.85, 3.50

**Einkoch-Apparate**  
 neuester Systeme, komplett . . . . . 9.00

**Teppichkehrmaschinen**  
 bestes Fabrikat . . 7.50, 9.75, 10.50

### Emaillierte Geschirre

Waschgarnituren ff. dekoriert, 5 teilig . . 6.75, 8.50  
 Toiletteneimer . . . 95 Pf., 1.85 mit Rohrbügel gestanzt 2.65  
 Toiletteneimer ff. dekoriert . . . . . 2.85, 4.00  
 Mülleimer mit Deckel und Schrift . . . . . 2.10  
 Wassereimer mit Deckel, Delft-Dekor . . . . . 1.95  
 Wasserkessel ff. dekoriert . . . . . 1.75, 2.00, 2.20

Schmortöpfe ohne Ring . . . . . 40, 45, 55, 70 Pf.  
 Schmortöpfe mit Ring . . . . . 45, 50, 65 Pf.  
 Kasserollen mit Stiel . . . . . 20, 25, 35, 45 Pf.  
 Wannen oval . . . . . 75 Pf., 1.25, 1.65  
 Wannen rund . . . . . 1.35, 1.85, 2.25  
 Milchkocher mit Einsatz . . . . . 85, 95 Pf., 1.20

### Beleuchtungs-Artikel

Gas-Zuglampen mit Perleifen 12.50, 14.00, 16.00  
 Salonkronen m. 3 Graetzinbrenn. 28.50, 33.00, 38.00  
 Speisezimmerkronen Graetzinbrenner 47.50, 55.00, 62.50  
 Tischlampen für Petroleum . . . 95 Pf., 1.50, 2.25  
 Gaszylinder doppelt gekühlt . . . . . Stück 65 Pf.  
 Glühstrümpfe . . . . . 22, 28, 30 Pf.

### Ausstellung moderner Küchen

Küche „Lotte“ ff. grau lackiert, bestehend aus Büfett, Tisch, Rahmen, Kohlenkasten, 2 Stühle, Handtuchhalter . . . . . 55.00

Küche „Flora“ ff. silbergrau lackiert, bestehend aus Büfett, Anrichte, Rahmen, Tisch, 2 Stühle, Handtuchhalter und Kohlenkasten . . . . . 105.00

Küche „Elvira“ ff. weiß lackiert, bestehend aus Büfett, Anrichte, Rahmen, Tisch, 2 Stühle, Handtuchhalter und Kohlenkasten . . . . . 158.00

Fortsetzung unsers enorm billigen Extraverkaufs von  
**Meißner Porzellan, Kristall- und Preßglas, sowie Steingut**

**Das Urteil ist gefällt!**

und lautet dahin, daß nur die Firma Carl Gentner in Göppingen berechtigt ist, das wegen seiner reizenden Geschenkbeilagen so beliebte Veilchenseifenpulver

„Goldperle“ herzustellen. Nur echt mit dem Namen »Goldperle« und Schutzmarke Kaminfeger. Alleiniger Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.



= 3 1/2 Pfg.  
**Echte Salem Aleikum-Cigaretten.**

Zur Verbilligung der Verpackung wird diese Cigarette, außer in Cartons à 100, auch in solchen à 500 Stück Inhalt geliefert.

**Engelhardt Caramel-Bier**

Alkoholarmes Spezialbräu

Arztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährnde Mütter etc. etc.

Flasche 10 Pf.

Überall käuflich.

Größte Malzbierbrauerei Deutschlands.

**H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.**  
 Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
 Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.  
 Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.  
 Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.  
 Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.  
 Amt 4, 3014.

**Carmen Sylva**  
 Cigaretten  
 Beste Qualitäten

**Möbel** liefert auf **Teilzahlung** bequem bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)  
**E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58**

Aus Industrie und Handel.

Der Staat arbeitet für das Kapital.

Der Bau elektrischer Vollbahnen wird jetzt von der Elektrizitätsindustrie mit aller Gewalt angestrebt. Zu den bereits vorliegenden Bauprojekten im Industriegebiet gesellt sich der jetzt bekannt gewordene Plan einer elektrischen Vollbahn von Cassel nach Kötlin, der von den Vergarm-Elektrizitätswerken in Angriff genommen worden ist.

Zur Geschäftslage in den Schafwoll- und Baumwollspinnereien und Webereien.

Der bescheidene Anlauf zur Verringerung, der in der ersten Jahreshälfte konstatiert werden konnte, hat eine dauernde Belebung nicht gebracht. Gegenwärtig ist in fast allen Hauptzweigen der vielseitigen Textilindustrie ein Rückschlag zu verzeichnen.

Die Lage der Baumwollindustrie läßt sich als schlecht bezeichnen. Die Unsicherheit auf dem Rohstoffmarkt wird mit jedem Tage größer. Der Preis für Rohbaumwolle hat eine schwindende Höhe erreicht. Dabei darf schon jetzt als sicher angenommen werden, daß der durchaus ungenügenden Ernte vom vorigen Jahre in den Vereinigten Staaten in diesem Jahre keine Befördernde folgen wird.

Table with 3 columns: Year, Procent, and another column. Rows for 1910, 1909, 1908, 1907.

Die Anbaufläche ist gegen das Vorjahr von 82 292 000 Acres auf 83 196 000 Acres vergrößert worden. Trotz alledem berechnet die Firma Knapp u. Fabarius, Bremen, nach dem gegenwärtigen Stand der Baumwollpflanzungen und den Stand derselben in den letzten 14 Jahren zur gleichen Zeit nur eine Ernte von 12 295 481 Ballen.

Getreideernte Rußlands.

Etwas früher als sonst sind die ersten zahlenmäßigen Schätzungen des zentralstatistischen Komitees, welche sowohl den Umfang der Anbaufläche für Getreide als auch die Menge der bevorstehenden Ernte veranschaulichen, veröffentlicht.

Der Gesamtertrag der Hauptgetreidearten in den 73 Gouvernements und Distrikten wird im gegenwärtigen Jahre und im Vergleich zu dem vorigen Jahre und dem Durchschnittsertrag der 5 Jahre 1904 bis 1908 folgendermaßen geschätzt in Millionen Pud:

Table with 4 columns: Crop type, 1910 estimate, 1909 estimate, and average 1904-1908. Rows for Wintergetreide (Wheat, Rye) and Sommergetreide (Wheat, Rye, Barley, Oats, Corn, Potatoes).

Demnach erwies sich der Getreideertrag nach den Angaben der Bevölkerung in der Winterperiode überhaupt bedeutend besser als der Durchschnittsertrag für den Zeitraum der fünf Jahre 1904 bis 1908, obwohl er auch dem Ertrag im Jahre 1909 nachsteht.

Nach Abzug der Ausfuhr und des Verpflegungsbedarfs (mit 15 Pud pro Kopf der Bevölkerung) dürfte ein Rest von 850 Millionen Pud des Verpflegungsgetreides bleiben, wenn man die Angaben der Bevölkerung zugrunde legt, und 1372,1 Millionen Pud, wenn in den Angaben der Bevölkerung die Verbesserungen vorgenommen werden, welche aus den Beobachtungen der letzten fünf Jahre hervorgehen.

Elektrifisation. In Verfolg der bereits im Prinzip bekannten Angliederung des Frankfurter Werkes der Felten-Gußstahle-Lahmeyer A.-G. an die Allgem. Elektr.-Gesellschaft werden den auf den 18. Oktober d. J. einzuberufenden Generalversammlungen beider Gesellschaften folgende Anträge vorgelegt werden: Die A. E. G. erhöht ihr Grundkapital um 30 Mill. Mark auf 130 Mill. Mark.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse! Am Mittwoch, den 7. September, nimmt der Verein seine regelmäßigen Versammlungen wieder auf. Wir hoffen, daß die unten folgenden Vorträge das Interesse der Arbeiterinnen in den weitesten Kreisen finden werden.

- Am 7. September: Wohnungskunst im Arbeiterheim mit Lichtbildern. Referent: Dr. H. S. Josten.
Am 21. September beginnt ein Zyklus von drei Vorträgen über Shakespeares, seine Bedeutung für unsere Kunst und unser Leben.

Am 5. Oktober: Shakespeare.
Am 19. Oktober: Shakespeare.
Am 2. November: Aus dem öffentlichen Leben Amerikas. Referent: Max Schippel.

Leseabende.

Spandau. Dienstag, den 6. Sept., 8 1/2 Uhr, bei Frau Wölfe, Habelstraße 20.
Potsdam. Heute (Dienstagabend) im Wilhelmshofen Lokal: Leseabend der weiblichen Mitglieder des Wahlvereins.

Aus aller Welt.

Aus einer kleinen Garnison.

Der in den Koblenzer Militärkreisen vielgelesene „Koblenzer Generalanzeiger“ brachte in seiner Nummer vom 1. September aus Ehrenbreitstein folgende Notiz:

Uhren Diebstahl. Bei einem hiesigen Uhrhändler wurde vor kurzem eine goldene Damenuhr gestohlen. Rummehe wurde die gestohlene Uhr einem anderen hiesigen Uhrmacher mit dem Auftrage übermittle, einen Namen in die Uhr zu gravieren.

Bei der Geschwägigkeit des Blattes in ähnlichen Fällen muß es wunder nehmen, daß es den Namen des Spitzbuben in der Notiz verschweigt. Verständlicher wird die Art der Verichterstattung aber, wenn man weiß, daß es sich um einen aktiven Offizier handelt, also einen Mann, in dessen Kreisen das „unparteiische Blatt“ eine starke Verbreitung findet.

Ein Arbeiter Müller aus Immenhof bei Ehrenbreitstein kaufte bei einem Uhrmacher in Ehrenbreitstein ein Geschenk für seine Braut. Während der Uhrmacher eine kurze Zeit sein Lokal verließ, betrat Leutnant Langer von der 1. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 28 das Geschäft, bestellte etwas und entfernte sich dann wieder.

Nachdem der Arbeiter ebenfalls das Lokal verlassen hatte, bemerkte der Uhrmacher, daß ihm eine goldene Damenuhr fehlte. Die Polizei wurde benachrichtigt; natürlich konnte nur der Arbeiter die Uhr gestohlen haben. Es wurde Hausdurchsuchung bei Müller, bei dessen Braut und allen seinen und deren Angehörigen vorgenommen; freilich ohne Erfolg.

zugeben. Daraufhin ist der spitzbübische Leutnant unter Dinterlassung einer erheblichen Schuldenlast geflüchtet.

Schiffsbrand auf hoher See.

Nach einer in Boston eingetroffenen drahtlosen Meldung des Dampfers „Devonian“ ist im Atlantischen Ozean der englische Dampfer „Westpoint“ gesunken, nachdem die Besatzung infolge eines Brandes, der an Bord ausgebrochen war und eine Woche andauerte hatte, das Schiff verlassen hatte.

Spionerie.

In der letzten Zeit wurden von Vasei und Des aus verschiedenen Passagierfabriken des Lenkalkons J. VI nach Strahburg i. E. unternommen. Wie uns ein Telegramm meldet, sind nunmehr diese Fahrten von Berlin aus bis auf weiteres verboten, da in der letzten Zeit diese Ausländer, besonders Franzosen, mit dem Luftschiff Fahrten unternommen haben und die Gefahr besteht, daß diese vom Luftschiff aus photographische Aufnahmen machen.

Auf Patrouille.

In Lindenhorst bei Dortmund war vorige Woche Einquartierung von Mannen, wobei es durch eine Patrouille zu unglücklichen Ausbreitungen gekommen ist. Die „Dortmunder Zeitung“, Amtsblatt, berichtet über das Vorkommnis wie folgt:

„Gelegentlich der Einquartierung der 3. Eskadron Mannenregiments Nr. 5 kam es zwischen der Wirtschaftspatrouille — einem Sergeanten, einem Gefreiten und zwei Mannen — und hiesigen angehenden Würgern zu einem bedauerlichen Vorfalle. Nachdem sämtliche Wirtschaften in Lindenhorst bereits geschlossen waren, drang die Patrouille gegen 2 Uhr nachts unberechtigtweise in eine hiesige geschlossene Gesellschaft, tagend beim Wirt Feuer, ein. Den mehrmaligen Aufforderungen des Wirtes und des Vereinsvorsitzenden, das Lokal zu verlassen, wurde nicht Folge gegeben.

Der Sergeant, Führer der Patrouille, zog vielmehr seine Dreibarige und drang damit auf die Gäste ein, er schlug mit ihr auf die Tische und zertrümmerte Biergläser und Aschbecher. Der Vorsitzende der Gesellschaft, Steiger J., wurde von der Patrouille zu Boden geworfen, geschlagen und getreten, so daß er besinnungslos liegen blieb und einen Nasenbeinbruch davontrug.

Dem Steiger J. wurde auch von der Patrouille das Portemonnaie mit über 60 Mark Inhalt aus der Geldtasche gezogen. Das leere Portemonnaie fand man später im Lokale versteckt vor.

Offenbar gehören die Täter zu jener Sorte Patrioten, denen der ewige Friede zu lange dauert und die daher dem Bürgerpaß die Möglichkeit des Militarismus mit schlagenden Argumenten beweisen wollten.

Wer nicht arbeitet...

Die in dem frommen Würzburg erscheinende „Neue Bayerische Landeszeitung“ schreibt in einem Artikel zu den Klagen deselben Alters, der die Schulaufsicht führt, über die Jugendverrobbung, daß die Pfarrer in den kleinen unterfränkischen Pfarreien täglich eine halbe Stunde Arbeit und 2 1/2 Stunden Ruhezeit haben.

Kleine Notizen.

Familien-drama. Am Montagmorgen wurde im Kottenbachteiche bei Koburg der Leichnam einer Frau aus dem Wasser gezogen. In einem vorgefundnen Briefe hat die Frau angegeben, daß sie ihre drei Kinder, Mädchen im Alter von sieben, fünf und dreiviertel Jahren, mit in den Tod genommen und daß der Grund zu der Bergweilungstat in Familienzwistigkeiten zu suchen sei.

Zwei Kinder erstickt. Während die Frau eines Markthellers in Blaun i. B. Einläufe besorgte, gerieten in der Wohnung Kleidungsstücke in Brand. Durch den sich entwickelnden Qualm sind zwei Kinder im Alter von 1 und 2 1/2 Jahren in der Wohnung erstickt.

Die Cholera. Nach amtlichen Mitteilungen aus Rom sind in den letzten 24 Stunden in Margherita di Savoia zwei neue Erkrankungen und zwei Todesfälle an Cholera festgestellt worden, in Trinitapoli drei Erkrankungen und drei Todesfälle, in St. Ferdinando ein Todesfall, in Velletri sieben Erkrankungen und vier Todesfälle, in Trani zwei Erkrankungen und vier Todesfälle, in Volturno drei Erkrankungen, in Canosa di Puglia, in Andria je eine Erkrankung.

Die gestohlene Regimentskasse. In Ullrich (Magier) ist die Kasse zweier auf dem Durchmarsche befindlicher Schützenbataillone gestohlen worden. Die Kasse enthielt 10 000 Frank und war in einem Prokassien auf dem Rajemsnhof untergebracht. Ein Soldat, der an dem Prokassien Wache stand, wurde als der Missethäter verdächtig verhaftet.

### Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.  
Walle-Resle! Moquetts.  
Plüsch. Sattelstaschen.  
Muster bei näherer Angabe  
franko.  
Emil Lefèvre, Berlin, 150.  
Oranienstr.

### CHARLOTTENBURG

Uhren und Goldwaren  
F. Stahenow, Berlinerstr. 145

### Einfegungsanzüge

sehr große Auswahl fertig o. — an, nach  
Maß anfertigungsbüchlich billig. Herren-  
Anzüge 8,25 an. Herren-Mantel-  
32—35 M. Stoffe, engl. Tuche, Anzugs-  
reife billig. Gern schiden wir unsere  
Vertreter mit Muster ohne Kauf-  
verpflichtung. **Tuchgesellschaft**  
Kottbuserdamm 16—17 (Kochh.)  
Borsiger d. Inzerats erhält 5%, Rabatt:  
Offertiere in mir schicker, schöner Ware.

### Musverkauf

wegen Aufgabe unserer Verkaufsräume  
Koch & Seeland, Gesellschaft m. h. H.  
Kochstraße 2. 6312

**Anzug-Stoffe** Um vollständig  
**Paletot-Stoffe** zu räumen für  
**Damentuche** jeden  
annehmbaren  
Preis!

Nur noch kurze Zeit!  
Koch & Seeland, Gesellschaft m. h. H.  
Kochstraße 2. 6312

Eldenaer Straße 25  
sind in modernem Hause noch Woh-  
nungen von 2 Stuben und Küche und  
2 Stuben und Küche sofort billig zu  
vermieten. 258/3

### Ungewitter's Kautabak

garantiert rein aus Kentuckytabak,  
seit Jahrzehnten unübertroffen.  
Niederlage:  
O. Reimer, Lichtenberg-Berlin O.,  
Gürtelstr. 1, Ecke Frankf. Chaussee.  
4450

### Bruch-Pollmann

empfehlen sein Lager in Bruch-  
bandagen, Leibbinden, Ge-  
radhalter, Spritzen, Suspension  
sowie sämtliche Artikel zur Kranken-  
pflege. Eigene Werkstatt. Lieferant  
für Orts- und Hilfs-Krankenkassen.  
Berlin N.,  
Jest Lothringer Straße 60.  
Alle Bruchbänder mit elastischen Ge-  
lotten, angenehm u. weich am Körper.

### Hygienische

Bedarfsartikel. Neues Katalog  
Empfehl. viel Aerzie u. Prof. grat. u. f.  
H. Unger, Gummiwarenfabrik  
Berlin NW., Friedrichstraße 91/9

### Syphilis - Nachweis

in allen frischen u. veraltet. zweifelhaf.  
Fall. durch wissenschaftl. Untersuchung.  
(sorgt: beagl. Harn- (spez. auf Ge-  
norrbacillen) u. Sputum-Analysen.  
Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborant,  
Friedrichstr. 189, am Kronen-  
und Robrenstraße, I. 8724. Vert. Rüdiger  
biogr. u. fortentl. Gedruckt von 8-8  
Sonntags von 12-1.

### Pianos-Gelegenheits-

käufe in gr. Auswahl v. 300 bis  
400 M., dar. Schiedmeyer, Biese etc.  
Garant. **Pianohaus Krause.**  
Berlin W., Ansbacherstr. 1.

# Theater und Vergnügungen

Dienstag, 5. September.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

### Neues Königl. Opern-Theater.

Kobama Buttersh.

### Königl. Schauspielhaus. Die Nebenbühnen.

Deutsches. Faust.  
Kammerspiele. Die Lezten.  
Anfang 8 Uhr.

Leistung. Rosenmontag.  
Berliner. Rumpelstilzchen.  
Komische Oper. Der Arzt wider  
Willen.

Aleines. Lügenmänn.  
Neues. Das gewisse Etwas.  
Reizend. Gretchen.  
Neues Schauspielhaus. Ihr letzter  
Trief.

Westen. Die geschiedene Frau.  
Zahla. Politische Wirtschaft.  
Schiller O. (Waller-Theater.)  
Der Bibliothekar.

Schiller-Charlottenburg. Goldene  
Drogen.

Berliner Volksoper. Mt. Heibel-  
berg. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Luisen. Im Spätsommer.  
Modernes. Die Wespe.  
Neues Operetten. Der Graf von  
Luzemburg.

Schauspielhaus. Das Leutnants-  
mündel.

Herrnsfeld. Wenn zwei das selbe tun.  
Das starke Etwas.

Marie. Dorf und Stadt.  
Telanon. Pariser Witwen.  
Folies Caprice. Der schwarze  
Schimmel. — Das alte Ghetto.  
(Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Friedrich-Wilhelmstädtisches.  
Biederleute.

Puhmann. Verbotene Wege. (An-  
fang der Spezialitäten 1/2 Uhr.)  
Metropol. Hullo!!! — Die große  
Revue.

Kaliko. Der schnelle Rudolf.  
Apollo. Spezialitäten.  
Wassage. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Karl Haverland. Spezialitäten.  
Prater. Der Bettelstudent von  
Berlin.

Bojai. Vater und Sohn.  
Schweizer-Garten. Spezialitäten.  
Max Milm. Spezialitäten.  
Volksgarten. Rosen aus dem Süden.  
Urania. Tausentunde 48/49.  
Abends 8 Uhr: Die Weltausstellung  
in Brüssel.

Sternwarte, Invalidenstr. 57—62.

### Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Heute abends 8 Uhr:  
**Die Weltausstellung  
in Brüssel.**

### Berliner Volksoper.

Heute 1/2 Uhr:  
Gastspiel des Neuen Schauspielhauses:  
**Mt. Heibelberg.**

### Modernes Theater

(früher Heibeltheater).  
Heute u. täglich: **Die Wespe.**

### Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Im Spätsommer.**  
Lustspiel in 3 Akten von F. Langer.  
Mittwoch: Die schöne Ungarin.  
Donnerstag: Esmont.  
Freitag Premiere: Brüder von  
St. Bernhard.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Waller-Theater).  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Der Bibliothekar.**  
Schwan in 4 Akten v. G. v. Rofer.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Neue Jugend.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die Liebe wacht.**

Schiller-Theater Charlottenburg.  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Goldene Herzen.**  
Vollständ. in 4 Akten von G. Karlowits  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Brester's Millionen.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Brester's Millionen.**

### Zirkus

## Alb. Schumann

Karlstr. vorm. Konz. Tel. 3, 2491.  
Sonntag, 10. Sept.  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Gala - Premiere**  
mit für Berlin  
gänzlich neuem Programm.  
Neuheiten in jedem Genre.

Vorverkauf täglich von vorm.  
10 Uhr ab an der Kassa ohne un-  
unterbrochen, wie Juraalbandant,  
Unter den Linden, und Waren-  
haus 11, Berlin.

Alb. Schumann,  
Karlstr. vorm. Konz. u. Her. Dir.

### Zirkus

## Alb. Schumann

Karlstr. vorm. Konz. Tel. 3, 2491.  
Sonntag, 10. Sept.  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Gala - Premiere**  
mit für Berlin  
gänzlich neuem Programm.  
Neuheiten in jedem Genre.

Vorverkauf täglich von vorm.  
10 Uhr ab an der Kassa ohne un-  
unterbrochen, wie Juraalbandant,  
Unter den Linden, und Waren-  
haus 11, Berlin.

Alb. Schumann,  
Karlstr. vorm. Konz. u. Her. Dir.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910  
30. April bis 2. Oktober.  
Am Par. täglich **Doppel-Konzert.**  
Eintritt: 10—6 Uhr 1 M., v. 6 Uhr ab  
50 Pf., Sonntags 50 Pf., Dauerl. 6 M.

### ZOO

LOGISCHER  
GARTEN  
Täglich:  
**Großes Militär-  
Doppel-Konzert**  
Eintritt 1 Mark.  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder  
unter zehn Jahren die Hälfte.

### Ausstellungshallen am Zoo

Riesen-Kinematograph.  
6—11 Uhr.  
Rauchen überall gestattet

### Puhmanns Theater

Schönh. A. 148 — Kastanien-A. 97/99.  
Abends 8 Uhr:  
**Verbotene Wege.**  
Familienbilder aus dem Volksleben.  
**Programmwechsel.**  
Die neuesten Spezialitäten.  
Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr.  
der Vorstellung 1/2 Uhr.  
Entrée 20—60 Pf.

### Sanssouisi

am Kottbuser Tor.  
**Beifallsstürme**  
entfesselt allabendlich das  
**grandiose Eröffnungs-  
Programm.**  
Karl Gätlin, moderne Jongleuse.  
Maxim und Mad. franz. Exzentriks.  
Schenk Marvely-Truppe, Akrobat  
Willy Schröder, Humorist.  
The Morisoff mit ihrem urkomisch  
Ring- und Boxkampf.  
Hierauf die Posse:  
**Nu hat's geschnappt**  
Musik von Paul Lincke.

### Königstadt-Kasino.

Dolgenstraße 72, Ecke Alexanderstraße.  
Wiedereröffnung von  
**Franz Sobanski.**  
Dazu das außerordentlich Sept.-Prog.  
**Der Herr Bankier.**  
Vollständ. in 1 Akt von Max Rentsch.

### Casino-Theater

Lothringer Straße 37, Täglich 8 Uhr.  
Die urkomische Posse  
**Der schneidige Rudolf.**  
Rudolf Bimpelmann: Dir. G. Berg.  
Vorher das glänzende bunte Progr.  
Nur Attraktionen ersten Ranges.  
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der Hochmutstoufel.

### Burgtheater-Kinematograph

vorm. Grotzerjan, Inhab.: Rud. Merz,  
Schönhäuser Allee 129, Tel. 3, 9333.  
**Lebende Photographien.**  
Während der Sommermonate nur  
Sonntags, Sonntag u. Montag.  
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.  
Anf. 7 1/2 Uhr, Sonnt. 4 Uhr. Vorzugskarten,  
nur wochentl. gültig, 25 Pf. auf allen  
Plätzen. Stets wech. Progr. Jed.  
Sonnt. i. Oberaal: Künstlerkonzert.  
Entrée 15 Pf. Garderobe 10 Pf.  
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.  
Täglich: Freitagskonzert.

### Vereins-Brauerei

Rixdorf, Hermannstr. 214/219.  
Oekonom: Max Wendt.  
Täglich:  
**Gr. Militär-Konzert.**  
Anfang wochentags 7 Uhr.  
Sonntags 4 Uhr.

### Karl Haverland-

Wirkung **Theater** präg. 7 1/2 u.  
77/79 Kommandantenstraße 77/79.  
Das wunderschöne  
**Eröffnungs-Programm.**

für den Inhalt der Inzerats  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

### ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.  
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
**Dorf und Stadt.**  
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte  
Strachwieser.  
Morgen nachm. 3 Uhr: Ein felt-  
samer Fall. Abends 8 Uhr: Dorf  
und Stadt.

### Apollo Theater

8 Uhr: Die neuen gr. Spezialitäten.  
9 1/2 Uhr:  
**Verbotene Frucht.**  
Komödie in 1 Akt v. Michel Provins.  
Anno Vera — Max Bira u. G.  
(In Hamburg seit 5 Monaten vor  
ausverkauften Häusern u. Stadtgepr.)  
Gisela Schneider-Nissen. Das  
berrückte Hotel sowie 8 weitere für  
Berlin vollst. neue Attraktionen

### Metropol-Theater

**Hullo!!!**  
**Die große Revue!**  
In 8 Bildern von Jul. Freund.  
Musik v. Paul Lincke. In Szene  
gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

### WINTERGARTEN

Das  
**Eröffnungsprogr.**  
U. a.:  
**The eagle and  
the girl**  
ein  
myastischer  
Illusionsakt.

### Passage-Theater.

Das Eröffnungs- Progr.  
der  
**Winter-Saison!**  
Abends 8 Uhr:  
**Claire Waldoff**  
mit ihren neuen Schleglern  
von Walter Kollo.  
**Collins 10 eng-  
lisch-Backfische.**  
die  
Polmey u. May, unerreichten.  
**George Barrington**  
und 12 Starsummers.

### Voigt-Theater

Geländebrennen Badstr. 58.  
Gastspiel in Puhmanns Theater,  
Schönhäuser Allee 149.  
Dienstag, den 6. September 1910:  
**Vater und Sohn.**  
Lebensbild mit Gesang in 5 Bildern  
von D. Müller.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

### XVI. Saison.

# Zirkus Busch

Sonntag, 10. September  
abends 8 Uhr:  
**Gala - Premiere.**

Die Zirkusklassen sind täglich von 10 Uhr an geöffnet. Billets  
sind ferner zu haben beim **Invaliddendank**, Unter den Linden 24  
und in der Billets-Abteilung des Warenhauses **A. Wertheim**,  
Leipziger Straße 132/133.

### Brauerei Friedrichshain

Am Königstor.  
Heute und folgende Tage, auf kurze Zeit:  
Gastspiel der  
**Münch. Oberlandler-Kapellen.**  
**Schützen- u. Kirchweih-Feste.**  
Anfang 7 Uhr. Entree 20 Pf.  
Saisonkarten volle Gültigkeit — ohne Nachzahlung.

# Luna Park

TERRASSEN  
HALENSEE  
Größter Vergnügungspark  
des Kontinents.  
Eintrittspreis 50 Pf.  
Heute und folgende Tage:  
**Passagier-Fahrten im Fessel-Ballon**  
unter Führung von **Käthe Paulus.**  
Ab 6 Uhr abends:  
**Sensationelle Attraktionen**  
**Militärkonzert.** Oberbayerische Sänger u.  
Schuhplattler. x x x **Tanagra-Theater.**  
Mon Plaisir.

### Herrnfeld Theater

Die größten Schlager  
der letzten Saison:  
**Wenn zwei dasselbe tun**  
und **Das starke Stück**  
mit Anton und Donat Herrnsfeld.  
Vorverkauf 11—9 Uhr. Anf. 8 Uhr.  
Sonntag nachm. 4 Uhr: Wenn  
zwei dasselbe tun.

### Reichshallen-Theater.

**Stettiner Sänger**  
(Meysel, Britton,  
Schrader usw.)  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr  
Sonntags  
7 Uhr.

### Max Kliems Sommertheater

und Festsäle.  
Inh.: Rudolf Krüger.  
Hasenheide 13/15, vis-à-vis Turnpl.  
Täglich:  
**Große Theater- u. Spezialitäten-  
Vorstellung.**  
Artist. Leitung: Walter Gravenitz,  
Kapellmeister: Max Wolfheim.  
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**  
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

### Folies Caprice.

Täglich 6 1/2 Uhr:  
**Der schwarze Schimmel.**  
Bunter Teil:  
**Das alte Ghetto.**  
Vorverkauf 11—2, abends ab 6 Uhr.

### Trianon-Theater.

Heute u. folgende Tage (Anf. 8 Uhr)  
**Pariser Witwen.**

### CIRCUS

## Cyrill Hallé

Pankow, Berliner  
Straße  
Ecke Bismarckstraße,  
nächst Schönhäuser Allee.  
Dienstag, 6. September,  
abends 8 1/2 Uhr:  
**Elite-Abend.**  
Donnerstag, 8. September:  
**Letzte Vorstellung.**  
Fernruf:  
A. Pankow 421

### Moabiter

## Gesellschaftshaus

Wickestr. 24, Emdener Str. 40.  
Größtes  
**Kientopp-Theater**  
Moabits.  
Wöchentl. zweimal neues Programm.  
Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

### Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/49.  
**Täglich:  
Konzert, Theater,  
Spezialitäten.**

### Passage-Panoptikum.

**Boddhas dunkles Geheimnis.**  
**Der Mann mit dem  
eisernen Schlund!**  
Von 4—7 Uhr **Vitaskop-Theater**  
**Aquanoptikum**  
Experiment aus der 4. Dimension!  
Alles ohne Extra-Entrée!

### Walhalla- Variete Theater

Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Die amüsantesten  
Spezialitäten.**

### Volksgarten-Theater

(früher Weilmann).  
Badstr. 8, Sehm- u. Bellerbaumstraße.  
Täglich:  
**Rosen aus dem Süden.**  
Poffe mit Gesang und Tanz  
von B. Behlde.  
Spezialitäten ersten Ranges usw.

### Berliner Prater-Theater

Kastanienallee 7—9.  
Heute:  
**Der Bettelstudent von Berlin.**  
Spezialitäten, Konzert und Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Ihrem lieben **Gustav Spitzer**  
Großvater  
zu seinem heut. Geburtstag  
die herzlichsten Glückwünsche von  
**Lotte Grell**, seinem ersten  
Entfalle.

Die Geburt eines kräftigen, ge-  
sunden **Mädchen** zeigen hoch-  
erfreut an  
**Gustav Obert u. Frau**,  
Baumschulenweg, 3. September.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**

**Todes-Anzeige.**  
Am 2. September verstarb unser  
Mitglied, der Schuhmacher  
**Gustav Bauschke**  
Kloster Straße 43.

**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 6. September, nach-  
mittags 1 1/2 Uhr, vom Trauer-  
hause aus nach dem Siedlichen  
Friedhof in Friedrichshagen statt.  
Treffpunkt dabei um 4 Uhr.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Zentralverband der**  
**Schuhmacher Deutschlands.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Schobarbeiter  
**Gustav Bauschke**  
am 3. September plötzlich ver-  
storben ist.

**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 6. September, nach-  
mittags 1 1/2 Uhr, vom Trauer-  
hause Kloster Straße 43 aus nach  
Friedrichshagen statt.  
170/2 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
**Rixdorf.**

Am Sonnabend, den 3. Sep-  
tember, verstarb unser Mitglied,  
der Hausdiener  
**Josef Ständer**  
Weißellstraße 56, 4. Bezirk.

**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 7. d. Mts., nach-  
mittags 3 Uhr, von der Halle des  
Neuen Rixdorfer Gemeindefried-  
hofs, Mariendorfer Weg, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher**  
**Transportarbeiter - Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Hausdiener  
**Joseph Ständer**  
am 2. September im Alter von  
40 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Mit-  
woch, den 7. September, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Rixdorfer Gemeindefried-  
hofs, Mariendorfer Weg, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Bezirksverwaltung.

Am Sonnabend, den 3. Sep-  
tember, früh 4 1/2 Uhr, verschied  
nach langem schwerem Leiden mein  
innigstgeliebter Mann, unser lieber  
Sohn, Schwager, Bruder,  
Schwager und Onkel

**Albert Schaarschmidt**  
im 33. Lebensjahr. 7592

Dies geht im Namen der tief-  
betrübten Hinterbliebenen mit der  
Bitte um stille Teilnahme an  
**Berta Schaarschmidt**  
geb. **Riedrich**  
Die Beerdigung findet am 7. Sep-  
tember, nachmittags 4 Uhr, von der  
Leichenhalle des Emmaus-  
Kirchhofs (Vith) aus statt.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.

**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Gärtler  
**Albert Schaarschmidt**  
am 3. September an Herzleiden  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 7. September, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Emmaus-Kirchhofs in  
Vith, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
121/8 Die Ortsverwaltung.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Meritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Am 3. d. Mts. verschied nach  
kurzem Leiden unser lieber Kol-  
lege, der Monteur  
**Herr August Mechler**  
im 62. Lebensjahr.

Wir werden demselben stets ein  
trautes Andenken bewahren!  
Berlin, 5. September 1910.  
Das Fabrik-Personal  
der Firma **Küstermann & Co.**  
Die Beerdigung findet morgen  
Mittwoch, den 7. d. Mts., nach-  
mittags 4 Uhr, von der Halle des  
neuen St. Pauls-Kirchhofes in  
Pöhlensee aus statt. 7572

**Deutscher**  
**Buchbinder-Verband.**  
(Zahlstelle Berlin.)

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, die Prägerin  
**Ida Winkelmann**  
nach langer Krankheit verstorben ist.  
**Ehre ihrem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Mit-  
woch, den 7. September, nach-  
mittags 5 Uhr, auf dem Aus-  
erhebungskirchhof in Weihensee,  
Lichtenberger Weg, statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
24/14 Die Ortsverwaltung.

Am Freitag, den 2. September,  
abends 7 Uhr, erlitt nach kurzen  
schweren Leiden bei der Entbin-  
dung meine liebe Frau und treu-  
sorgende Mutter  
**Berta Radünz geb. Dangs**  
im 32. Lebensjahr.

Um stille Teilnahme bittet im  
Namen der Hinterbliebenen  
**Gustav Radünz und Kinder.**  
Die Beerdigung findet h e u t e,  
den 6. September, nachmittags  
4 Uhr, von der Leichenhalle des  
Hollands-Kirchhofes (Pöhlensee)  
aus statt.

Allen Bekannten und Ver-  
wandten die traurige Nachricht,  
daß unsere liebe, herzengute  
Tochter, Schwester und Schwägerin  
**Klarissa Huppke**  
Sonntagabend um 11 Uhr nach  
längerem Leiden sanft entschlafen ist.  
Dies zeigt Kestetrübte an  
**Fr. Huppke**, Billeisenleger,  
und Frau,  
Am Friedrichshagen 26.

Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 7. d. Mts., um 5 Uhr  
von der Leichenhalle der Frei-  
willigen Gemeinde, Pappel-Allee  
15-17, statt.

**Dankfagung.**  
Für die Beweise herzlichster Teil-  
nahme bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes und Vaters, des Bah-  
wirts  
**Eugen Lenk**  
7405

Sagen wir allen Verwandten, Bekann-  
ten, Kollegen, den Genossen des  
2. Berliner Wahlkreises, den Mit-  
gliedern des Buchbinderverbandes  
sowie dem Sparklub „Lustige Brüder“  
unsern tiefsten Dank.  
Frau **Elise Lenk** nebst Kindern.

**Dankfagung.**  
Allen Verwandten und Freunden,  
welche meinen lieben Mann, unseren  
sorgsamsten Vater zur letzten Ruhe  
geleitet haben, besonders den Herren  
Aug. Scholz, Thomas, Hempel und  
Blüthgen, sowie den Damen  
Hilke, Gertrude, Johanne, für die reich-  
lichen Spenden sowie dem Gesang-  
verein „Vormärts“ Frohmann“ für den  
Hörungsbeitrag sagen wir unseren aus-  
drücklichsten Dank.  
7396  
**Wwe. Ida König** nebst  
Kindern.

**Dankfagung.**  
Für die Beweise herzlichster Teil-  
nahme bei der Beerdigung meines  
Frau sage ich allen Freunden, Be-  
kannnten und besonders meinen  
Kollegen für Ihre Unterstützung und  
die Kranzspende meinen herzlichsten  
Dank.

**Hermann Wollschläger.**

**Danksagung.**  
Für die Beweise herzlichster Teil-  
nahme und für die zahlreichen Kranz-  
spenden bei der Beerdigung meiner  
geliebten Frau  
**Auguste Prüfer**  
sage ich allen meinen innigsten Dank.  
**Bruno Prüfer.**  
Von der Reise zurück 746b

**Dr. Levy,**  
Swinowünder Straße 120.

**Dr. Schünemann**  
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden,  
Frauenkrankheiten, 5012  
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
Donnerstag 10-2, 5-7.

**Zepernick-Bernau.**  
Vergeltung von 200M. an (ca 90 R.)  
Kleine Anzahlung u. langjährige  
Kapitalien. Pläne gratis. Ver-  
käufe ständig am Hof Zepernick.  
J. Bieger, Berlin, Gortlarstr. 5.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:  
Col L. Amt 3, 1239. Charitestr. 3. Col III. Amt 3, 1987.

Mittwoch, den 7. September 1910, abends 8 1/2 Uhr,  
in Kellers Festhale, Kopenstr. 29:  
**Mitgliederversammlung der Klempner.**

Tages-Ordnung: 121/7  
Fortsetzung der Diskussion von der letzten Versammlung.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen  
eines jeden Kollegen notwendig. Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.**  
E. G. Nr. 2 Hamburg. Derliche Verwaltung Berlin.  
Donnerstag, den 8. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschafts-  
hause, Engelauer 15, Saal 7:

**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom zweiten Quartal. 2. Wahl eines Kassierers für den  
restlichen Bezirk. Mitgliedsbuch legitimiert.  
Der Vorstand: H. A. Richard Schröder, Köpcke Straße 7, vorn IV.

**Hutarbeiter und -Arbeiterinnen.**  
Mittwoch, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr, im Saal 1 des  
Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:

**Gr. öffentl. Versammlung**  
für alle in der Hut- und Fabrikindustrie beschäftigten  
Arbeiter und Arbeiterinnen.

Vortrag des Genossen **Paul Litfin** über:  
**Die Bedeutung der gewerkschaftlichen und politischen**  
**Organisation für die arbeitende Klasse.**  
Wir erliegen die Mitglieder recht rege Agitation für den Besuch der  
Versammlung zu betreiben. Der Einberufer: Max Rödel.  
Die Delegiertenwahl fällt an diesem Tage aus. D. D.

**Frack** Verleih-Institut:  
Friedrichstr. 115/1, a. Uradg.  
Ter. Eleg. Frack, Gehrock  
1,50, Hufe 1,00, Wette 50 Pf.

**Hygienische** Bedarfs-  
artikel  
**Drogerie Zarcamba,**  
Weinbergweg L. dir. a. Rosenhale  
Ter. Billigste Bezugsquelle!  
Berücks. f. zur dauernden Kundsch.



In Dosen zu 10, 20 und 25 Pf. überall erhältlich.  
Fabrik: **Urban & Lemm, Charlottenburg.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr:  
**Vertrauensmänner-Versammlungen**  
der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:  
Tätigkeitsbericht des Obmannes. — Bericht der Werkstattvertrauensmänner. — Verbandangelegenheiten.  
Alle Werkstätten müssen vertreten sein.  
Mitgliedsbuch legitimiert.

Die in den Vororten arbeitenden Mitglieder sind ebenfalls verpflichtet, Vertrauensleute zu senden. Dieselben  
besuchen die Vertrauensmännerversammlung ihrer Branche oder die ihrer Werkstatt am nächsten liegende Bezirks-  
vertrauensmännerversammlung.  
Für die Arbeitslosen geben die Arbeitsvermittler Vertrauensmännerkarten am Mittwoch aus.  
Versammlungslokale sind folgende:

- Tischler.**  
Südwesten in Gabels Brauerei, Bergmannstr. 5-7.  
Süden bei Giesing, Wallerstr. 68.  
Südosten I u. II in den Raunyn-Festhale, Raunynstr. 6.  
Osten I bei Borgmann, Andrastr. 21.  
Osten II bei Pirnau, Frankfurter Allee 106.  
Osten III bei Bergmann, Borchagener Straße 28.  
Oestliche Vororte bei Wildner in Friedrichshagen, Friedrich-Rath-  
Straße 11.  
Nordosten bei Voerer, Weberstr. 17.  
Jede Sarghülle muß einen Vertrauensmann nach dieser Versamm-  
lung senden.  
**Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt** bei Obiglio,  
Schwebler Straße 23.  
**Wedding und Moabit** bei Kaczorowski, Ravenstr. 6.
- Bautischler.**  
Bezirk 1: Südwesten, Süden, Südosten bei Graßhoff  
Admiralstraße 150.  
Bezirk 2: Osten bei Bleh, Barchauer Straße 61.  
Bezirk 3: Norden und nördliche Vororte bei Giesing,  
Rupenhagener Straße 74.  
Bezirk 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei  
Zachse, Lindower Straße 26.
- Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter.**  
Osten bei Voerer, Weberstr. 17.  
Südosten im „Wärtischen Hof“, Admiralstr. 150.  
Norden bei Giesing, Brunnenstr. 68.
- Musikinstrumentenarbeiter** um 8 Uhr abends im Gewerk-  
schaftshause, Engelauer 15, Saal 8

- Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbel-  
Branche.**  
Norden bei Döhling, Brunnenstr. 79.  
Osten bei Schneider, Friedenstr. 67.  
Südosten und Südwesten bei Stramm, Ritterstr. 123.  
**Maschinearbeiter** im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15,  
Saal 7.  
Jede Werkstatt, auch jede Tischlerei muß einen Vertrauensmann senden.  
**Modell- und fabriktischler** um 8 Uhr bei Waldb,  
Pflugstraße 5.  
**Einsetzer** im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 11.  
**Bodenleger** im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15.  
**Stellmacher** bei Sahn, „Rosenhale Vereinshaus“, Rosen-  
hale Straße 57.  
**Kisten- u. Koffermacher** bei Boudach, Breslauer Straße 28.  
**Korbmacher** bei Eichhorn, Kopenstr. 47.  
**Bürstenmacher** bei Preuß (Hilfsein-Ausfah), Holzmarktstr. 65.  
**Kammacher** bei Preuß (Hilfsein-Ausfah), Holzmarktstr. 65.  
**Vergolder** im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 5.  
**Jalousiearbeiter** bei Walter, Ubalderstr. 63.  
**Perlmutter-, Horn- und Steinnußarbeiter** um 8 Uhr  
bei Ernst Thomaß, Reichstr. 5.  
**Bilderrahmenmacher** um 6 Uhr bei Ratteroth, Ritterstr. 32.  
**Stockerarbeiter.** Statt der Vertrauensmännerversammlung findet  
Branchenversammlung bei Voerer, Ritterstr. 76, statt.  
Anfang pünktlich 5 1/2 Uhr.

Montag, den 12. September:  
**General-Versammlung.**

Tagesordnung: Stellungnahme zum Anschluß der Vorortzahlstellen.  
Sonntag, den 17. September: **Stiftungsfest** in der  
Neuen Welt.  
Billets werden in sämtlichen Zahlstellen und im Bureau abgegeben.  
Die Ortsverwaltung.



Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Heute Dienstag, den 6. September, pünktlich 8 1/2 Uhr abends, findet im großen Saal des „Volkshauses“, Rosenstraße 3, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Kommune“. 2. Diskussion. 3. Aufstellung des Kandidaten für den 5. Kommunalwahlbezirk. 4. Parteiangelegenheiten.

Der Vorstand.

Steglitz. Mittwoch, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung im „Virkonwaldchen“. 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Frey Jubel: „Der Magdeburger Parteitag“. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Kreis- und Verbandsgeneralversammlung. Der Vorstand.

Reinickendorf-Ost. Eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Der König von Gottes Gnaden! Das Volk von Gottes Horn!“ (Referent Genosse Georg Udo) findet heute, abends 8 Uhr, im Restaurant „Schützenhaus“, Pflanzstr. 12 statt.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Heute Dienstag, den 6. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Ledemitt (an der Kirche) eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: „Die Königsberger Kaiserrede — der Dank für die 8 1/2 Millionen Mark Zulage“. Referent: Genosse Max Grünwald. Parteigenossen, sorgt für Mahlenbesuch.

Die Bezirksleitung.

Potsdam. Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Wilhelm, Kaiser Wilhelmstr. 88: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: Bericht von der Kreisgeneralversammlung in Spandau. Bericht des Vorstandes über das erste Halbjahr 1910. Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Das Rettungswesen Berlins

Wurde im Jahre 1909 neu geordnet. Eine Verstaatlichung kam leider nicht zustande, erreicht wurde nur, daß die schon vorhandenen Einrichtungen, die Rettungswachen, Unfallstationen, Sanitätswachen, die teils nebeneinander tätig gewesen waren, teils sozusagen gegeneinander gearbeitet hatten, sich zusammenfassen ließen und sich unter die Aufsicht der Stadt stellten. Aus dem Etatsjahr 1909 (1. April 1909 bis 31. März 1910), das das erste seit dieser Neuordnung war, liegt jetzt der Jahresbericht des Magistrats-Kommissars für das Rettungswesen vor.

Der Bericht weist darauf hin, daß nimmehr für Hilfesuchende ein Unterschied zwischen den ehemaligen Rettungswachen, Unfallstationen, Sanitätswachen nicht bestehe und daß der Bevölkerung erste Hilfe durch sämtliche Haupt- und Hilfsstationen gleichmäßig gewährleistet sei, so daß es im Interesse schneller Hilfeleistung fortan sich empfehle, in allen Fällen die nächste Wache in Anspruch zu nehmen. Im Berichtsjahre standen zur Verfügung 13 Hauptwachen, die den großen Krankenhäusern angegliedert sind, und 17 Hilfsstationen, die über die Stadt verstreut in besonderen Lokalen untergebracht sind. Die Hilfsstationen bestanden aus 13 Hauptwachen, in erster Linie beim Verband für erste Hilfe, auf Wunsch auch bei Privatunternehmern. Die Zentralmeldestelle für den Nachweis freier Betten in den Krankenhäusern Groß-Berlins befindet sich in Berlin im Rathaus; per Telefon ist sie anzurufen: „Magistrat Berlin“.

Zu welchem Umfang diese Einrichtungen benutzt wurden, darüber macht der Bericht nur sehr dürftige Mitteilungen. Ueber die Leistungen der Zentralmeldestelle fehlt jede Zahlenangabe. Auch über die Tätigkeit der 13 Hauptwachen werden noch keine Zahlen mitgeteilt, erst für das nächste Jahr wird die Verfügbung von Zahlenmaterial versprochen. Genauer erfahren wir diesmal nur erst über die 17 Hilfsstationen. Sie wurden in den elf Monaten von Mai 1909 bis März 1910 (die Neuordnung trat erst Anfang Mai 1909 in Kraft) rund 54 000 mal in Anspruch genommen, das macht im Durchschnitt pro Monat annähernd 5000 Fälle, pro Tag rund 166 Fälle. Der Bericht zieht aus diesem Ergebnis den Schluß, daß — fast klagt es naiv — „es sich nicht nur um eine nützliche, sondern auch um eine für eine Weltstadt notwendige Einrichtung handelt.“ Wie wenn das nicht längst feststehend hätte! Die Inanspruchnahme der einzelnen Hilfsstationen war sehr ungleich, sie lag zwischen dem Minimum von 1548 Fällen für Hilfsstation 2 (Köthener Straße) und dem Maximum von 5947 Fällen für Wache 16 (Lindower Straße). Mit Recht bemerkt hierzu der Bericht, daß bei der früheren Zersplitterung im Rettungswesen Berlins es an einem planmäßigen Vorgehen auch hinsichtlich der Verteilung über das Stadtgebiet fehlte. Jawohl, so planlos pflegt die Privatität vorzugehen, wenn sie Gemeindefunktionen, die ihr überlassen werden, zu lösen versucht. Angekündigt wird, daß allmählich durch bessere Verteilung der Hilfsstationen eine Ausgleichung bewirkt werden soll.

Der Magistrat von Berlin wünscht, eine gewisse Vereinfachung des Rettungswesens auch für Groß-Berlin herbeizuführen. Er hält es für nötig, daß in Berlin und den angrenzenden Nachbargemeinden die Einrichtungen des Rettungswesens möglichst gleichmäßig gestellt werden.

Eine umfangreiche Tagesordnung

liegt der ersten nach den Ferien stattfindenden Sitzung der Stadtverordneten vor. Nicht weniger denn 73 Punkte stehen auf der Tagesordnung der Sitzung am kommenden Donnerstag. Darunter befinden sich sehr wichtige Angelegenheiten. So unterbreitet der Magistrat eine von der sozialdemokratischen Fraktion verlangte Vorlage, die sich auf die vom Magistrat vorgenommene Revision der Lohnsätze der städtischen Arbeiter bezieht und die erkennen läßt, in welcher stiefmütterlichen Weise die städtischen Arbeiter bedacht werden. Weiter steht ein Antrag unserer Genossen auf der Tagesordnung, dem Turnverein „Fichte“ die städtischen Turnhallen wieder zur Verfügung zu stellen. Ein anderer Antrag unserer Genossen fordert Maßnahmen zur Bekämpfung der Fleckfieber. Gaslieferungsverträge sollen mit den Landgemeinden Waddorf, Wanditz, Klosterfelde und der Stadtgemeinde Liebenwalde abgeschlossen werden. Eine Fünfmillionenvorlage bezieht sich auf die Ausführung von Erneuerungs- und Erweiterungsarbeiten für die Wasserwerke. Natürlich befinden sich auch zahlreiche kleine Sachen unter den Vorlagen, die ohne jede Debatte verabschiedet werden können.

Eine große Ordensliste ist wieder mal auf dem Alexanderplatz eingetroffen. Diesmal gab es belgische und sächsische Orden zum Aussehen. Auch Herr v. Jagow hat vom König der Belgier das belgische hollige Krinogeld erhalten. Die Berliner Polizei hält nun-

mehr in Dekordelationen sicher den Weltrekord. Es gibt nur noch wenige Berliner Polizeibeamte, die keinen Orden haben. Der Ausmarsch der dekorierten Polizeier bei der letzten Parade machte den in Berlin weilenden Fremden wieder mal riesigen Spaß. Nächstens ist eine neue Liste mit bunten Bommeln aus Ausland fällig. Nikolajewitsch rekonstruiert sich für die deutsche polizeiliche Lebensversicherung. Um die russischen Krinogelder des „Nutzigen“ knobelt man am Alexanderplatz schon heute.

Die Urwählerlisten für die im 4. Berliner Landtagswahlbezirk notwendig gewordenen Abgeordnetenerwahlwahl liegen bis Dienstag, den 6. d. M., abends 8 Uhr zur Einsicht öffentlich in den Turnhallen Greifenastr. 17, Wilhelmstr. 10 und Diefenbachstr. 60/61 aus. Einsprüche müssen sofort angebracht werden.

In die Kollisionshäuser hatte der Polizeipräsident kürzlich eine Mahnung gerichtet, die großen Verkehrsstrahlen im Interesse des Verkehrs zu meiden. Diese Mahnung ist nicht in dem Maße befolgt worden, wie erwartet und so hat er folgende Bekanntmachung erlassen:

Die Exekutivbeamten sind angewiesen, einen Verkehr von Kollisionshäusern auf folgenden Straßen und Plätzen nicht mehr zu dulden: auf dem Leipziger Platz, der Leipziger Straße, der Friedrichstraße, von der WeinstraÙe bis zur Weidenbammer Straße, dem Pariser Platz, der Straße „Unter den Linden“, auf den Plätzen am Opernhaus, am Zeughaus und am Lustgarten. Ferner ist das Befahren der Bürgersteige öffentlicher Straßen und Plätze durch Kollisionshäuser im verkehrspolizeilichen Interesse nicht mehr gestattet. Zuwiderhandlungen gegen die Anordnungen der Exekutivbeamten werden gemäß § 132 der Straßenordnung vom 31. Dezember 1890 bestraft werden.

Die Behandlung von Feuerwehrlenten durch Sorgehete wird durch die Mahnahme eines Oberbrandinspektors groß beleuchtet, die in der Zeitschrift des Verbandes deutscher Berufsfeuerwehrlenten: „Der Berufsfeuerwehrlent“ vom 1. September mitgeteilt wird. In Dresden war ein Feuerwehrlent Schneider unter ganz besonderen Umständen seinem Berufe zum Opfer gefallen.

Nachdem in Berlin das Unglück bekannt geworden war — so lesen wir in genannter Zeitschrift —, beschloÙe der „Verein Berliner Berufsfeuerwehrlenten“ einen Kranz, um ihn nach Dresden zu schicken. Es erboten sich nun zwei Kameraden, auf eigene Kosten nach Dresden zu fahren, um an der Beerdigung teilzunehmen und den Kranz am Grabe niederzuliegen, nachdem sie sich telefonisch nach Tag und Stunde der Beerdigung erkundigt hatten. Sie boten dazu um zwei Tage Urlaub unter Mitbenützung des dienstfreien Tages, jedoch also tatsächlich nur 24 Stunden Urlaub in Betracht kamen. Der Wachvorsteher der beiden Leute freute sich, wie das ja auch rein menschlich ist, über diesen Entschluß und gab das Gesuch sofort weiter. Aber wie erstunnten die Kameraden, als die Antwort eintraf. Herr Oberbrandinspektor Reinhardt, als Vertreter des zurzeit beurlaubten Herrn Branddirektors, verweigerte ohne Angaben von Gründen den Urlaub. Auch ein zweites Gesuch des einen Kameraden um 1 1/2 Stunden Diens vom Wachdienst, die mit Zulassenahme des dienstfreien Tages nötig gewesen wären, um rechtzeitig wieder zum Dienst erscheinen zu können, mußte vom Wachvorsteher abgelehnt werden, da ja ein prinzipielles Verbot der Abteilung vorlag.

So wurde es also den Berliner Berufsfeuerwehrlenten unmöglich gemacht, bei einem so erschütternden Unglücksfall ihre Kameradschaft in entsprechender Weise zu betätigen. Das Urteil über diese Handlungsweise eines vorgesetzten Offiziers kann man getrost jedem gerecht denkenden Menschen überlassen. GroÙer Schmerz herrscht in den Reihen der Berliner Feuerwehrlenten, als der Fall bekannt wurde; alles andere hätten sie erwartet, nur das nicht. Glaubt der Herr Oberbrandinspektor denn, sich mit solchen Handlungen das Vertrauen und die Liebe seiner Untergebenen zu erwerben? Das Eine aber dürfte feststehen und auch im ganzen Korps herrscht einmütig der Glaube, daß ein solch sonderbarer Vorkesid nicht ergehen wäre, wenn Herr Branddirektor Reichel zugegen gewesen wäre. Der Fall ist um so trauriger, als in analogen Fällen in Berlin, von auswärtigen Wehrlenten teils Deputationen dorthin entsandt worden sind. Die eigentümlich dabei gerade diese Urlaubsverweigerung jeden betrachten muß, scheint man an der naheliegenden Stelle gar nicht geahnt zu haben. Der Herr Branddirektor wird sich aber bei seinem Vertreter für diese Mahnahme wohl nicht bedanken haben.

Soweit das genannte Blatt. Auch wir müssen unserer Verwunderung über die Mahnahme des Herrn Oberbrandinspektors Ausdruck geben. Wir finden den abschlägigen Bescheid des Herrn in keiner Weise begründet; er läßt sich auch nicht begründen und beweist nur, welche Behandlung unseren Feuerwehrlenten zuteil wird.

Die Erkrankungen an Darmkatarrh, Typhus, Brechdurchfall und ähnlichen Krankheiten haben in den letzten Wochen gegenüber den im gleichen Zeitraum des Vorjahres auffallend zugenommen. Die Zahl der Kinder, die an Darmkatarrh in den letzten 9 bis 10 Wochen in Berlin gestorben sind, hat sich fast verdoppelt. Wenn auch kein Grund zur Beunruhigung vorliegt, so ist es doch angezeigt, vor dem GenuÙ von Brummen oder anderem ungerinigtem Wasser, unteusem oder verdorbenem Obst zu warnen.

Choleraanachrichten aus Spandau.

In dem Spandauer Krankenhause ist am Sonntagmorgen der Giftkranke Sarnow, dessen Frau am 28. vorigen Monats der tödlichen Seuche erlag, verstorben. Am Sonntag vor acht Tagen wurde S. aus seiner Wohnung in der Weidenburgerstraße zu Spandau nach dem dortigen Hospital übergeführt, da sich bei ihm im Laufe des Tages choleraverdächtige Symptome gezeigt hatten. Dank der sorgfältigen und unablässigen Pflege der Ärzte besserte sich das Befinden des Erkrankten im Laufe der Woche, so daß man die völlige Genesung des Patienten erhoffte. Am Sonntagmorgen verschlimmerte sich der Zustand Sarnows, bei dem sich bereits in der Nacht vorher beunruhigende Symptome gezeigt hatten, ganz erheblich. Bald nach 1 Uhr trat Herzschwäche ein und kurz darauf starb Sarnow. Die Leiche des S. wurde am Montagmorgen beigesetzt.

Dagegen hat sich herausgestellt, daß der erkrankte Arbeiter Zeit nicht an der Cholera, sondern vielmehr an einem schweren Magen- und Darmkatarrh leidet. Sein Befinden gibt zu Besorgnissen keinen Anlaß. Auch bei dem unter Choleraverdacht eingelieferten Waggermeister Kreuzinger hat die bakteriologische Untersuchung einwandfrei ergeben, daß der Mann nur an einer akuten Darmentzündung erkrankt ist. Erstreulicherweise hat sich das Befinden des Desinfektors Reumann, der, wie das bakteriologische Institut mitteilt, nicht von der Cholera, sondern von einem Brechdurchfall befallen ist, so erheblich gebessert, daß Lebensgefahr für den Patienten nicht mehr vorliegt. Reumann wurde deshalb, ebenso wie Kreuzinger, aus der Isolierbaracke in die medizinische Abteilung des Spandauer Krankenhauses übergeführt. Das Befinden der unter Quarantäne stehenden sieben Kanoniere, sowie der Bazillenträgerinnen Fraulein Sarnow, Schwester Louise und der Waschkrau Deubek und deren fünf Kinder ist ein durchaus günstiges.

Am Sonntag wurden noch die 34jährige Frau Krania aus der Strosenstr. 20 und eine Frau Anna Lorede aus der Synarstr. 8, die in der Spandauer Munitionfabrik beschäftigt sind und an Brechdurchfall erkrankt waren, unter Quarantäne genommen. Es geht ihnen durchaus gut und es haben sich keinerlei Symptome eingestellt, die darauf schließen lassen, daß die beiden Frauen an der verheerenden Seuche erkrankt sind.

Ueberlandflug Kapitän Engelhardt.

Der gestrige Abend brachte den wenigen Besuchern des Flugplatzes Johannisthal, die sich eingefunden hatten, um den täglichen Trainingsflügen beizuwohnen, eine große Ueberraschung. Gegen 10 1/2 Uhr unternahm Korvettenkapitän Engelhardt, einer der ältesten Piloten der Wright-Gesellschaft mit seinem Doppeldecker einen Ueberlandflug, der den Flieger bis nach Alt-Glienicke führte. Gegen 6 Uhr 30 Minuten war Engelhardt, nachdem er seinen K. A. G.-Motor noch einmal einer eingehenden Prüfung unterzogen hatte, aufgestiegen und legte zunächst mehrere Runden innerhalb der Flugbahn zurück. Um 6 Uhr 42 Minuten verließ dann der Pilot, der sich bis auf etwa 300 Meter Höhe emporgeschraubt hatte, den Flugplatz und zog in steilem Fluge in der Richtung auf Rudow davon. Ueber Rudow selbst beschrieb der Flieger mehrere Kreise und stieg dabei auf etwa 400 Meter. Darauf nahm Engelhardt den Kurs auf Schönefeld und rundete die Ostspitze in bedeutender Höhe. Dann ging es in direktem Fluge nach dem Flugplatz Johannisthal zurück, wo der Flieger um 7 Uhr 2 Minuten landete.

Ein falscher Arzt, der seit einiger Zeit hier sein Wesen trieb, ist in der Person des Handlungsgehilfen Walter Gottschall festgenommen worden. Gottschall war längere Zeit in einer Irrenanstalt interniert. Nach seiner Entlassung hat er sich in verschiedenen Orten wie München, Frankfurt u. a. m. aufgehalten und sich für einen Oberstabsarzt oder Unfallarzt ausgegeben. Er verstand es, Leute, die er am Viertel oder in Familien kennen lernte, einzureden, daß sie krank seien. In der Regel beschrieb er den Leuten, die sich auch von ihm unterziehen ließen, einen Massage-Apparat, der 100 M. kosten sollte. Er erbot sich dann, den Apparat als Arzt billig, etwa für 60 oder 65 M., zu beschaffen, stiebt das Geld, das man ihm im Voraus gab, ein und ließ sich nicht wieder sehen. Geradezu gemeingefährlich aber wurde der Schwindler dadurch, daß er auch stark wirkende Mittel in großen Dosen verabreichte. Zu den Familien, die er in der letzten Zeit behandelt, gehörte auch die eines Händlers in der Postenstraße. Diesen Mann hatte der Schwindler im Citypark kennen gelernt. Er hatte nicht bloß ihn, sondern auch seine ganze Familie krank geredet und veranlaßt, sich seiner Behandlung anzukerknen. Gestern nachmittag erkrankte der vermeintliche Arzt wieder in der Wohnung. Als er nun auch hier von einem Massage-Apparat zu sprechen begann, erinnerte sich der Händler seiner Krankheit, die vor acht Tagen durch die Zeitungen ging. Zum Schreck ging er auf die Vorschläge ein, heimlich aber holte er die Polizei und ließ den Schwindler festnehmen. Vor der Kriminalpolizei gab Gottschall, der geistig nicht gesund zu sein scheint, heute alle seine Schwindeleien zu, nur daß er starkwirkende, gefährliche Arzeneien verschrieben habe, bestritt er.

Eine Verabnung eines Kranken im Sühringzuge hat sich am Sonntagabend zugetragen und zunächst zu der Annahme geführt, es sei ein Raubanfall passiert. Ueber den Vorfall wird berichtet:

Der Fabrikant Eduard v. Schneiden, der Mitinhaber einer Holzfeinsfabrik in Tempelhof ist, außerhalb eine Villa besitzt und augenblicklich allein in der Wilhelmstr. 3 in Berlin wohnt, weil er sich mit seiner Familie im Umzug befindet, hatte von einem Sojus und von einem Rechtsanwält 250 M. erhalten und in sein Portemonnaie gesteckt. Nachmittags um 4 Uhr 42 Minuten bestieg er in Treptow ein Abteil zweiter Klasse, in dem er sich ganz allein befand. Beim Eintreffen des Zuges auf der Station Poststraße lag er auf dem Fußboden, das offene und ungetrempelte Portemonnaie leer auf dem Polster. Die Uhr hing ihm an der Halskette vor der Brust. Auf dem Fußboden befanden sich größere Blutflecke, und als v. Schneiden aufgerichtet wurde, brach er von neuem Blut. In dem Abteil lag auch ein Kortensproppen von einer kleineren Maschine. Man glaubte erst, daß ein räuberischer Ueberfall unter Anwendung von Betäubungsmitteln stattgefunden habe. Die ärztliche Untersuchung des Mannes und auch des Proppens hat jedoch dafür oder auch für die Anwendung eines anderen nachhaltig wirkenden Mittels keinen Anhalt gegeben. Der Proppen ist jedoch zu einer genaueren Untersuchung einem Chemiker übergeben worden. v. Schneiden leidet infolge eines Hufschlages, den er früher einmal erhalten hat, öfter an Magenbluten. Wahrscheinlich ist er auch am Sonntagabend schon kurz nach Bestiegen des Zuges von diesem alten Uebel befallen worden. Er kann sich nicht entsinnen, den nächsten Bahnhof, also Rixdorf, noch gesehen zu haben, glaubt vielmehr, daß er schon vor Rixdorf ohnmächtig geworden sei. Als er einstieg, war er im Abteil allein. Im Nebenabteil sahen ein Herr und eine Dame, die einen Ila mit trug. Nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei rief ein anderer Herr auf dem Bahnhof Tempelhof den Beamten aus dem Zuge heraus zu, daß in einem Abteil ein Mann bestimmungslos daliege. Dieser selbe Herr zeigte auf dem Bahnhof Poststraße, der unterdessen vom Bahnhof Tempelhof aus durch den Fernsprecher benachrichtigt worden war, den Beamten, die den Zug absuchten, das Abteil, in dem der Mann liege. Nachdem v. Schneiden aus dem Wagen herausgehoben worden war, setzte sich der Zug wieder in Bewegung und der Herr fuhr weiter mit. Er war vielleicht, wie das ja öfters geschieht, an der Seite entlang durch den Wagen gegangen und so auch in das Abteil gekommen, in dem v. Schneiden bewußlos lag. Es wäre gut, wenn er und ebenso der andere Herr und die Dame mit dem Ila hat und auch alle anderen Leute, die den Zug benutzt haben, sich umgehend bei der Kriminalpolizei melden. Der Diebstahl ist nach dem Ergebnis aller Ermittlungen wahrscheinlich gleich zwischen Rixdorf und Tempelhof oder auch schon zwischen Rixdorf und Hermannstraße verübt worden.

Ueberfahren und getötet wurde vorgestern mittag der 81 Jahre alte Handwerker Hermann Schlaun aus der Weußelstr. 89, der bei einem Kaufmann in der Javalidenstr. 137 beschäftigt war. Als er hier mit einem Handwagen das Haus verließ, überließ er einen Straßenbahnwagen, der vom Stettiner Bahnhof herkam. Dieser stieß ihn um und ging ihm über den Leib. Der Unglückliche wurde so schwer verletzt, daß er im Lazarus-Krankenhaus schon nach zwei Stunden starb.

Ein schwerer StraÙenbahnunfall ereignete sich am Sonntag in der ChausseestraÙe. Gegen 8 Uhr morgens versuchte an der Ecke der Schwarzloppfstraße ein Straßenwagen der Firma Werten, Müllerstraße 86, vor dem herannahenden StraÙenbahnwagen Nr. 1026 der Linie 26 das Weis zu kreuzen, wurde jedoch angefahren. Durch den heftigen Zusammenstoß wurde der Lenker des Geschleßwagens, der 73jährige Kutscher Julius Werten, vom Bod geschleudert. Der Verunglückte erlitt außer Brüchen an beiden Oberschenkeln eine Gehirnerschütterung und wurde nach dem Rudolf-Birchow-Krankenhaus übergeführt.

Für den Arbeiter ist gesorgt bis ins höchste Alter, sagte einmal der Kaiser. Eine Illustration zu dieser kaiserlichen Versicherung bietet folgende Meldung: Einen elenden Tod fand ein unbekannter, etwa 80 Jahre alter Mann in Reinickendorf. Der Kermis war mehrere Tage in den Straßen umhergeirrt und er landete schließlich in einer Landkolonie auf Reinickendorfer Gebiet. Dort legte er sich erschöpft in einer Laube nieder und nach einer Reihe von Tagen fanden ihn spielende Kinder in besamernwertem Zustande an. Der Unbekannte war dem Hungertode nahe. Die benachrichtigte Polizei ließ ihn sofort nach dem Krankenhaus in der Humboldtstraße bringen, wo er aber unter den Händen der Ärzte starb. Dem Unglücklichen, der infolge der übermäßigen Entbehrungen allzu sehr gelitten hatte, vermochten die Ärzte nicht mehr zu helfen. Es soll sich um einen wohnungs- und beschäftigungslosen Arbeiter namens Kaufmann aus Berlin handeln.

**Speerepiraten.** Eine Bande von Räubern treibt seit einiger Zeit auf der Obersee ihr Unwesen. Die Verbrechergesellschaft führt besonders die Orte Nieder- und Ober-Schöneweide, Köpenick, Erkner usw. heim. Die Räuber haben sich allmählich zu Speerepiraten ausgebildet. Sie führen die Einbrüche zumeist von der Wasserseite aus und benutzen dabei Ruderboote, in denen sie auch die Beute fortschaffen. Mit Vorliebe dringen die Räuber in die Bootshäuser der Ruderclubs ein. So stahlten sie beispielsweise dem Bootshaus des Berliner Ruderclubs „Wiking“ mehrere Male hintereinander nächtliche Visiten ab. In der gestrigen Nacht schleifte die Bande für mehr als 1000 Mark Beutezüge davon. Der Verein hat sich schließlich veranlaßt gesehen, für die Ermittlung der Eindringler eine Belohnung von 500 M. auszusetzen. Auch die an der Obersee gelegenen zahlreichen Gartenlokale werden von den Piraten heimlich besucht.

In die Räume des Sausonciassales hat die leichtgeschürzte Muse ihren Einzug gehalten. Unter der technischen Leitung des früheren Geschäftsführers des Deutschen Theaters Herrn Emil Hartmann hat sich in der Kottbuser Str. 6 ein Variété aufgetan, durch dessen Gründung man glaubt ein Bedürfnis der Bevölkerung des Südostens zu befriedigen. In diesem Zweck ist der geräumige Saal geschmackvoll renoviert worden; er macht einen recht anheimelnden Eindruck. Auch die Bühne ist neu ausgestattet und mit schönen Dekorationen versehen worden. Die Eröffnungsvorstellung fand am Sonnabend statt, nachdem sich der am Freitag in Aussicht genommene Eröffnung einige Schwierigkeiten entgegenstellen hatten. Das Spezialitätenprogramm kann sich sehen lassen. Als eine äußerst geschickte Jongleuse führte sich Käti Bältini ein, während die Schenck-Kruppe ihre Akrobatiklust in exakter und formvollendeter Weise ausübte. Der zweite Teil des Programms bringt eine von Dolar Sabo nach älteren Stoffen neu herausgegebene Fosse: „Ru hat's geschminkt“, in der der Akrotyp eine große Rolle spielt und einen vielgeplagten Rentier von seinen Peinigen befreit. Paul Linde hat einige kleine Sachen dazu komponiert. Gelacht und geklatscht wurde am ersten Abend nicht zu knapp.

**Straßensperrung.** Die Dirschenstraße von der Königstraße bis zur Volkareistraße einschließlich des Kreuzdammes der Dirschen- und Grunerstraße ist wegen Kanalarbeiten für den durchgehenden Wagenverkehr gesperrt.

## Vorort-Nachrichten.

### Rigsdorf.

Aus der Sitzung der Deputation für das Feuerlöschwesen, Feuerwehrwesen usw. Gemäß dem Beschlusse vom 16. November 1909 hat eine Prüfung der Frage stattgefunden, ob in den Bedürfnisanstalten am Bahndamm und Kranoldstraße Fernsprecheranschlässe herzustellen sind. Die Deputation erachtet dies nach dem Ergebnis der Prüfung nicht für erforderlich. — Die Projekte des Hochbauamts vom 1. und 20. August 1910 über den Neubau einer Volbedarfsanstalt auf dem Gelände der St. Thomas-Kirchengemeinde nach einem Kostenaufschlag von 9250 M. und einer Volbedarfsanstalt auf dem Grundstück nach einem Kostenaufschlag von 6000 M. werden genehmigt. — Die Stelmacherarbeiten in der Straßenreinigungsanstalt und in dem Omnibusbetriebe werden der Firma A. Quatember auf das Angebot vom 30. August 1910 übertragen. — Mit der Versteigerung von 18 ausrangierten Omnibusperden nach den aufgestellten Bedingungen erklärt sich die Deputation einverstanden. Die Versteigerung soll am Dienstag, den 6. September 1910, durch die Pferdeankaufskommission vorgenommen werden.

Aus der Magistratsitzung. Der Kontrollkommission der Krankenkassen Berlin und der Vororte soll für ihre Vorträge die Aula der 9. Gemeindefschule, Köpfer-Friedrichstr. 4, unter den bisherigen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden. — Wegen der Errichtung einer Autodroschkenhaltestelle vor dem Hause Emserstr. 1 hat der Magistrat keine Einwendungen zu erheben.

### Charlottenburg.

Aus der zweiten Etage gekürzt ist gestern mittag der 25jährige Alexander Walter Gabelhof, Wäckerstr. 67 wohnhaft. G. war auf einem Neubau in der Hardenbergstraße damit beschäftigt, an der Außenwand des Gebäudes die Fensterstürze mit einem Blechbeschlag zu versehen. Der junge Mann hatte es jedoch unterlassen, sich anzusehen. Wählich verlor der Akrotyp das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe. G. brach bei seinem Sturze mehrere Hand- und Fußwurzelknochen und mußte mittels Droßhote nach dem Krankenhaus am Urban übergeführt werden.

### Lankwitz.

Die letzte Gemeindevertretersitzung bewilligte zunächst als Krankenkosten zum Ankauf von 500 M., desgleichen 2500 M. für Einrichtungen in der Gemeindefschule II, welche hauptsächlich durch die neue Hilfskasse entstanden sind. Mit der Verpachtung eines Gemeindegrundstücks an der Marienfelderstraße, auf welchem von zwei Amerikanern Versuche mit einer neuen Art drahtloser Telegraphie vorgenommen werden sollen, erklärte sich die Vertretung einverstanden. Ein Mietvertrag mit der Postdirektion wurde mit der Bedingung genehmigt, daß ein Postamt für Lankwitz errichtet wird, welches das ganze Gemeindegebiet umfaßt. Der Postbehörde werden im Rathausneubau vom 1. April nächsten Jahres ab auf fünf Jahre Räume von insgesamt 100 Quadratmetern kostenlos zur Verfügung gestellt. Ferner wurde beschlossen, aus der Brandenburgischen Büchsen- und Waffenversicherungsanstalt, in welcher die Gemeinde ihre Beamten versichert hat, auszutreten, da die Beiträge sehr hoch sind; es soll für die neu anzustellenden Beamten ein Fonds für diese Unterstufungen angeammelt werden. Eine längere Debatte entspann sich über die Einführung einer neuen Hundsteuerordnung; nach derselben soll vom 1. April n. J. für einen Hund 20 M. (bisher 10 M.), für jeden weiteren 30 M. entrichtet werden. Dieser Satz war jedoch den Bürgerlichen zu hoch. Es wurde beschlossen, für einen Hund 15 M., für jeden weiteren 25 M. Steuern zu erheben. Für die bedürftigen Veteranen wurden dem Kriegerverein 300 M. zur Verteilung überwiesen. Ein Antrag unserer Genossen, die Verteilung von einem Zuschuß der Gemeindevertretung vorzunehmen, wurde abgelehnt. Ferner wurde beschlossen, den Veteranen, welche mindestens fünf Jahre im Orte wohnen, einen eigenen Hausstand führen und nicht über 800 M. Einkommen haben oder ohne eigenen Hausstand nicht über 500 M. Einkommen haben, passende Beschäftigung von der Gemeinde zu geben und ihr Einkommen bis zu dieser Summe zu erhöhen; wenn sie arbeitsunfähig sind, sollen sie einen lebenslänglichen Ehrensold in derselben Höhe erhalten. Der Etat wird durch diese Unterstufung bis zu 3000 M. belastet werden. — Mit dem Ausbau der Frobenstraße von der Zielen- bis Schillystraße, sowie dem Erwerb von Straßenland an der Mühlentstraße erklärte sich die Vertretung einverstanden.

### Ober-Schöneweide.

Die Frage der Wasserversorgung wird in kürzester Zeit für die Gemeinde recht ernst werden. Durch den Anschluß des Krankenhauses und der im neu erstellten Ortsteile sich schnell mehrenden Wohngebäude an das Gemeindefwasserwerk wird diese schwerer mit einem Kostenaufwande von 80 000 M. für den Ortsteil Ostend errichtete Anlage bald am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sein, so daß in Kürze eine Katastrophe eintreten könnte. Für den sogenannten alten Ortsteil besitzt die Gemeinde Kummelsburg einen Monopollieferungsvertrag, nach welchem der herrende Wasserpreis von 30 Pf. für den Kubikmeter zu zahlen ist. Ein Anschluß der übrigen Ortsteile an dieses Werk dürfte unter keinen Umständen stattfinden. Eine Erweiterung des Gemeindefwerkes wird mit großen Schwierigkeiten verbunden sein, weil durch die von der Stadt Berlin nach Anlauf der Wulfsheide geplante Anlage einer Tiefdruckmangalerie für ein Wasserwerk in der Wulfsheide infolge ihrer gewaltigen Fördermengen dem Gemeindefwerk das Grundwasser entzogen wird. Auf Grund von Verhandlungen zwischen der Gemeinde und der Stadt Berlin liegt nun der Entwurf eines Vertrages vor, nach welchem der Stadt Berlin die Verlegung eines

Druckrohrs durch den Ort und über die Treckmühle gestattet wird, wozugegen die Stadt Berlin für den Ortsteil Ostend und die neuen Straßenzüge Wasser zum Preise von 15 Pf. zu liefern hat. In der nächsten Zeit werden sich die maßgebenden Zustände mit der Angelegenheit zu befassen haben.

### Grünau.

Die Gesundheitspflege in den Gemeinden war das Thema, über das Genosse Dr. Alfred Bernstein in einer gutbesuchten Volksversammlung im Jägerhaus unter starkem Beifall referierte. Redner behandelte vor allem das gleichgültige Verhalten des Staates und der Gemeinden gegenüber den verheerenden Volkskrankheiten, namentlich der Lungentuberkulose. Gegenüber den vielen Millionen, die die Landesversicherungsanstalten aufgebracht haben, sei der Aufwand des Staates für Hygiene und Volksgesundheit geradezu bescheiden. Das Fortwärtstreiben der Sozialdemokratie garantiere auch hier nur eine vernünftige Reform.

Darauf referierte Genosse Rigner über die bauliche Entwicklung Grünau's. Der Redner kritisierte, daß die Gemeindevertretung die Bebauung der neu erschlossenen Terrains so hinausziehe. Dies sei allerdings zu verstehen, wenn man bedenke, daß das Gemeindeparlament nur aus Hausagariern bestehe. Die Arbeiterschaft am Ort habe jedoch mit Rücksicht auf die gesundheitsgefährlichen Wohnungsverhältnisse energisch die baldige Bebauung des erschlossenen Terrains zu fordern. In der sich an diese Ausführungen anschließenden lebhaften Diskussion wurde auch über die mangelhafte Straßenreinigung Klage geführt. Dieser Mibstand mache sich für die Bewohner, namentlich des Sonntag, unangenehm bemerkbar. Der Vorsitzende, Genosse Fechner, forderte die Versammelten auf, sich dem Wahlverein anzuschließen, um den bürgerlichen Parteien endlich einmal geschlossen entgegen treten zu können. Eine an die Gemeindevertretung gerichtete Resolution, in welcher die Versammelten gegen das Verhalten derselben Protest erheben und ihre Forderungen geltend machen, wurde zum Schluß einstimmig angenommen.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung in sehr lebhafter ausgedehnter Debatte zunächst mit dem vom Fortifikationsvorgesetzten vorgelegten Umgebungsvertrag. Es handelte sich um das Terrain, das von der Görlicher Bahn und dem Kanal bis zur Köpenicker Kanalbrücke begrenzt wird. Dasselbe soll parzelliert und der Bebauung erschlossen werden. Die Vertretung lehnte den Vertrag ab, da durch denselben die Interessen der Gemeinde nicht genügend berücksichtigt werden. — Für den Bau eines Unterkunftsraumes auf dem Sandfang wurden 1270 M. ausgeschrieben und für die notwendige Erweiterung des Gebäudes bis 15 Proz. Zuschlag bewilligt. Die Arbeiten wurden der Firma Kerger übertragen. Herr Kerger nahm als Gemeindevertreter an dieser Sitzung teil.

Die Neupflasterung der Köpenicker Straße, die sich in ganz unzulässigem Zustand befindet, wurde auf spätere Zeit vertagt, es wurden nur die Mittel zu den notwendigsten Reparaturarbeiten bewilligt. Die Pflasterung der Rahmerstraße, welche im Oktober begonnen werden soll, wurde der Firma Krumbold übertragen mit 14 970 Mark übertrag.

Herr Ohlrich wendete sich sehr energisch gegen die geplante Erschließung zur Bebauung der dem Fortifikationsvorgesetzten gehörigen Parkanlagen zwischen dem westlichen Ortsteil und dem Bahnhofs. Er bezeichnete es als eine Lebensfrage für Grünau, daß diese Anlagen erhalten werden und beantragte, daß die Gemeinde das ganze 40 Morgen große Gelände nicht nur pachte, sondern unverzüglich Schritte unternahme zum Ankauf des Terrains. Die Vertretung stimmte nach erregter Debatte dem Antrag zu. Zuletzt wurden wieder weitere Mittel gefordert für die Privatschule. Zur Balanzierung des Schulrats für das laufende Rechnungsjahr sind von der Gemeinde 3648 M. Zuschuß erforderlich. Die Schule hat jetzt einen Bestand von annähernd 50 Kindern. Die Mittel wurden bewilligt, jedoch soll in Zukunft eine strenge Bewirtschaftung der Verhältnisse an der Privatschule platzgreifen.

### Erkner.

Es gibt Freibier! Die Mitglieder der hiesigen beiden Militärvereine haben, wie auch in anderen Orten, am Sonnabend, den 3. d. Mts., im „Alten Schützenhause“ eine Sedansfeier abgehalten, zu der dieselben von einem vereinigten Festkomitee per Karte eingeladen wurden. Allen Ansehn nach war sich das Festkomitee nicht ganz sicher, ob die Herren Kameraden auch vollzählig dem „Herrenabend mit Essen à la carte“ — wie es in der Einladungskarte heißt — beizuwohnen würden, denn am Schlusse der Einladung steht der Satz: Es gibt Freibier. Das Freibier hat das patriotische Herz höher schlagen lassen.

### Friedrichsfelde.

Aus der Gemeindevertretung. Die ersten drei Punkte der Tagesordnung betrafen Verträge bezugl. deren Abänderungen mit zwei Bodengesellschaften, durch die diesen einige zum Teil recht nennenswerte Vergünstigungen gewährt werden sollen. Die geringen Vorteile, die der Gemeinde hierbei zufallen, durch Aufnahme entsprechender Bedingungen zu erhöhen, war neben einem bürgerlichen Vertreter auch unser Genosse P. J. J. — leider mit negativem Erfolg — bemüht. Es will uns scheinen, als ob sich erheblich mehr zugunsten der Gemeinde erreichen ließe, wenn der Bürgermeister Herr Ungewitter das Entgegenkommen der Gemeinde gegenüber dem, was die Bodengesellschaften bieten, ihrem Werte nach etwas besser abzuschätzen verstände.

Für die Impflasterung von Straßen wurden in einer anderen Vorlage 825 000 M. gefordert, wozu 276 000 M. durch eine Anleihe gedeckt werden sollen. Der himmelschreiende Zustand vieler Straßen, namentlich im Ortsteil Friedrichsfelde, hatte eine beratende Vorlage schon längst dringend notwendig gemacht und man hatte sich auch bereits bei Aufstellung des Haushaltsplanes mit dieser Materie eingehend beschäftigt. Die Gemeindevertretung hielt es damals jedoch für zweckmäßig, daß zunächst einmal ein Plan ausgearbeitet würde, um einen genauen Überblick über Umfang und Kosten der erforderlichen Impflasterungen zu erhalten und nach welchem dann die Arbeiten systematisch in Angriff genommen werden sollten. Ein solcher Plan lag bisher noch nicht vor, dafür kam zunächst diese Vorlage. Nach ihr sollen im Ortsteil Friedrichsfelde die Schloßstraße und ein Teil der Mummelsburger Straße neu hergestellt werden und zwar wird die Schloßstraße zwischen Wilhelm- und Friedrichstraße asphaltiert und von da bis Berliner Straße Reihenstraßenpflaster erhalten. In Karlshorst sind die Anguste-Viktoria- und die Gudelingerstraße zur Impflasterung bestimmt. So notwendig die schätzbarste Impflasterung einer weiteren Anzahl von Straßen — z. B. der Prinzen-Allee — ist, muß man doch anerkennen, daß die Vorlage im Rahmen der Leistungsfähigkeit der Gemeinde das Mögliche bringt.

Auf Grund einer weiteren Vorlage wurde die Verpachtung des Kieselgutes Münchehofe beschlossen. Aus der Begründung sei hervorgehoben, daß das Kieselgut bisher nur Verlust gebracht hat, der sich buchstäblich mit 6088,58 M. als recht geringfügig präsentiert, der jedoch unter notwendiger Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände von sachverständiger Seite und unwiderprochen auf insgesamt mindestens 50 000 M. geschätzt wurde. Hinzu kommt, daß in allernächster Zeit ganz beträchtliche Aufwendungen für Landbauten usw. nötig sein würden, so daß wohl nie daran gedacht werden könne, auch nur die Zinsen herauszuwirtschaften. Deshalb hat man sich zur Verpachtung entschlossen. Ein in der Bewirtschaftung von Kieselsteinen erfahrener Landwirt hat sich erboten, das Kieselgut Münchehofe zum Preise von jährlich 9000 M. bis 1015, 12 000 M. bis 1920 und 14 000 M. bis 1925 zu pachten. Bei dieser Sachlage fand die Vorlage einstimmig Annahme.

Ein anderer Punkt verdient wegen seiner prinzipiellen Bedeutung hervorgehoben zu werden. Erbeten wurde die Einwilligung der Gemeindevertretung zur Übernahme einer Neben-

beschäftigung durch einen Gemeindebeamten. Genosse Dehert widersprach dem Antrage ganz entschieden, indem er auf die erst kürzlich erfolgte Gehaltserhöhung und das große Angebot freier Arbeitskräfte hinwies. Leider fanden unsere Genossen trotz der emphatischen Versicherungen des Herrn Schäfer nicht das mindeste Verständnis bei den bürgerlichen Vertretern. Im Laufe der Diskussion kam es dann durch den völlig unbedachtigen Vortritt der Wortentstellung, der unsern Vertreter P. J. J. gemacht wurde, zu einer heftigen Kontroverse, in die der Bürgermeister Ungewitter in durchaus ungebührlicher Weise eingriff. Sichtlich verärgert darüber, daß ihm durch das Auftreten unserer Genossen eine Gelegenheit zu entweichen drohte, sich seinem Unterstellten gegenüber als dem Großmächtigen aufzuspielen, weigerte er sich, alle Regeln parlamentarischen Anstandes dergestalt, wie unsern Vertreter das Wort zu einer persönlichen Bemerkung zu erteilen und erst nach heftigstem Protest, dem sich auch bürgerliche Vertreter anschlossen, kam er wieder zu sich. Zur Veruhigung wurde ihm dann die erbetene Einwilligung von seinen Bekannten gegeben.

Schließlich sei noch ein Bescheid erwähnt, dem auch unsere Genossen ihre Zustimmung gern gegeben haben. Es sollen nämlich allen im Ort wohnenden Feldzugsteilnehmern, so weit sie ein Einkommen von weniger als 1500 M. haben, 25 M. als Ehrengabe aus Gemeindefmitteln überreicht werden, weil nun einmal das Reich seine Pflicht zu schuldig vergesse hat. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß sich die Betreffenden bis zum 10. d. M. mit entsprechender Legitimation schriftlich beim Gemeindevorstand oder mündlich im Militärbureau, Schloßstraße 21, Zimmer 3, wochentäglich zwischen 8 und 3 Uhr melden.

### Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Dem Antrage des Pferdemarktpächters, bei der Regierung wegen Vermehrung der Pferdemarkte vorstellig zu werden, wurde zugestimmt. Die Satzungen über das freie Umherlaufen der Hunde wurden dahin geändert, daß die Plätze und Anlagen, wo Hunde an der Leine zu führen sind, namentlich aufgeführt werden. Mit der Deutschen Krieger-Gesellschaft wurde ein Vertrag abgeschlossen, wonach diese am Antonplatz und am Schloßplatz je einen Krieger zum Verkauf von Zeitungen usw. aufstellen. Auch soll mit diesen zugleich eine automatische Fernsprechstelle verbunden werden. Die Gemeinde erhält als Entschädigung pro Jahr und Krieger 100 M. für die ersten fünf Jahre, 150 M. für die zweiten fünf Jahre. Zur Durchführung von Straßen nach dem Sänglings-Krankehaus mußte von zwei Besitzern je ein Streifen Land zum Preise von 270 M. die Quadratrute angekauft werden. Zur Grundwertsteuer waren diese Grundstücke mit je 150 M. versteuert. Unsere Genossen nagelten dies fest, um auf diese Unbilligkeit der Herren Grundbesitzer gelegentlich wieder aufmerksam zu machen. Bei der zweiten Straßengasse liegen die Verhältnisse ähnlich, hier verlangte der Eigentümer beim Eintausch von Gemeindefeld die Hälfte mehr als er abgetreten hatte.

### Potsdam.

Gegen Fleischsteuerung und Kaiserrede protestierten mehr als 700 Personen im Viktoriagarten. Nach einem mit großem Beifall angenommenen Referat des Genossen Eickhorn wurden beide Berliner Resolutionen (gegen Fleischsteuer und Abolitionismus) einstimmig angenommen. Nach einigen Ausführungen des Vorsitzenden Genossen Staab legte die Versammlung Protest ein gegen die Verwendung städtischer Gelder zum Sedanummel. Fähe man durchaus das Bedürfnis, patriotische Feste zu feiern, so solle man in die Tasche greifen und selbst die Kosten bezahlen, nicht aber Steuergrößen dazu verwenden.

Vor einigen Tagen berichteten wir, wie der Magistrat in die Koalitionsfreiheit seiner Arbeiter eingreift, indem er in die Arbeitsordnung einen Passus einschleift, wonach es den Feuerwehrlenten streng verboten ist, ohne Einwilligung des Magistrats einem Verbands beizutreten. Jetzt kommt ein neuer Fall hinzu, der sich nicht nur auf die Feuerwehrlente sondern auch auf die Müllfuhren und Straßenreiner erstreckt. Diese drei Kategorien müssen von jetzt ab vor Platz 10 Station stellen. Die Station soll dazu dienen, daß der Magistrat beim Fehlen von Arbeitskräften, die er den Leuten liefert, beim eventuellen Abgange derselben gedeckt ist. Den Feuerwehrlenten hatte man, als man ihrem Verbands das Leben nahm, einen Arbeiterauschuss als Pflaster auf die Bunde gegeben. Dieser Ausschuss trat jetzt in Aktion und verlangte Rückgängigmachung dieser neuen Bestimmung. Doch das half nichts. Es wurde eben kommandiert „unterzeichnen“ und in einer kleinen Ansprache betont, daß man beim Verweigern der Unterschrift mit Folgen zu rechnen habe. „Wer nicht pariert, der fliegt“ ist der Grundsatz vieler Unternehmern und wie der Fall lehrt, auch des hiesigen Magistrats. Daß letzterer durch solche Kleinlichen Bestimmungen nur Unfrieden und Erbitterung unter die Reihen seiner Arbeiter sät, scheint ihn wenig zu kümmern.

### Witterungsüberblick vom 5. September 1910, morgens 8 Uhr.

| Stationen   | Barometer<br>Höhe über<br>Meer | Wind-<br>richtung | Wind-<br>stärke | Wetter | Temper.<br>in C. | Stationen  | Barometer<br>Höhe über<br>Meer | Wind-<br>richtung | Wind-<br>stärke | Wetter | Temper.<br>in C. |
|-------------|--------------------------------|-------------------|-----------------|--------|------------------|------------|--------------------------------|-------------------|-----------------|--------|------------------|
| Stolzenberg | 759                            | S                 | 1 mäßig         | 14     | 14               | Dachau     | 763                            | NO                | 4 bedeckt       | 19     | 19               |
| Damburg     | 760                            | S                 | 1 mäßig         | 11     | 11               | Petersburg | 765                            | EO                | 2 mäßig         | 12     | 12               |
| Berlin      | 759                            | D                 | 1 mäßig         | 11     | 11               | Schiff     | 770                            | NO                | 2 bedeckt       | 13     | 13               |
| Kranz a. M. | 759                            | EO                | 2 bedeckt       | 12     | 12               | Wormen     | 771                            | NO                | 2 bedeckt       | 10     | 10               |
| Rüchsen     | 761                            | EO                | 4 bedeckt       | 8      | 8                | Paris      | 760                            | NO                | 3 bedeckt       | 13     | 13               |
| Bien        | 760                            | EO                | bedeckt         | 10     | 10               |            |                                |                   |                 |        |                  |

Wetterprognose für Dienstag, den 6. September 1910.  
Nachts sehr kühl, am Tage etwas wärmer bei meist schwachen nördlichen Winden und östlicherer Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.  
Berliner Wetterbureau.

**Reste**  
Damenstiche, schwarz und farbig, Costumes, Stoffe, neueste Muster, Tricot-Stoffe, Seiden, Plüsch, Hammets, Seide etc.

**Confection**  
Paletots, Jackets, Regenmäntel, Costumes und Costumes, alles in großer Auswahl.

**C. Pelz,**  
Kottbuserstr. 5.

**Vorjähre**  
**Winter-Paletots**  
**Herbst-Anzüge**  
Jetzt 20—40 Mark.  
Täglicher Verkauf.  
**Kavalier-Klub,**  
Unter den Linden 61 u.

„Wann zu empfehlen ist der Gebrauch v. Juckers Patent-Medizinale-Zeife bei Kratzen und Schuppungen der Haut, h. kräftiger Juckreiz, ganz besonders bei Unreinheiten der Haut, wenn Wasser und deren Folgezustände.“

**Pickel,**  
Kräutchen, Pflaster usw., das bekannte ungarische Geschloß herbeivorragen.“ Das ist das Urteil des Dr. med. B. über Juckers Patent-Medizinale-Zeife, a. S. 60 Pf. (15 %), 1.00 M. (35 %), 2.00 M. (60 %), 3.00 M. (90 %), 4.00 M. (100 %). Dazugehörig: Juckers Creme 75 Pf. und 2 M., Juckers Juckers-Zeife (mit) 50 Pf. und 1.50 M. in Berlin in Behrens Drogerie (Koch u. Krause), Franz. Allee 120, O. Schiffs, Gausstr. 87, Hugo Schmitt, Müllerstr. 10, Müllerstr. 100a, Otto Binder, Prinzen-Allee 29; in Regensburg: Drogeriehandlung Bincut sowie in Künstlich Apoth., Drogerie u. Parfüm. Nichts anderes auftragen lassen. Es gibt dafür keinen Ersatz!

**H. Pfau, Bandagist**  
Berlin, Direksenstraße 20  
C., zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Volkspalais. — Am VII. 1910.  
Für Damen Frauen-Bedienung.  
Bisanz für alle Krankenkassen.